

# **DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS**

---

## **Internationale Revue**

**Herausgegeben von Prof. Dr. R. Broda in Paris  
in Verbindung mit Erich Lilienthal in Berlin**

**7. Jahr**

**6./7. Heft**



**Organ des Instituts für intern. Austausch  
fortschrittlicher Erfahrungen u. des Bundes  
für Organisierung menschlichen Fortschritts**

---

**Verlegt bei Georg Reimer in Berlin W. 10**

**Jährlich 11 Hefte für 10 Mark – Einzelheft 1 Mark**

# INHALT:

---

Dieses Heft ist vornehmlich Frauenfragen gewidmet.

Nachdruck mit Ausnahme der durch einen Vermerk gekennzeichneten Artikel mit Quellenangabe gestattet.

---

ADELE SCHREIBER, Berlin: Kritisches von einem Frauenkongreß in Rom und den italienischen Frauen .....	323
ROSIKA SCHWIMMER, London: Die aktuelle Phase des Frauenstimmrechts in England .....	327
Schuldirektor WILHELM MÜLLER, Heppenheim: Die amerikanischen Frauenklubs	330
HENRIETTE FÜRTH, Frankfurt a. M.: Der Geburtenrückgang in Deutschland ...	336
Dr. OLGA KNISCHEWSKY: Hauswirtschaftliche Hochschulen .....	342
Dr. RENETTA BRANDT-WYT, Berlin-Weißensee: Dienstboten .....	349
Dr. ROSA KEMPF, Frankfurt a. M.: Berufsbildung für sozial arbeitende Frauen	353
Rundfrage über sexuelle Erziehung der Jugend .....	356
Chronik .....	362
<b>RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:</b>	
Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Was kann für Gesundheit und Kraft der neuen Generationen getan werden? .....	367
<b>POLITISCHE STRÖMUNGEN:</b>	
K. EGLI, Oberst im Schweizer Generalstab: Über Milizheere.....	372
Professor Dr. MAYOLLE, Paris: Zur Baseler Konferenz .....	385
Welche Faktoren haben die moralische Widerstandskraft des finnischen Volkes aufgebaut? (Eine Rundfrage.) .....	391
<b>WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT:</b>	
Dr. ERWIN ACKERKNECHT, Direktor der Stadtbibliothek, Stettin: Psycho-diagnostische Ämter. Eine Anregung .....	401
Dr. RUDOLF BUNZEL, München: Kunstbörsen für Berlin, München, London, Paris, Wien und Rom .....	405
<b>ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:</b>	
Chronik .....	407
<b>ALLGEMEINE SOZIALPOLITIK:</b>	
Chronik .....	411
<b>SOZIALHYGIENE:</b>	
Chronik .....	414
<b>GENOSSENSCHAFTSWESEN:</b>	
Chronik .....	416

## ADELE SCHREIBER, BERLIN: KRITISCHES VON EINEM FRAUENKONGRESS IN ROM UND DEN ITALIENISCHEN FRAUEN.

**D**IE internationalen Kongresse, die im Anschluß an die Generalversammlung des Frauenweltbundes, International Council of Women, alle 5 Jahre stattfinden, haben jedesmal ein anderes Land als Hintergrund, und es ist auffallend, wie sehr der Rahmen auch dem Kongreß selbst ein verändertes Gepräge verleiht. 1904 war Berlin Gastgeberin, heute noch hören wir mit Freude alle Ausländerinnen konstatieren, daß ein besser organisierter und disziplinierter Kongreß kaum zu denken ist. Der eben abgelaufene, unter Verantwortung Italiens veranstaltete Kongreß, trug das entgegengesetzte Gepräge. Es war eine Fülle guten Materials an Rednerinnen und Mitteilungen da, es fehlte auch sicher nicht am besten Willen des überaus umfangreichen Komitees, in dem die Namen der ersten Adelsfamilien des Landes in großer Zahl prangten. Aber weder glanzvolle Namen noch die Befähigung und Aufopferung einzelner vermochten den Mangel an Direktion und Systematik auszugleichen, dem es zuzuschreiben ist, wenn von trefflichen Einzelheiten so wenig zur Geltung kam. Ein herrliches Kongreßgebäude in dem wunderbaren Tal hinter der Villa Borghese gelegen — nur leider gänzlich ungeeignet für Vortragszwecke, denn die Räume, die ehedem einer Kunstausstellung dienten, sind nicht nur völlig unakustisch, sondern sie besitzen nicht einmal Türen, dienen vielfach gegenseitig als Durchgang, so daß nicht wenig Selbstüberwindung und Sicherheit dazu gehörte in dem Tohuwabohu der einzelnen Sektionen zu sprechen. Ein Programm, das ein großes Wollen verriet, nur so überlastet und heterogen war, daß kaum irgendeine Frage zu ihrem Recht kommen konnte. Ein Komitee, wie schon erwähnt an Zahl und Vornehmheit imponierend, nur daß die fremden Gäste höchst selten das Vergnügen hatten mit ihren italienischen Gesinnungsgenossinnen in Fühlung zu treten, denn es fehlte jedes Bindeglied die Fremden und die Einheimischen in Kontakt zu bringen. Wer nicht zufällig als Rednerin hervortrat und hiedurch bekannt wurde, konnte den Kongreß in größter Einsamkeit verleben. Wohl leiden viele Fach- und Männerkongresse an dieser Fremdheit ihrer Mitglieder, aber wir Frauen haben uns bisher stets bestrebt sozusagen als Hausfrauen aufzutreten, dafür zu sorgen, daß auf unseren internationalen Tagungen die Besucherinnen aus aller Herren Länder den größten Gewinn mitnehmen, die persönlichen Beziehungen. Die erwähnten Mängel scheinen mir charakteristisch für Land und Leute, insbesondere für die noch junge Frauenbewegung, die noch lernen muß, daß Systematik und Exaktheit der Organisation zu den wichtigsten Voraussetzungen des Erfolges gehören. Parlamentarische Schulung fehlte auch noch den Versammlungsleiterinnen, so daß belanglose Meinungsverschiedenheiten, sofort zu wilden Kämpfen auszuarbeiten drohten, weil keine sichere Hand die Glocke schwang, keine über den Parteien gelassen thronende Präsidentin mit Geistesgegenwart und Ruhe eingriff, wenn die Debatte die Siedegrade südlichen Temperaments erreichte. Zu Nutz und Frommen der noch ungeschulten Italienerinnen sei all dies ausgesprochen, zugleich mit der Überzeugung, daß sie trotz alledem einer baldigen politischen Befreiung entgegengehen. Mögen sie bis dahin ihre reichen Gaben anzuwenden lernen, denn sie sind ein prachtvolles Menschenmaterial. Zunächst sind sie geborene Rednerinnen, und

wirken auf der Plattform meist erfreulicher als die schwerfälligeren Vertreterinnen der anglogermanischen Nationen. Unverkennbar ist auch der rasche Fortschritt, den sie in den letzten 2 Jahrzehnten machten und der von ihnen doppelte Energie erfordert hat, weil er den Volkssitten und dem Denken des Mannes so völlig entgegen ist. Noch ist für den Mann des Volkes die Frau Arbeitssklavin, überlastet mit Geburten, mit dem Stillen der Kinder, das in ländlichen Gegenden bis fast zur Vollendung des zweiten Lebensjahres ausgedehnt wird, meist bis eine neue Schwangerschaft zur Entwöhnung zwingt. Noch paart sich in den gebildeten Klassen eine scheinbare, rein äußerliche Frauenverehrung, mit einer tiefen Einschätzung der Frau, die vorwiegend unter erotischen Gesichtspunkten gewertet wird. Noch fehlt — seltsamerweise trotz der in Schulen vielfach bestehenden Koedukation und der mühelosen Freigabe aller Studienanstalten für das weibliche Geschlecht — völlig die Kameradschaftlichkeit der Geschlechter, diese neue Basis des sozialen Lebens, die allmählich vom Norden ausgehend das Puppen-, Götzen- und Sklavinnendasein der Frau von Grund aus wandelt. Auch in Italien kann man beobachten, wie der Fortschritt seinen Weg vom Norden aus nimmt, insbesondere Mailand kann als Zentrum sozialer Frauenarbeit, als Nährboden politischer Frauenbewegung gelten und besitzt die größte Frauenstimmrechtsorganisation Italiens. Gerade die politische Frauenbewegung, die auf dem abgelaufenen Kongreß im offiziellen Programm wohl aus Vorsicht vermieden worden war, hat einen vollen Erfolg errungen. Eine von den italienischen Stimmrechtskämpferinnen einberufene Kundgebung bildete die zwar inoffizielle, aber weitaus mit der größten Begeisterung aufgenommene Einleitung zu der Tagung und vereinte im überfüllten Teatro Nazionale das Vielfache an Menschenzahl wie alle Sektionssitzungen zusammen. Die Stimmrechtlerinnen waren es aber auch, die dem Kongreß, wider den Willen eines großen Teiles des Komitees, ihr geistiges Gepräge verliehen. Logischerweise klangen alle Resolutionen in die Forderung der vollen politischen Frauenrechte aus. Immer wieder konnte gerade in Italien das Argument geltend gemacht werden, daß im Jahre 1912 die ahnungslosen männlichen Analphabeten Italiens, 5 Millionen an der Zahl, das Stimmrecht erhalten haben, während man Frauen, die seit Jahren um ihre Rechte kämpfen, völlig überging. Ebenso unlogisch ist es, daß der Italienerin zwar die Universität und im Gegensatz zu Deutschland auch die Dozentur freisteht — Teresa Labriola, Maria Montessori, Rina Monti sind als Professorinnen an Hochschulen tätig — daß ihr aber trotz aller Bemühungen die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft versagt wird. Den ausgebildeten Juristinnen fehlt auch die umfangreiche soziale Arbeit, der sie sich zum Teil in Deutschland widmen können, insbesondere das Gebiet der gemeinnützigen, von Vereinen erhaltenen Frauenrechtsschutzstellen. Günstiger stellt sich die Lage der Lehrerinnen und Beamtinnen. Es gibt glücklicherweise kein Staatszölibat, das sie vor die ungeheuerliche Frage Beruf oder Ehe stellt. Gegenwärtig kämpfen die verheirateten Lehrerinnen und Staatsbeamten um gesetzliche Einführung der staatlichen Pension für ihre Hinterbliebenen (Witwer und Kinder), sie verlangen auch in diesem Punkt Gleichstellung mit den männlichen Kollegen, während bisher erst eine Art fakultative Leistung der Kommunen zugelassen ist.

Verschiedene Lehrerinnen und Beamtinnen, durchaus günstige Beispiele für die Vereinigung von Beruf, Mutterschaft und Ehe, verfochten mit Energie ihre berechtigten Forderungen. Zu psychologisch interessanten Zusammen-

stößen kam es mehrfach zwischen den Vertreterinnen der Berufstätigkeit und den Aristokratinnen, die noch auf dem Boden der Wohlfahrtspflege oder selbst der bloßen Wohltätigkeit stehend, manch lebensfremde Äußerung über soziale Zustände, ihre Ursachen und ihre Heilung zum Besten gaben. Bedenkt man aber, daß diese Frauen nach Abstammung und Ahnenzahl etwa unseren konservativsten Junkerkreisen entsprechen, so stechen sie durch ihre bloße Beteiligung am Kongreß, sowie durch die große persönliche Liebenswürdigkeit vorteilhaft von den adäquaten Schichten Deutschlands ab. Charakteristisch für das lokale Kolorit war auch, daß Männer nur mit besonderer Erlaubnis das Wort zur Diskussion nehmen durften; ich weiß nicht, ob man so heftigen Widerstand befürchtete oder eine so rege Beteiligung, daß die Frauen zu kurz gekommen wären, wir haben in anderen Ländern bisher unter keiner der beiden Eventualitäten zu leiden gehabt. Ein Novum für Rom und zugleich der Höhepunkt des Kongresses selbst war die öffentliche Erörterung der sexuellen Frage. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Prostitution wurde im Sinne der Frauenforderungen behandelt, also zugunsten von Abolition, Erziehungsreform, Ehreform, Rehabilitierung der unehelichen Mutter, Gleichstellung des unehelichen Kindes. Es war vielleicht kein Zufall, daß gerade für dies Thema keine italienische Rednerin auf dem Programm stand, die Leiterin der Sektion, Marchesa Lucifero ist geborene Wienerin, die Ärztin, die vom medizinischen Standpunkt das Problem behandelte, Dr. Maria de Vestea ist eine nach Pisa verheiratete Russin und die Verfasserin dieses Aufsatzes selbst war dazu ausersehen vom allgemein menschlichen Frauenstandpunkt zu sprechen. Nur ein italienischer Arzt Dr. Montessana, der zur regen Beteiligung an einer neugegründeten italienischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufforderte, kam von Einheimischen zu Wort. Allgemein wurde der Verlauf der Versammlung, dem ängstlichere Mitglieder der Kongreßleitung mit Scheu entgegengesehen hatten, als großer Erfolg und ein bedeutsamer Schritt voran bezeichnet. In bezug auf das sexuelle Problem findet man in Italien seltsame Kontraste dicht nebeneinander. Strengste Abstinenzforderung für das junge Mädchen, nicht nur der bürgerlichen Kreise, sondern auch im Volk, eine Strenge, die nicht ohne weiteres als höhere Sittlichkeit bezeichnet werden kann, denn sie wurzelt in der Auffassung der Frau als Besitztum des Mannes. Zugleich aber hat sich in der Praxis weiter Kreise, gerade unter dem Zwang der unlösbar Ehe — es gibt keine Ehescheidung —, eine duldsame Auffassung nicht legitimierter Beziehungen Bahn gebrochen, die wenigstens in etwas die Härten der Gesetzgebung mildert. Obwohl die uneheliche Mutterchaft im Volke viel seltener ist als bei uns, stehen die Gebildeten der Frageverständnisvoller gegenüber. Nachdem eine Lehrerin an einer höheren Schule Mailands es allen Behörden gegenüber erfolgreich durchgesetzt hatte, sich zu ihrem unehelichen Kinde bekennen und es erziehen zu dürfen, hat der Fall Schule gemacht, es wurden mir mehrere analoge Beispiele erzählt. Ebenso leben verschiedentlich Lehrerinnen in offen einbekannter freier Ehe, ohne daß ihnen dies bei ihren Behörden und Vorgesetzten irgendwelche Schwierigkeiten macht. Völlige Duldsamkeit besteht übrigens in bezug auf die politische Überzeugung, auch in Staatsdiensten darf man sich ungehindert zur Sozialdemokratie — die bei den letzten Wahlen über eine Million Stimmen abgab — bekennen. Land und Menschen sind jedoch voll von Gegensätzen, denn nicht neben diesen Fortschritten muß erwähnt werden, in wie hohem Maß auch die bürgerliche Frau und das Mädchen — von den obersten Schichten ganz zu

schweigen — auf das Haus angewiesen sind, wie wenig man noch gewöhnt ist, sie abends ohne männliche Begleitung zu sehen, wie sehr, je mehr man nach dem Süden des Reiches kommt, die orientalische Auffassung vorherrscht. So sehen wir neben der etwas freieren Auffassung unehelicher Mutterschaft in bestimmten Schichten die völlige Rechtlosigkeit von Mutter und Kind dem Vater gegenüber, einen völligen Mangel an Fürsorge. Andererseits ist darin wieder eine gewisse Milderung zu finden, daß die Mutter nicht gezwungen ist ihr Kind anzuerkennen, es keine Meldepflicht für die Mutterschaft gibt. Das Kind kann als „von unbekannten Eltern“ eingetragen werden, wenn die Mutter es wünscht. Während die Zahl der beruflosen Haustöchter des Mittelstandes hier noch weit größer ist als in nördlicheren Ländern, wächst dennoch unaufhaltsam die Frauenarbeit, man zählt gegenwärtig 6 Millionen hauptberuflich tätige Frauen, wovon 3 auf den Ackerbau,  $\frac{3}{4}$  Millionen auf die Textilindustrie, die zum großen Teil in Frauenhänden ruht, entfallen. Die Löhne sind durchwegs außerordentlich gering, sie schwanken bei 10—10 $\frac{1}{2}$ -stündiger Arbeitszeit zwischen 0,75, 1 Lire und 1,50, 2 Lire gelten schon als ungewöhnlich guter Verdienst. Dabei ist Italien das typische Land der Kinderarbeit, besteht doch auf dem Lande überhaupt nur ein 3 jähriger Schulzwang, in der Stadt ein 6jähriger. Es ist ein Kapitel für sich, die zahllosen Formen zu schildern, in denen selbst diese geringe Verpflichtung unerfüllt bleibt. Das Grundproblem Italiens, auch das seiner Frauen, ist die Bildungsfrage, auf der sich erst alles andere aufbauen kann. An allen Ecken und Enden bietet sich für die gebildete Frauenwelt Italiens ein viel zu großes Arbeitsfeld, noch liegt das meiste, was bei uns durch staatliche und kommunale Fürsorge geregelt ist, völlig im Argen. So ist es denn kein Wunder, wenn auf dem abgelaufenen Kongreß so viel von Dingen die Rede sein mußte, die uns als Abc erscheinen. Viel wertvolle Arbeit wird von hier angesiedelten Deutschen, auch von Frauen, die aus Ehen mit Deutschen, Engländerinnen oder Amerikanerinnen stammen, geleistet; sie tragen mit Erfolg ihre gründliche Auffassung, ihre Arbeitsfähigkeit in die rasch aufflammende Begeisterung ihrer italienischen Mitarbeiterinnen. Ganz besonders möchte ich einer deutschen Pionierin der Volksbildung gedenken, der Frau Anna Celli, einer Enkelin des berühmten deutschen Klinikers Traube, einer Tochter des Berliner Professor Frenzel, die seit 1 $\frac{1}{2}$  Jahrzehnten als Gattin des römischen Hygienikers Professor Angelo Celli bahnbrechende Arbeit in der Bildungsarbeit, unter den unwissenden, ausgebeuteten, ehemals von der Malaria ausgemergelten Bauern der römischen Kampagna leistet. Sie ist die Seele einer Bewegung, der es gelungen ist, an mehr als 50 Orten Schulen einzurichten, die ersten Lichtstrahlen im Dunkel einer Lebenshaltung, von deren Tiefstand man sich keinen Begriff machen kann.

Italien hat den seltsamen Weg eingeschlagen über allgemeines Wahlrecht und politische Befreiung zur primitivsten Volksbildung, selbst die Sozialisten sind sich der Gefahr bewußt, die darin liegt, aber um so nötiger braucht das Land die Ausnutzung aller verfügbaren Frauenintelligenzen, um die Zahl der Wissenden und Gebildeten zu verstärken.

## ROSIKA SCHWIMMER, LONDON: DIE AKTUELLE PHASE DES FRAUENSTIMMRECHTS IN ENGLAND.



S ist ein tiefeingewurzelter Aberglaube der modernen Presse, daß sie das Frühstück ihrer Leser mit Skandalen und aufregenden Sensationen würzen muß. Diesem Aberglauben verdanken wir die Gewissenhaftigkeit, mit der jedes Skandälchen, sehr oft mit Verdrängung weit bedeutenderer, aber weniger sensationeller Ereignisse, registriert und kommentiert wird. Als im Jahre 1905 die jahrzehntelang für ihre Rechte kämpfenden Frauenstimmrechtlerinnen Englands im Totschweigen der Bewegung das größte Hindernis ihres Sieges erkannten, führten sie die seither mit dem Namen Militancy gestempelte Kampfmethode ein, mit der sie tatsächlich, die Psychologie der Presse richtig erfassend, den Bann des Schweigens brachen.

Der Erfolg dieser Methode ist zu bekannt, als daß er hier weiter zu erörtern wäre. Wir sind nun soweit, daß wir über die geringste „Missetat“ einer einzelnen Suffragette in allen Preßorganen der Welt Berichte finden, aber alle übrigen Ereignisse der englischen Stimmrechtsbewegung bleiben der Leserwelt heute ebenso vorenthalten, als in der vormilitanten Epoche. Es ist daher nicht verwunderlich, daß man am Kontinent den Eindruck hat, der Sieg des Frauenstimmrechts sei in England, wo er vor einigen Jahren als bevorstehend erschien, wieder in die weite Ferne gerückt.

Das ist eine optische Täuschung. Ohne sich der Gefahr übergroßen Optimismusses auszusetzen, mag behauptet werden, daß die Gewährung des Frauenstimmrechts in die vorderste Reihe der Realpolitik gelangt ist.

Entgegen der Taktik der Violents, wie zur Unterscheidung von den Militants diejenige, numerisch kleinste, Gruppe der englischen Frauenstimmrechtlerinnen genannt werden muß, die durch Sachbeschädigung und ständige Beunruhigung der öffentlichen Meinung ihr Ziel am raschesten zu erreichen glaubt, haben die größten Organisationen mit einem bewundenswerten politischen Takt sich auf organisierte Schädigung der Regierungspartei konzentriert. Die National Union of Woman Suffrage Societies, die Gesetze respektierende älteste Organisation in England, und neben ihr, die unter der Leitung Mrs. Despards stehende militante (aber nicht violent) Womans Freedom League und viele andere gesetzmäßig und militant arbeitende Vereine beschlossen bei allen Wahlen die Kandidaten der Regierungspartei zu bekämpfen, um dadurch eine Regierungsvorlage zu erzwingen. Die National Union ging sogar einen Schritt weiter und beschloß mit riesiger Majorität ihrer mehr als 60 000 Mitglieder der verschiedensten politischen Schattierungen zählenden Organisation, offiziell die Arbeiterpartei zu unterstützen. Die Labour Party unterstützte wohl die Regierung in den meisten übrigen politischen Fragen, verpflichtete sich aber durch wiederholte Beschlüsse der ganzen Arbeiterpartei, alle von der Regierung angebotenen Ausdehnungen und Verbesserungen des Wahlsystems zugunsten der Männer abzulehnen, wenn die Regierung mit den beabsichtigten Maßnahmen nicht auch zugleich Frauenstimmrecht einführt. Die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei wurde durch Parteibeschlüsse verpflichtet, dieser Taktik zu folgen, auch wenn sie zum Sturz der Regierung und zum temporären Vorteil der konservativen Partei dienen sollte.

Eine Reihe von Zwischenwahlen brachte der Regierung empfindliche Niederlagen, die in allen Lagern ganz offen den Suffragisten und Suffragetten zugeschrieben werden. Die Dreifaltigkeitswahlen, in denen die Stimmrechtler stets den Arbeiterkandidaten unterstützen, haben die Stimmen der Wählerschaft so zersplittert, daß die konservative Partei ohne besondere Verdienste zu einigen den Liberalen entrissenen Mandaten gelangt ist, die zu behaupten sie sich zum Frauenstimmrecht immer mehr und mehr bekehren muß. Die verlorenen Mandate der liberalen Partei erregen die Furcht der bedrohten Partei so sehr, daß eine steigende Stimmung zugunsten des von den Liberalen seit Jahrzehnten schmählich verratenen Frauenstimmrechts sich in höchst bedeutungsvolle organisatorische Taten umsetzt. So wurde z. B. vor kurzem ein liberaler Männerverein für Frauenstimmrecht gegründet, der die Parteimitglieder organisiert, um durch sie einen ausschlaggebenden Druck auf die Partei ausüben zu können. Dieser Organisation gehören alle Mitglieder des Kabinetts, die für das Frauenstimmrecht sind, an, und Ackland und Sir John Simon widmen ihre ministeriellen Kräfte ganz besonders dem Dienste dieser Organisation. Die exponiertesten Anhänger der liberalen Partei, wie Baron Alfred Mond, Prof. Gilbert G. Murray usw., arbeiten mit angestrengten Kräften, um die liberale Partei zu energischer Durchsetzung des in wiederholten parlamentarischen Abstimmungen ausgedrückten Willens der liberalen Majorität in bezug auf Frauenstimmrecht zu veranlassen.

Die Ablehnung der besten Kräfte in den liberalen Frauenorganisationen, weiter für eine Partei zu arbeiten, die die Sache des Frauenstimmrechts wiederholt feige verraten hat, ist ein weiterer Ansporn, die Liberalen in bessere Bahnen zu lenken. Suffrage first ist nun das Schlagwort all der Frauen, die mit Hingebung jahraus jahrein für die verschiedenen Parteien gearbeitet haben, ohne politische Anerkennung gefunden zu haben.

Die Ergebnisse der ungeheure Geld- und Arbeitsopferfordernden Wahltaaktik der National Union und der übrigen Organisationen gleicher Taktik sind auch in den zwei anderen großen englischen Parteien sichtbar.

Die Arbeiterpartei konnte durch und mit der Hilfe der Frauenstimmrechtlerinnen in vielen Bezirken Kandidaten aufstellen und dadurch Gelegenheit zur Propagierung ihrer Ideen finden, in denen sie ohne Kooperation der Frauen allein, keine Kandidatur hätte riskieren können. Die Arbeiterpartei wertet diese Mithilfe nicht nur als eine Förderung ihrer propagandistischen Arbeit, sondern auch als einen realpolitisch wertvollen Unterbau für die nächsten allgemeinen Wahlen. Sie gewann durch diese Kooperation auch das Verständnis und die Anhängerschaft weiter Kreise, die ohne diese politische Konstellation zurzeit nicht hätten erreicht werden können.

In der konservativen Partei dagegen sagt man: „Über kurz oder lang: Frauenstimmrecht kommt! Die Gegner können es höchstens verzögern, aber nicht aufhalten. Seht mal, was wir mit unserer Verzögerungstaktik erreicht haben: wir haben unsere Frauen einfach der Arbeiterpartei in die Arme geworfen. Vorläufig verdanken wir diesem Verhältnis wohl einige illegitime Kinder, d. h. Mandate, die nicht uns zugeschrieben waren, sondern aus Gegnerschaft gegen die liberale Partei, die mit uns die Ehre teilt, das Frauenstimmrecht zu verzögern, uns zufielen. Blicken wir aber nur einen Schritt vorwärts, so sehen wir, daß die liberale Partei heute — morgen einfach aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen sein wird, den Frauen Stimmrecht zu geben, und dann bekommen sie es unbedingt in einem Umfang, der unseren Ansichten entsprechend äußerst gefährlich ist. Bleiben wir ferner in der

Opposition gegen Frauenstimmrecht, so verlieren wir die Frauen unserer Partei vollständig. Erfassen wir jedoch den Moment, so haben wir den Vorteil, das Maß selbst bestimmen zu können und uns die Dankbarkeit der Frauen zu sichern.

Der konservativen Partei angehörige Männer entschlossen sich denn auch, einen Vorstoß zu wagen, der nicht nur in den Annalen des Frauenstimmrechts, sondern auch in der Geschichte des englischen Parlaments einzig dasteht. Gesetze können in England nicht nur im Abgeordnetenhaus eingereicht und von dort ins Oberhaus geschickt werden, sondern auch die Lords können Gesetze in ihrem Haus initiieren und, wenn angenommen, zur weiteren Behandlung in das Unterhaus schicken. Von diesem Recht wird ziemlich selten Gebrauch gemacht, und ganz ausgeschlossen war früher die Initiierung von Reformen, die auf die Wahl und die Wählbarkeit des anderen Hauses Bezug hatten. In Gegensatz zu diesem ungeschriebenen, aber strikt respektierten Gesetz legte Lord Selborne Anfang Mai dem House of Lords einen Entwurf vor, der allen Frauen, die das kommunale Wahlrecht besitzen, politisches Wahlrecht geben sollte. Die Gegner des Frauenstimmrechts hielten diesen Versuch für eine Farce ohne jede weitere Bedeutung, waren aber aufs äußerste erstaunt, zu finden, daß sich zur Debatte über die zweite Lesung am 5. Mai mehr Lords eingefunden hatten, als man selbst bei wichtigsten Fragen im Oberhaus zu treffen pflegt. Noch überraschender war, daß die Debatte sich auf außerordentlich hohem Niveau hielt und volle zwei Tage dauerte. Für die Vorlage sprach Lordkanzler Haldane, Lord Selborne, Lord Newton, Lord Lytton und eine ganze Reihe anderer führender Politiker. Besonderes Aufsehen erregte das außerordentlich warme Eintreten des Lordbischofs von London, der früher im Lager der Antistimmrechtler stand, und bekannte zum erstenmal, als Bekehrter öffentlich für Frauenstimmrecht einzutreten. „Ich habe mich davon überzeugen müssen, daß in der sozialen Arbeit gerade jene Frauen am hingebungsvollsten, opferbereitesten und ausdauerndsten sind, die, weil sie es als Werkzeug für alle übrigen Bestrebungen betrachten, mit voller Kraft für Stimmrecht eintreten.“ „Die Arbeit dieser Frauen hat mich bekehrt,“ sagte der Bischof, „trotz der sonderbaren Bekehrungstaktik der militanten Suffragettes, die in nicht ganz taktvoller Weise mir in St. Paul eine Bombe unter die Kanzel legten, um mich für ihre Sache zu gewinnen.“

Die Gegnerschaft zum Frauenstimmrecht wurde neben einigen unbedeutenden Rednern nur durch einen hervorragenden Mann, Lord Curzon, dem Präsidenten der Antistimmrechtsliga, vertreten. Während der Ablehnungsrede eines der jüngeren Lords erhob sich ein alter Peer und murmelte mit weithin hörbarem Theatergeflüster: „Ich muß hinausgehen, denn wenn ich den edlen Lord weiter reden höre, werde ich gezwungen — für das Frauenwahlrecht zu stimmen.“ Selbst die kühnsten Erwartungen der Optimisten übertraf die glänzende Minorität, mit der die Vorlage, zum erstenmal im Oberhaus verhandelt, abgelehnt wurde. 60 stimmten für die Vorlage und 104 dagegen. Wenn aber auch Qualität gewogen würde, so überwogen die Stimmen der Frauenrechtler, deren Liste die glänzendsten Namen des englischen öffentlichen Lebens enthielt.

Ein weiterer großer politischer Fortschritt des Frauenstimmrechts zeigt sich in der Tatsache, daß die Welsh Home Rule Bill Frauenstimmrecht für das autonome Parlament einschließt, und daß die am 14. Mai eingereichte schottische Home Rule Bill dasselbe tut. Das ist um so bedeutsamer, als

die im vergangenen Jahr eingereichte schottische Bill das Frauenstimmrecht ausschloß, und daß die Aufnahme jetzt trotz des Protestes Asquiths und anderer Home Ruleisten erfolgte.

Die Aufnahme des Frauenstimmrechts in die schottische Homerulevorlage hat vom Standpunkt des kommenden Föderalsystems aus noch eine besondere Wichtigkeit. Bekanntlich wird das Parlament Großbritanniens, wenn Irland, Wales und Schottland ihre autonomen Parlamente eingerichtet haben, zu einem Föderalparlament umorganisiert. Die Frage des Reichswahlrechts wird daher für die Frauen der Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache nähergerückt, daß zwei Parlamente innerhalb der Föderation Frauenwahlrecht schon eingeführt haben. Wenn dazugerechnet wird, daß die Insel Man längst Frauenstimmrecht hat, wie auch die Kolonialstaaten Neuseeland und Australien, so kann eine weitere Verzögerung des Frauenstimmrechts in England und Irland als ausgeschlossen betrachtet werden.

Ein weiteres Zeichen des nahen Sieges ist das Verhalten der Führerin der Antistimmrechtsbewegung. Mrs. Humphrey Ward, eigentlich die einzige bedeutende Frau im gegnerischen Lager, hat am Tag nach Einbringung der schottischen Homerule-Bill das Einfügen des Frauenstimmrechts in den Spalten der Times auf das herzlichste begrüßt und erklärt, daß sie selbstverständlich das Landtagswahlrecht ebenso wie das munizipale für unerlässlich hält, nur nach wie vor das Reichswahlrecht, das in imperialistischen Fragen den Ausschlag gibt, ablehnt.

Es würde die Grenzen dieses Artikels überschreiten, weitere Details zu geben. Es sei daher nur konstatiert, daß die sich sehr täuschen, die die Aussichten des Frauenstimmrechts in England nur nach beschädigten Bildern und abgebrannten leeren Häusern beurteilen. Die Aussichten, die nahen Sieg weisenden Zeichen entspringen der wundervollen politischen Arbeit, die von den Frauenstimmrechtsvereinen mit achtunggebietender Klugheit organisiert und mit nachahmenswerter Geschicklichkeit geleistet wird.

Mehr wohl als alles spricht das eine für sich, daß der designierte Nachfolger Asquiths, Sir Edward Grey, offen erklärte, nicht an die Spitze des Kabinetts zu treten, wenn Frauenstimmrecht seinerzeit nicht offiziell ins Regierungsprogramm aufgenommen wird.



## SCHULDIREKTOR WILHELM MÜLLER, HEPPENHEIM: DIE AMERIKANISCHEN FRAUENKLUBS.



M Jahre 1868 geriet derjenige Teil der Bevölkerung Bostons und New Yorks, der für öffentliche Angelegenheiten Interesse hat, in keine geringe Aufregung. In beiden Städten wurden nämlich die ersten Frauenklubs ins Leben gerufen. Wie dies bei Neuerungen häufig der Fall zu sein pflegt, fanden diese Versuche durchweg eine absprechende Beurteilung. Wenn die Schriftleiter mancher Blätter nicht den Untergang des ganzen Volkes, sondern nur den Ruin der Familie voraussagten, deren weibliche Mitglieder einem Klub beitrat, so bekundete dies immerhin schon eine gewisse Mäßigung. Nur eine Minderzahl einsichtiger Frauen und auch Männer war anderer Meinung. Das gleichzeitige Entstehen der beiden Klubs, deren Gründerinnen in keiner Beziehung zueinander

standen, schien anzudeuten, daß die Zeit für das Unternehmen reif sei. Und diese Annahme war nicht unberechtigt. Die Frauen, welche sich den Klubs anschlossen hatten meist an den heftigen Meinungskämpfen vor dem Bürgerkrieg und während desselben teilgenommen und in der ausgedehnten Wohlfahrtspflege der Feldlager und Hospitäler große Dienste geleistet. Ihr Verständnis für öffentliche Fragen war geschrägt, ihre Erfahrung in praktischen Angelegenheiten bereichert, ihr Schaffensdrang geweckt worden. Einige Suffragetten erhofften wohl auch eine Förderung ihrer auf Emanzipation hinzielenden Bestrebungen. Es bedurfte deshalb nur einer Anregung, und gleichgesinnte Frauen fanden sich in den beiden Vereinigungen zusammen. Sie stellten sich nach ihrer Verfassung die Aufgabe, auf die Ausbildung und Vervollkommnung ihrer Mitglieder wie der Allgemeinheit hinzuarbeiten. Zu diesem Zweck suchten sie sich mit den Schöpfungen hervorragender Geister bekannt zu machen. Sie lasen und besprachen die besten Schriften über einen bestimmten Gegenstand. Oder sie hörten Vorträge über das Leben und die Werke eines Denkers oder Dichters und beschäftigten sich mit dem Studium seiner Schriften. Und je nach der getroffenen Wahl gab es dann Shakespeare-, Goethe- oder Browning-Klubs, in denen man oft mit Eifer und Einsicht der gestellten Aufgabe gerecht zu werden suchte.

Nach dem Vorbild der beiden Klubs wurden bald in andren Teilen des Landes ähnliche Vereine begründet. Die Mitglieder jener ersten Klubs hielten es nicht für nötig, matronenhafte Würde an den Tag zu legen. Sie ritten mitunter mit jugendlicher Begeisterung unter irgendeinem hochklingenden Namen ihr besonderes Steckenpferd. Durch die Vorbereitung auf ihre Zusammenkünfte leisteten sie immerhin oft recht beachtenswerte Arbeit, ließen aber den auf die Vorträge folgenden Erfrischungen und der geselligen Unterhaltung nicht weniger Gerechtigkeit widerfahren. Daß die in den Klubs gehaltenen Vorträge anregend wirkten, konnte man in den öffentlichen Bibliotheken feststellen: denn vor wie nach denselben wurden den Büchereien gewöhnlich alle Werke entnommen, die auf das betreffende Thema Bezug hatten. Register Beteiligung erfreute sich immer die „current event“-Klasse, die sich mit Tagesfragen beschäftigte und die schwerstwiegenden Probleme oft im Handumdrehen zur vollkommenen Zufriedenheit der Mitglieder erledigte.

Aus diesen einfachen und anspruchslosen Vereinen entwickelte sich der „department club“, der im Jahre 1894 Boden gewann und der Ausbildung der Mitglieder in verschiedenen Gruppen — Literatur, Musik, Kunst, Erziehung, Finanzwesen, Wohlfahrtspflege, Haushaltungskunde und Volkswirtschaft — zu dienen suchte. Während eines Klubjahres pflegten die Teilnehmenden meist nur einzelne dieser Fächer zu berücksichtigen. Wo immer es möglich erschien, schlossen sich an das Studium und die theoretische Erörterung praktische Versuche an. Die verschiedensten Interessen der Gesellschaft sollten von den einzelnen Gruppen beachtet werden, und ein von den letzteren ausstrahlendes Wirken der Allgemeinheit zugute kommen. Daß diese Theorie nicht in der grauen Atmosphäre des Klassenzimmers kränkelnd dahinsiechte, sondern als gründer Baum im Leben Wurzel schlug, beweisen die achtungswerten Leistungen der großen Frauenklubs in Chicago, Boston, Cincinnati, Denver und anderen Städten, die auf dem Gebiete der Sozialarbeit hervorragende Schöpfungen ins Leben gerufen haben.

Durch die Beteiligung am Klubleben gelangten nicht wenige Frauen mit der Zeit zur Beherrschung des parlamentarischen Apparats. Die Berufenen

lernten diesen in der Leitung großer Versammlungen mit Sicherheit anwenden, und die Mitglieder, sich unter Zurückdrängung persönlicher Ansichten und Wünsche der Entscheidung der Mehrheit willig unterwerfen. Mit dem wachsenden Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit erweiterten die Klubs das Feld ihres Wirkens, und zwar hauptsächlich in der Wohlfahrtspflege. Was kirchliche Vereine innerhalb der Grenzen ihres Bekenntnisses erstrebten, suchten sie durch eine Vertiefung und Differenzierung fürsorglicher Arbeit weiteren Kreisen zugute kommen zu lassen. Um dies aber erfolgreich und dem neuweltlichen Drang entsprechend in großzügiger Weise tun zu können, bedurfte es einer Verbindung der bestehenden Vereine. Diese traten deshalb unter dem Namen „The General Federation of Women's Clubs“ als eingetragene Körperschaft zusammen. Als es galt, besonderen, mit örtlichen Verhältnissen zusammenhängenden Strebungen besser Rechnung zu tragen und objektive Gegebenheiten zu verwerten, riefen die in den Einzelstaaten bestehenden Klubs Staatsverbände ins Leben. Diese und neuerdings auch die Frauenklubs anderer Länder gehören nun als Einheiten dem großen allgemeinen Frauenbund an.

Die amerikanischen Frauenklubs versuchen, ihren Arbeitsplan in verschiedenen Gruppen zu verwirklichen. Die Abteilung für Kunst veranstaltet Vorträge über einschlägige Fragen, eröffnet Ausstellungen und gründet Sammlungen. Die Abteilungen für Bürgerkunde, Hauswirtschaft, Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen des Landes, Erziehungsangelegenheiten, weibliche Erwerbstätigkeit, Gesetzgebung, Literatur und Sprachstudien bemühen sich alle, durch Neuschöpfungen und durch Förderung bereits bestehender Einrichtungen zur Lösung ihrer besonderen Aufgaben nach Kräften beizutragen.

Man sieht, das Programm des Generalverbandes berücksichtigt fast alle Gebiete menschlicher Tätigkeit und sucht seine Arbeit mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemstellungen der Gegenwart in Zusammenhang zu bringen. Die Anregung, die von dieser Sammelstelle ausgeht, kann bei einsichtsvoller Leitung und zweckentsprechender Verwertung aller Hilfsmittel einen tiefgehenden Einfluß nicht nur auf die Entwicklung der amerikanischen Frauen, sondern auch des ganzen Volkes ausüben.

So gleicht dieser Generalverband einem geistigen Zeughaus, aus dem die Staatsverbände und einzelnen Klubs ihr Rüstzeug und ihre Waffen nehmen. Je nach der Veranlagung der Leiter und nach örtlichen Bedürfnissen werden die Klubs mehr die kulturelle oder die soziologische Richtung zur Geltung bringen. In der Theorie ist der Verband nicht politisch, sondern hat es sich, wie bereits angedeutet, zur Pflicht gemacht, die Vervollkommenung seiner Mitglieder allseitig zu fördern und allen weisen Maßregeln, die dem menschlichen Fortschritt dienen, seine Unterstützung zu leihen. Das Bewußtsein, dieser großen und mächtigen Vereinigung anzugehören, trug sicherlich in Amerika dazu bei, die Frauen des Nordens denen des Südens näher zu bringen, einen engherzigen, an der Scholle klebenden Provinzialismus herabzustimmen und in allen Mitgliedern das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erwecken. Dieses Bewußtsein entflammte die Phantasie und vertiefte die Sympathien der einzelnen für die Gesamtheit, es rüttelte das soziale Gewissen auf und reifte die Erkenntnis, die in dem Satze Ausdruck fand: „Wir müssen etwas tun, um unsere Existenz zu rechtfertigen \*).“ Wie man diesen Entschluß

\*) Die Begeisterung für die Mission der Klubs treibt manchmal seltsame journalistische Blüten und riß eine schriftgewandte Vertreterin des Staatsverbandes

auszuführen sucht, mag der Hinweis auf eine und die andere Neugründung zeigen.

Der Chicagoer „Woman's Club“ darf als eine erfolgreiche Verwirklichung des Typs der Frauenklubs gelten, die ihr Hauptaugenmerk auf Sozialarbeit richten. Von ihm ging im Staate Illinois die Agitation für Mutter- und Kinderschutz aus. Eine gewisse Gruppe der Mitglieder bringt verwahrloste Kinder in Asylen und bei Familien unter. Eine andere Gruppe läßt sich die Sanierung und Verschönerung der Stadt angelegen sein; eine dritte dient der Wohlfahrtspflege und Bekämpfung der Armut und Prostitution, eine vierte entfaltet in Arbeiterquartieren eine erzieherische Tätigkeit. Das vielseitige Wirken des Klubs zielt ferner darauf hin, die Rechte der Frau als Gattin, Mutter, Witwe und alleinstehende Person, wie als Arbeiterin zu wahren und die Lage der letzteren durch Organisation erwerbstätiger Frauen und durch Vertretung derselben vor den Staatsgesetzgebungen, vor städtischen Behörden und Fabrikbesitzern zu verbessern. Die Beiträge sind etwas hoch und belaufen sich auf 80 Mk. im Jahr.

Die gleichen Ziele verfolgt der „Woman's City Club“ von Chicago und sucht durch seine Bestrebungen hauptsächlich der starken eingewanderten Bevölkerung zu nützen. Er ist demokratischer angelegt, und damit Frauen jedes Standes beitreten können, werden nur vier Mark als Jahresbeitrag erhoben.

Der Cincinnati „Woman's Club“ weiß ebenso durch zielbewußte Sozialarbeit das Los der unteren Schichten freundlicher zu gestalten. Dabei läßt er sich die Unterstützung der in jener Stadt einheimischen kunstgewerblichen Unternehmen mit wachsendem Erfolg angelegen sein und trägt viel zur Hebung des Erziehungswesens bei.

Der Chicago „Fortnightly“, nach seinen zweiwöchentlichen Zusammenkünften so benannt, ist einer der bekanntesten literarischen Klubs. Die Mitglieder — Frauen und Mädchen — versammeln sich in Abendtoilette in den eleganten Räumen eines vornehmen Hotels, die dem Klub als Heim dienen. Die Präsidentin und die Vorstandsmitglieder nehmen auf einer Plattform Platz. Dann findet ein Vortrag statt, an den sich meist eine Erörterung knüpft. Der europäische Gast wird von der Sicherheit der Leitung und der Ruhe und Ordnung, die während der Sitzung herrschen, angenehm berührt sein, nicht weniger von der Vertrautheit mit dem behandelten Gegenstand, dem Fluß der Rede, der Folgerichtigkeit der Beweisführung und der Schärfe des Urteils, die sich oft bei der Debatte über irgendeine Frage bekunden. Die Gegner einer dargelegten Ansicht zögern nicht im mindesten, ihren Standpunkt zu vertreten, und machen dabei weder Komplimente noch Um-

---

von Arkansas zu folgendem, aus biblischen und klassischen Reminiszenzen zusammengewobenen Erguß hin: „Durch Erweckung schlummernder Fähigkeiten, durch Belebung ihrer Kräfte im Verkehr mit anderen ihres Geschlechtes und in Erkenntnis dessen, was sie anstreben, kann und wird eine Klubfrau im höchsten Sinne des Wortes ihr Heim zu einem Königreich und Liebe zur Königin in demselben gestalten. Ihr Mann ist berühmt in den Toren, wenn er sitzt bei den Ältesten des Landes. Ihre Söhne stehen auf und preisen sie selig.“ Und ihre zweifelnden Nachbarn werden bekehrt, wenn sie sehen, wie Bildung und Kochen Hand in Hand gehen. Sie werden sich aufs höchste darüber wundern, daß eine Frau, die Shakespeare, Browning und Tennyson studiert, eine Mahlzeit herstellt, die Nektar und Ambrosia für die Götter sein würde, daß sie ein Zimmer so hold, so rein und ruhebringend herrichten kann, daß der gute Hausvater in demselben von den Gefilden der Seligen träumt, und daß sie soviel Sonnenschein und Frohsinn am Frühstückstisch als Witz und Weisheit im Mittwochs-Klub zu verbreiten weiß.“

schweife, halten sich aber auch von persönlichen Ausfällen fern und gehen durchweg sachlich zu Werk. Auf den Vortrag folgt gewöhnlich eine durch musikalische Darbietungen belebte Unterhaltung, während welcher Gäste mit den Mitgliedern bekannt gemacht und Erfrischungen herumgereicht werden. Zur Deckung der nicht geringen Kosten erhebt der Club einen Jahresbeitrag von 120 Mk. Man kann deshalb fast sagen, daß sich denjenigen, die nicht mit einem goldenen Schlüssel kommen, die Pforten dieser vornehmen neuweltlichen Frauenakademie kaum öffnen. Eine Pariser Schriftstellerin bemerkte bei einem Besuch des „Fortnightly“, seine Zusammenkünfte glichen denen französischer Salons, nur daß in letzteren beide Geschlechter vertreten seien, und die Damen vor den Herren gern ihr Licht leuchten ließen. Hierauf erwiderte ihr die Präsidentin: „Dies hat für uns keine besondere Bedeutung, wir glänzen gern auf unsere eigne Rechnung.“

Solange sich die Frauenclubs ausschließlich mit der Verwirklichung ihres erziehlichen Programms beschäftigten, nahm die Mehrheit der Draußenstehenden kein sonderliches Interesse an ihren Bestrebungen. Als aber die Vertreter der Staatsverbände vor Gesetzgebungen und vor städtischen Behörden erschienen, auf bestehende Mißstände hinwiesen, die Einführung entsprechender Reformen anregten und in Unterstützung ihrer Forderungen die Unterschriften Hunderttausender bekannter und geachteter Frauen zeigten, änderte sich die Sachlage. Man gelangte allgemein zur Ansicht, daß von nun an eine neue unbekannte Größe bei der Erledigung öffentlicher Angelegenheiten in Betracht zu ziehen sei.

Um ihre Ziele klarzustellen, sahen sich die Frauenclubs zu einer aufklärenden Beeinflussung der öffentlichen Meinung gedrängt. Eine solche wurde aber nie unternommen, ehe man nicht vorher erfahrene Soziologen zurate zog. Nach erfolgter Besprechung entfalteten dann die Frauen eine rührige agitatorische Tätigkeit. Die Annahme von Gesetzen, welche Vater und Mutter die gleichen Elternrechte zuerkennen, die Einführung von Jugendgerichten, die Förderung der Mäßigkeitsbewegung, die gesetzliche Regulierung der Frauen- und Kinderarbeit, die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, die Wählbarkeit der Frauen für staatliche und städtische Behörden — diese und andere Reformen, die in verschiedenen Staaten der Union eingeführt wurden, sind auf das Eingreifen von Frauenclubs zurückzuführen.

Bei ihren diesbezüglichen Bestrebungen gelangten die Leiter bald zur Ansicht, daß ihre Vorschläge weit eher auf Beachtung und Annahme rechnen könnten, wenn dieselben nicht nur durch Beweisgründe, sondern auch durch Stimmen unterstützt würden. Und diese Erkenntnis führte vielfach zu einem entschiedenen Eintreten für die Verleihung des Frauenstimmrechtes.

Wie schon erwähnt, war in den Frauenclubs anfänglich die weibliche Jugend stark vertreten — meistens Mädchen, die ihre Bildung einem Kolleg verdankten und nun das Bedürfnis fühlten, das Licht ihrer Weisheit leuchten zu lassen und die Welt mit zeitgemäßen Reformen zu beglücken. „Der Menschheit Fortschritt ist in eure Hand gegeben.“ Diese kleine Variante des bekannten Dichterwortes hätten die eifrigsten unter ihnen nur als eine vollkommen zutreffende Anerkennung ihrer Strebungen empfunden. An die amerikanischen Frauenclubs jedoch, die heute dem großen Generalverband angehören, muß ein anderer Maßstab angelegt werden. Die Mitglieder derselben sind der Mehrzahl nach Frauen in mittleren Jahren. In einem Massachusetts Club haben alle Mitglieder die fünfzig überschritten. Da sie auch

meist der wohlhabenden Klasse angehören, sind sie mit der Führung des Haushaltes und der Erziehung von Kindern nur in beschränktem Maße beschäftigt und können sich mit Muße der Arbeit der Klubs widmen. Bei vielen ausgesprochenen Erfolgen bleiben aber die Ergebnisse an verschiedenen Orten doch hinter den Erwartungen zurück. Der mit der Leitung betraute Ausschuß ist in manchen Klubs seiner Aufgabe nicht gewachsen, und die einzelnen Mitglieder benützen auch keineswegs immer die ihnen dargebotenen Gelegenheiten. „Statt dessen wird die Arbeit der Saison in einem weitläufigen Programm angekündigt, in welchem die Aufzählung gewichtiger Themata über das Vorherrschen der Vergnügungen hinwegzutäuschen sucht. Die solide Arbeit dieser Klubs ist nicht selten spasmodisch und hängt oft ganz und gar von der Persönlichkeit der Leiter ab, die jedes Jahr wechseln.“

Dem aufmerksamen Beobachter wird es auch kaum entgehen, daß die übereifrige Beteiligung mancher Frauen an der Sozialarbeit nicht immer einem wirklichen Verständnis entspricht und keineswegs stets ernst zu nehmen ist. Wie der Knabe im Dunkeln durch Pfeifen sich über seine Furcht, so wollen sich manche Mitglieder der Klubs durch eine laute Vielgeschäftigkeit über ihre innere Leere hinwegtäuschen. Andere setzen sich auch zu den von den Klubs ausgehenden Forderungen in offenen Widerspruch. Es wird erwartet, daß Klubfrauen nur solche Waren kaufen, deren Herstellung nachweisbar unter menschenwürdigen Bedingungen erfolgte. Bieten aber die großen Kaufhäuser zu Schleuderpreisen Kleidungsstücke an, die sicherlich in Schwitzbuden angefertigt wurden und oft unter Seufzen und Tränen entstanden sind, so kann man nicht selten Klubmitglieder unter der Menge finden, die jene Auslagen umdrängt.

Die Staatsverbände suchen Vogelschutz in jeder Weise zu verwirklichen, einzelne Mitglieder tragen nach wie vor Federschmuck auf ihren Hüten. In den Vorlesungen der Klubs wird gegen bestehende Vorurteile und gegen Modetörheit entschieden angekämpft, wie eine vernünftige Lebensführung unter hygienischen und ästhetischen Gefühlpunkten gepredigt. In der Praxis zeigen sich jedoch immer noch viele Zuhörerinnen als gedanken- und geschmacklose Sklavinnen der wahnwitzigsten Modetyrannei und zeigen, daß gerade beim schönen Geschlecht oft aller Schönheitssinn mangelt.

Eine weitere Hemmung der Klubarbeit liegt in der übergroßen Mannigfaltigkeit und in dem raschen Wechsel der Gegenstände, mit denen sich die Mitglieder zu beschäftigen haben. Dabei treibt sie oft ein unbestimmtes Gefühl, ihre Stimmungen in die Tat umzusetzen. „Ihre Passivität wird zu einem krampfhaften, aber schwächlichen Wollen aufgestachelt. Ehe sie jedoch zu ersprießlichem Handeln gelangen, tritt schon wieder eine neue Forderung an sie heran. Dieser fortwährende Prozeß der Anregung und Erschöpfung ohne begleitende Tätigkeit führt dazu, daß die verzweifelnde Klubfrau schließlich alle Vorträge mit demselben Gleichmut und dem nämlichen mechanischen Interesse anhört.“

Obige Worte sind einem Aufsatze Martha E. D. Whites entnommen und enthalten viel Wahrheit; allein sie treffen nicht bloß für die Arbeit der Frauenklubs, sondern in gewissem Maße auch für andere Kundgebungen des amerikanischen Lebens zu, bei denen eine plötzlich auflodernde Begeisterung einer ebenso rasch erfolgenden Abkühlung Raum gibt.

In einer Satire Mrs. Gertrud Athertons sagt eine junge Klubistin mit vollem Ernst: „Wir Frauen müssen die Seele in unsren Männern erwecken.“ Wenn nun auch die kalifornische Novellistin diese höhere Tochter ein großes Wort gelassen aussprechen läßt, so liegt in dieser Übertreibung

doch eine gewisse Wahrheit. Eine begrenzte Anzahl amerikanischer Männer beteiligt sich zurzeit noch eifrig an kirchlichen Bestrebungen, die Mehrheit geht jedoch fast ganz in der Politik und im Geschäft auf. Sie scheint der Meinung zu sein, die Bedeutung eines Volkes hänge in erster Linie vom Besitz und von der Vermehrung seines Reichtums ab. Nicht wenige denkende amerikanische Frauen kommen aber zur Ansicht, daß man mit dieser Errungenschaft erst im Vorhof des Tempels nationaler Größe stehe und nur durch Aneignung hoher geistiger Güter ins Allerheiligste zu dringen vermöge. Und darum empfinden sie es als eine Aufgabe der Frauen, die mehr Verlangen nach diesen Gütern zeigen, an der Gewinnung kultureller Werte im Vordertragen mitzukämpfen.

Wenn nun auch diese hohe Auffassung des weiblichen Berufes noch lange keine allgemeine ist, und die Frauenklubs zurzeit noch Unzulänglichkeiten aufweisen und sich mancher Inkonsistenzen schuldig machen, so dürfen sie sich doch auch schon ganz hervorragender Leistungen rühmen.

Vor einigen Jahren brachte die Zeitschrift „The British Weekly“ unter der Spitzmarke „Die Trägheit der Amerikanerinnen“ einen Aufsatz, in welchem der Verfasser an letzteren wegen ihres sündhaften Müßigganges scharfe Kritik übte. Etwas später ging ein amerikanischer Universitätslehrer so weit, die Frauen seines Landes als parasitische Auswüchse am Körper des öffentlichen Lebens zu bezeichnen. Für die Weiblichkeit des Uppertendoms mögen diese Ausstellungen in manchen Fällen zutreffend sein. Allein der flüchtigste Blick auf die Arbeit, die von Legionen von Amerikanerinnen in der Industrie und noch einer größeren Anzahl in Haus getan wird, wie eine Prüfung der von den Frauenklubs geschaffenen Einrichtungen genügt, um darzutun, daß diese Vorwürfe ohne die weitestgehende Einschränkung auch nicht den Schatten einer Berechtigung haben.

Und wenn die Frauenklubs den Reformfeifer, mit dem sie der Allgemeinheit zu dienen suchen, auch bei einer Verbesserung ihrer eigenen Vereinigung betätigen, so wird dies ihre Bestrebungen noch erfolgreicher gestalten. Vor allem scheint es jedoch geboten, daß sich die einzelnen Klubs mit dem großangelegten Arbeitsplan des Generalverbandes mehr und mehr in Einklang setzen, denn hierdurch werden sie aus einer vorwiegend propagandistischen Organisation eine hochwichtige soziale Macht. Und nicht ganz unverdient wird das Lob sein, das ihnen einer der ersten neuweltlichen Erzieher spendet und das da lautet: „Der Zeitraum von 1870 bis 1900 war in der amerikanischen Geschichte von größerer Bedeutung als die vorhergehenden zwei Jahrhunderte, und in diesen ganzen drei Jahrzehnten muß als bedeutendstes und weittragendstes Moment die Bewegung bezeichnet werden, die in den Frauenklubs verkörpert erscheint.“



## HENRIETTE FÜRTH, FRANKFURT A. M.: DER GEBURTENRÜCKGANG IN DEUTSCHLAND.



ER von Angehörigen aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie unterzeichnete Initiativantrag an den Reichstag, „betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung der Geburten“ hat die Aufmerksamkeit neuerdings in wiederum verstärktem Maße auf die Frage des Geburtenrückganges in Deutschland gelenkt. Es dürfte daher angezeigt sein, den gegenwärtigen Stand der Geburten-

und Bevölkerungsfrage in Deutschland einer zusammenfassenden Würdigung zu unterziehen.

Es ist dabei von den Zahlen auszugehen. Aus ihnen ergibt sich, daß zweifellos ein starker und noch andauernder Rückgang der Geburten stattgefunden hat.

Es kamen in Deutschland in den Jahren \*):

1872—76 auf 1000 der Bevölkerung bei 9,49 Eheschließ.	41,82 Geburten.
1902—11 „ „ „ „ 7,94	33,20 „
1910 „ „ „ „ 7,69	30,72 „
1911 „ „ „ „ 7,85	29,48 „
1912 „ „ „ „ 7,91	29,12 „

Wir haben trotzdem bis zum Jahr 1902, das eine Zuwachsrate von 15,63% aufweist, steigende Geburtenüberschüsse, die in den Jahren 1881 bis 1890: 11,70, 1891—1900: 13,88, 1901—1910: 14,26, i. J. 1910: 13,62, 1911: 11,32 und 1912: 12,70% betragen. Selbst in dem durch seine abnorme Witterung so verderblichen Jahr 1911 ergab sich noch eine Zuwachsrate von 739 945 Menschen, die im folgenden Jahr 1912 wiederum auf 839 887 anstieg.

Schon diese wenigen Angaben genügen, um darzutun, daß auf absehbare Zeit die Furcht vor Geburtenrückgang und Entvölkerung unbegründet ist. Eine gleichbleibende Entwicklungslinie vorausgesetzt, dürfte nach den Berechnungen eines so erfahrenen und vorsichtigen Sozialstatistikikers wie Geheimrat Würzburger in Dresden in etwa 150 Jahren der Zeitpunkt gekommen sein, in dem Geburt und Tod im Gleichgewicht wären. Um viele Jahre früher dürfte aber wohl der Augenblick eintreten, in dem Deutschland so mit Menschen gesättigt sein, in dem der Nahrungsspielraum sich nicht absolut, aber relativ so verengt haben wird, daß Bodenfläche und Ertragsfähigkeit ein weiteres entsprechendes Anwachsen der Volkszahl zu einer rassebiologischen und kulturellen Gefahr machen würde.

Man vergesse eben nicht, daß selbst heute in der Zeit vielbeklagten Geburtenrückgangs ein jährliches Mehr von 800 000—900 000 Menschen behaust, verköstigt, gepflegt und erzogen werden will, daß die drei letzten Volkszählungsperioden uns einen Menschenzuwachs von 12—13 Millionen gebracht haben und die i. J. 1915 zu erwartende Zählung annähernd 70 Mill. Menschen im Deutschen Reiche nachweisen wird.

Nicht uninteressant ist auch ein Vergleich mit dem Ausland. In Deutschland wurden nach den Geburts- und Sterblichkeitsverhältnissen des Jahrzehntes 1881/1890 von 100 000 weiblichen Personen 290 293 Kinder geboren, während nur 213 177 (die 13 177 sind das Mehr an Knaben) zur Erhaltung der Volkszahl notwendig gewesen wären. Die Zahl der Geborenen war also um 36,17 % größer als zur Selbsterhaltung erforderlich. Zwischen 1891 und 1900 ergab sich ein Mehr von 44,05 % und von 1901 auf 1910 von 41,68 %. Alle drei Jahrzehnte zeigen also noch recht günstige Verhältnisse.

In Schweden wurden mehr Kinder geboren als zur Erhaltung notwendig: 1816—1884: 39,07 %, 1841—1855: 35,13 %, 1891—1900: 41,22 %.

In Dänemark zwischen 1895 und 1900: 50,94 %. Nur in Frankreich ergab sich ein Minus (1898 bis 1903) von 2,47 %. Es kamen dort auf 100 000 weibliche Personen nur 208 894 Kinder.

\*) Für dies und alles Folgende „Vierteljahrsshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“, — Bd. 246: „Die Bevölkerungsbewegung usw.“

Nach alledem ist nichts unangebrachter, als von drohender Entvölkerung und der Verneinung des Willens zum Leben beim deutschen Volke zu reden.

Und noch sind keineswegs die Möglichkeiten einer weiteren Herabminderung der Sterblichkeit, das heißt aber einer Aufrechterhaltung der Zuwachsrate ohne Erhöhung und selbst bei weiterem Sinken der Geburtenzahl erschöpft, denn noch hat Deutschland eine überhohe Säuglingssterblichkeit. Sie betrug 1901: 20,7%, 1910: 16,2%, 1911: 19,2% (sehr heißer Sommer) und 1912: 14,7%. Nur Rußland, Österreich, Ungarn und Rumänien haben höhere Säuglingssterbeziffern, während Norwegen z. B. nur 6,7%, Schweden 7,5%, Dänemark 10,4%, Finnland 11,8%, England und Wales 10,6%, Irland 9,5% Sterbefälle von Säuglingen aufweist. So ist hier noch viel zu tun, bis die anderorts festgestellten günstigen Zustände erreicht sein werden.

Ganz besonders herabzudrücken sind auch noch die Sterbefälle der unehelich Geborenen. Hier mag ein erschütterndes Beispiel aus einer Stadt, die sich sonst mit Recht ihres Gemeinsinnes und ihrer sozialen Fürsorgeanstalten rühmt, für tausend andere stehen. Während die eheliche Säuglingssterblichkeit der Jahre 1906—1912 in Frankfurt a. M. sich auf durchschnittlich 10,4% stellte, betrug die der Unehelichen 23,6%, also mehr als das Doppelte, obwohl Spann in seinen vielgenannten Arbeiten über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M. den Nachweis erbracht hat, daß die Unehelichen keineswegs mit schlechterer Lebenserwartung geboren werden als die Ehelichen. Mangel an Pflege und Fürsorge jeder Art ist schuld an diesem furchtbaren Hinsterben der Unehelichen, ebenso wie die Unmöglichkeit der Beschaffung geeigneter Verpflegung schuld daran ist, daß in den Proletarierfamilien, besonders aber in den geburtenreichen, die Säuglinge in so großer Zahl wieder dahingehen. Eine Untersuchung des Berliner Arztes Hamburger, die sich auf 1042 Arbeiterfrauen mit 7261 Schwangerschaften und 119 Ehefrauen aus wohlhabenden Kreisen mit 416 Konzeptionen erstreckte, ergab bei den Arbeiterfrauen nur 49,36%, bei den Wohlhabenden 81,97% Überlebende. („Konzeptionsziffer und Kindersterblichkeit in großstädtischen Arbeiterkreisen.“ Zeitschr. f. Soziale Medizin.) „Über die Hälfte dieser Konzeptionen bei den Unbemittelten hätte sonach besser überhaupt nicht stattgefunden. Sie haben nur Kraft und Geld gekostet und nichts eingebracht.“ (Fürth: „Der Rückgang der Geburten als soziales Problem.“ Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik. Halle 1913.)

Mit dieser Feststellung sind wir bei der sozialen und wirtschaftlichen Verknüpftheit unserer Frage angelangt. Nicht der Geburtenrückgang ist der schlimmste Feind der Volksvermehrung, sondern die Unmöglichkeit des Gesundgeborenwerdens, die Unmöglichkeit, das was geboren wurde, dem Leben zu erhalten, es einem gesunden und gedeihlichen Leben zuzuführen. Die Hälfte der Arbeiterkinder stirbt weg, bevor sie ins erwerbsfähige Alter gelangte. Und die andere Hälfte? Man lese die Berichte der Schulärzte. Die Zahl der im Kreise Diesburg in unterernährtem Zustand der Volksschule zugeführten Schulanfänger umfaßte in den Jahren 1902—1907: 30—35% aller Schulanfänger. (Vgl. dazu auch Fürth a. a. O.) Bekannt sind auch die in bezug auf Längenwachstum und Gewicht sich ergebenden, bis zu 10 cm und 3,5 kg betragenden Unterschiede zwischen Berliner Gemeindeschülern und Gymnasiasten.

Und das Elend der vielgebärenden Mütter tut sich auf. Die daraus erfließende Nötigung zum Miterwerb der Mütter. Als Folge davon wiederum

Krankheit und Siechtum mannigfacher Art, Fehlgeburten oder Geborenwerden schwächerer Kinder. Nach den Untersuchungen des französischen Arztes Pinard übertraf das Durchschnittsgewicht der Kinder von Müttern, die in den letzten 6—8 Wochen vor der Geburt nicht mehr schwer zu arbeiten brauchten, das der Kinder nicht geschochter Schwangerer um 300 g, bei 60tägiger Ruhe um 400 g. Aus den von Geh.-R. Mayet behandelten „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnissen der Ortskrankenkasse Leipzig“ geht hervor: „Auf die 10 752 Wochenbetten der erwerbstätigen Frauen kamen 1666 Fehlgeburten (Aborte) = 15,5 %, auf die 11 018 Wochenbetten der freiwilligen Mitglieder mit Arbeitsruhe nur 254 Fehlgeburten = 2,3 %.“ „Und die fürchterliche Tatsache, daß bei den Leipziger Poliererinnen von 56 Wochenbetten 30 Fehlgeburten waren, wird fürchterlicher dadurch, daß unter den freiwilligen Mitgliedern der gleichen Gewerbegruppe bei 43 Wochenbetten nicht eine einzige Fehlgeburt vorkam.“ (Fürth: „Mutterschaftsversicherung“, S. 13 ff. Jena 1911.) Ebenso bezeichnend ist, daß von zahlreichen ärztlichen Praktikern etwa 25 % aller Frauenleiden auf Vernachlässigung im Wochenbett, Unterernährung, zu lange oder zu schwere Arbeit vor der Entbindung zurückgeführt werden.

Und da ist die Wohnungsfrage in ihrem Einfluß auf den wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Habitus der Bevölkerung. Die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit der Erlangung einer angemessenen Wohnung für kinderreiche Unbemittelte. Darin — das kann gar nicht oft und nicht nachdrücklich genug gesagt werden — ist eine der tiefstreichenden Wurzeln des Geburtenrückgangs zu erkennen. Und wer diesem Übelstand begegnet, wer es den Eltern ermöglicht, in lichten und luftigen Heimstätten zu nicht zu teuren Preisen und unter kulturwürdigen Allgemeinbedingungen zu hausen und gesunde Kinder aufzuziehen, der hat damit Unendliches im Interesse der Volksgesundheit und gegen den Geburtenrückgang getan. Als Beweis diene uns noch einmal ein Bild aus Frankfurt a. M. Die dortige gemeinnützige Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen \*), die ihre Wohnungen in erster Linie den einkommensschwachen und kinderreichen Familien zur Verfügung stellt und zurzeit etwa 7000 Menschen behaust, teilt Sterbeziffern von

1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
10,88	8,39	8,78	6,00	5,07	8,37	5,11	4,63 %

vom Tausend der Bevölkerung mit, während die gleichgeordneten Ziffern für die Stadt lauten:

14,73    14,45    14,87    13,84    13,06    12,62    11,97    11,66 %.

Zu einem nicht unwesentlichen Teil dürfte diese günstige Unterschiedenheit auf das gesundheitsgemäße und zugleich billige Wohnen zurückzuführen sein, das Bestandteile des Einkommens, die sonst dem Mietaufwand dienen müssen, für Besteitung anderer Lebensbedürfnisse freisetzt. (Die bezüglichen Mieten sind um 25—33 % billiger als ortsüblich.)

Endlich ist eine wichtige Ursache des Geburtenrückgangs in der Lebensmittelverteuerung durch Zollpolitik, Tarifreform usw. zu erblicken.

So schließen wir denn: Eine Entvölkerung haben wir auf absehbare

\*) Vgl. die Jahresberichte der A. B. G. das „Statistische Handbuch“ und die „Statistischen Jahresübersichten der Stadt Frankfurt a. M.“.

Zeit nicht zu fürchten, wohl aber eine Verschlechterung unseres Menschenmaterials. Daher ist nicht eine Vermehrung, sondern eine weitere Verminderung der Geburten, daneben aber die Sicherung eines gesunden Nachwuchses zu fordern, und zwar in dem Sinne, daß nur zum Leben gelangen soll, was lebenskräftig und lebenswert ist. Das verlangt und bedeutet aber an erster Stelle die Ausschaltung entarteter oder unheilbar kranker Elemente von der Fortpflanzung durch Verhütung der Zeugung. Je nachdem wird eine solche Ausschaltung durch Zwangsmaßnahmen herbeizuführen sein, wie sie z. B. in dem Gesetz des Unionsstaates Indiana vom Jahr 1907, „zur Verhütung der Fortpflanzung von Gewohnheitsverbrechern, Idioten, Schwachsinnigen und Notzüchtern“ vorgesehen sind. In einer Reihe anderer Fälle wird die Verhütung der Zeugung durch Anwendung antikonzeptioneller Mittel ausreichend sein. Hier ist vor allem an Tuberkulöse, Epileptiker, unheilbar venerisch Erkrankte, unverbesserliche Alkoholiker usw. zu denken.

Das bedeutet ferner die Vermeidung des Vielgebärens, die unnützen, weil ungenützten Konzeptionen, die wie das Beispiel Hamburgers dartut, nichts weiter herbeiführen als ein Vielsterben, die Hunderttausende von Müttern zum Siechtum und einer Lebenstrostlosigkeit ohnegleichen verdammten, sie um die Anwartschaft auf Persönlichkeitsrecht und Daseinsfreude betrügen, die Millionen von Kindern das Brot vom Munde und das Licht aus dem Leben stehlen. (Das Indieweltsetzen lebensschwacher, einem frühen Tode verfallener Kinder ist zugleich, volkswirtschaftlich gesehen, eine zwecklose und unwirtschaftliche Belastung der Bevölkerungsbilanz und des Volksvermögens.)

Und das bedeutet und verlangt endlich einen solchen Ausbau unserer gesamten Sozialpolitik, daß das, was geboren wird, in einem hohen und jedenfalls einem ungleich höheren Maß, als es heute der Fall ist, dem Leben erhalten bleibt. Wenn, wie Generalarzt Meisner nachweist („Einfluß der sozialen Lage auf die Militärtauglichkeit.“ „Krankheit und soziale Lage“, 2. Lieferung), in Norddeutschland von 100 überhaupt Gestorbenen (männlichen) 53 vor Eintritt in das dienstpflichtige Alter starben, in Bayern 56, in Sachsen 57, Baden 48, Elsaß-Lothringen 44, so bezeugt das neben manchem, was hier von der psychischen Seite her zu sagen wäre, eine unerhörte Verschwendug volklichen Vermögens, eine ungeheuerliche Belastung der passiven Seite der Volksbilanz und vor allen Dingen eine beklagenswerte, unwiederbringliche und unnütze Verwüstung und Vergeudung mütterlicher Kraft und Lebenserwartung.

Zur Verbesserung der Bevölkerungsbilanz ist daher, neben den die Geburtenregelung betreffenden Maßnahmen, ein umfassender Mutter- und Kinderschutz, eine großzügige Wohnungs-, eine gesunde Zoll- und Steuerpolitik notwendig. Ein Komplex von Maßnahmen, durch die die eugenische Beschaffenheit des Nachwuchses gesichert, die Lebenshaltung erleichtert, die Lebensfreudigkeit und Lebenszuversicht erhöht wird.

Ferner eine andere tatsächliche und begriffliche Stellungnahme zur Frage und zum Schicksal der außerehelichen Mütter und der unehelichen Kinder. Eine Stellungnahme, die nicht an den veralteten Vorurteilen einer brüchig werdenden Gesellschaftsordnung, sondern an dem Persönlichkeitsrecht, allerdings auch der Verantwortungspflicht der Individuen orientiert ist und sich vor allem die Auffassung zu eigen macht, daß Kinder nicht nur Privatsache der einzelnen, sondern eine den Staat und die Gesellschaft unmittelbar berührende Angelegenheit sind. Eine Auffassung, die in bezug auf

die Unehelichen, soweit ich sehen kann, sich bis jetzt nur zwei Staaten zu eigen gemacht haben, der ungarische, wenn er sagt: „Jedes Kind, welches durch die Seinigen nicht versorgt werden kann, hat Anspruch auf Versorgung durch den ungarischen Staat.“ Und in den Motiven zu diesem Gesetz: „In der neuen Ordnung des Schutzes der verlassenen Kinder läßt der Staat sich nicht mit Liebe herbei zu dem Kind — das ist Sache des gesellschaftlichen Humanismus —, sondern der Staat hebt den Schwachen zu sich mit dem Rechte.“ In ähnlicher Weise verfährt Norwegen, dessen leider inzwischen vom Amt zurückgetretener Minister Castberg einen Gesetzentwurf eingebracht hat, durch den die unehelichen Kinder den ehelichen völlig gleichgestellt werden sollen.

Weiter ist im Sinne einer gesunden Bevölkerungspolitik die Aufhebung des staatlichen und kirchlichen Zwangszölibats zu verlangen, durch das wertvolle Elemente der Fortpflanzung entzogen werden, und eine durchgreifende Änderung jenes Teiles der staatlichen Verwaltungspolitik, die aus fiskalischen Gründen die Anstellung unverheirateter Beamter befürwortet oder vorschreibt.

Unsere Darlegung würde unvollständig sein, berührte sie nicht, damit zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehrend, die Gefahr, die dem Bestand und Gehalt des Volksganzen durch den Gesetzentwurf betr. den Verkehr mit Mitteln zur Verhütung der Konzeption droht. Diese Mittel sind zu einem wesentlichen Teil identisch mit den Schutzmitteln gegen die venerischen Erkrankungen. Den Vertrieb dieser Schutzmittel hält der Entwurf für statthaft. Da sich aber Schutzmittel und antikonzeptionelle Mittel nicht voneinander trennen lassen und überdies die Handhabung des Gesetzes nicht etwa Sachverständigen, sondern Polizeiorganen anvertraut sein würde, wäre die Annahme des Entwurfs in Wirklichkeit einer Vervielfachung der venerischen Ansteckungsgefahr gleichzusetzen. Was das aber, abgesehen von allen anderen Folgen, rein ziffernmäßig für die Volksvermehrung bedeuten würde, erhellt aus der Tatsache, daß heute schon, nach der vorsichtigen Schätzung eines Mannes von der Autorität Blaschkos, jährlich etwa 200 000 Geburten infolge venerischer Erkrankung ausfallen.

Derartige Vorschläge lassen die Einsicht in die Tiefe des hier zur Diskussion stehenden Problems vermissen. So wie die Dinge liegen, nützt alles Kurieren am Symptom nichts. Es muß zum Kern der Frage vorgedrungen werden, zu deren sachgemäßer Behandlung und Lösung, neben dem von uns namhaft gemachten Maßnahmenkomplex, eine grundstürzende Wandlung der staatlichen Auffassung vom Maß und der Ausdehnung der gegenüber dem volklichen Nachwuchs zu erfüllenden Pflichten erforderlich ist.

Mit dem mehrgenannten Gesetzentwurf wird eine Verpflichtung zur Erzeugung von Kindern oder, wie man es genannt hat, ein Gebärzwang statuiert. Das dürfte ein aussichtsloses Unterfangen sein, da auf diesem Gebiet notwendigerweise jede Form von Zwang versagen muß. Man kann eben niemand zwingen, Kinder in die Welt zu setzen, wenn er nicht will. So kann es nur gelten, diesen Willen zu gewinnen. Dadurch zu gewinnen, daß der Staat aufhört, im Kinde im übrigen nur die private Angelegenheit der Eltern zu sehen, denen man folgegemäß die ganze Last und Verantwortung der Aufzucht aufbürdet. Mit dieser Ansicht muß gebrochen werden. Will der Staat eine gesunde Bevölkerungspolitik treiben, so hat er dazu überzugehen, die Kinder als soziale Werte, aber auch als soziale Pflichtenbringer anzusehen. Er hat daher auf seine Kosten alle die Bedingungen der

Aufzucht zu schaffen und zu unterhalten, durch die das Heranwachsen eines tüchtigen, gesunden und lebensvollen Geschlechtes gewährleistet wird.

Er wie die Allgemeinheit haben sich mit dem Gedanken zu erfüllen, daß nach den Worten Goldscheids die ausschließliche Ökonomie der Güter und toten Motoren der Produktionswelt ergänzt werde durch die weitaus wichtigere der Menschenökonomie, die die Mütter von der „unfruchtbaren“ Fruchtbarkeit erlöst und allen, die Menschenantlitz tragen, zu einem menschenwürdigen Dasein verhilft.

„Der Mensch, jeder Mensch ist Selbstzweck. Die gesamte Produktionsmaschinerie aber ist nur Mittel zum Zweck. . . .

Der Mensch ist nur um des Menschen willen da!

Das wollen wir nicht vergessen, und es muß unser Trachten sein, rastlos und restlos zu erfüllen, was uns damit aufgelegt ist.

Dann wird der Geburtenrückgang aufgehört haben, ein drohendes soziales Problem zu sein. Er wird sich als organisches Glied in die Kette einer Entwicklung fügen, die menschwärts führt \*).“



## DR. OLGA KNISCHEWSKY: HAUSWIRTSCHAFTLICHE HOCHSCHULEN.



IE verschiedenen wirtschaftlichen Frauenschulen, die Haushaltungspensionate und Kochkurse sind schon erfreuliche Anfänge für eine hauswirtschaftliche Ausbildung. Und dennoch hat sich trotz Gasherd und elektrischem Licht noch viel Spinnstubengeist im Bereich der Hausfrau erhalten. Die gesamte Arbeit der Hausfrau beruht auf Tradition und wo diese nicht ausreicht, wie z. B. den neuen Einrichtungen und Maschinen gegenüber, da sehen wir ein unsicheres Tasten und auf das „Geratewohl“ probieren. Die Hausfrau hat keinen gesicherten Grund unter den Füßen. Ihr fehlt die gefestigte Grundlage. Ohne naturwissenschaftliche Basis wird jede Hausfrauenarbeit in unserer Zeit Dilettantenkunst bleiben. Auch Dilettanten leisten oft recht Gutes, sie werden aber niemals zu Höchstleistungen gelangen. Und so ist es im heutigen Hausfrauenwesen. Unsere heutige Zeit verlangt für alle Gebiete des Wirtschaftslebens „gelernte Arbeiter“, nur die Hauswirtschaft wird nach wie vor von ungelernten Arbeitern besorgt.

Darum ist es an der Zeit, hier eine gründliche Reform zu schaffen. Parallel mit den landwirtschaftlichen Hochschulen müssen wir hauswirtschaftliche Hochschulen einrichten. Denn es ist wohl keine Frage, daß die Ernährung des Menschen im allgemeinen, sei es Kind oder Erwachsene, durchaus nicht den Anforderungen der modernen Hygiene oder den Wünschen einer bewußten Rassenverbesserung entsprechen. Ebenso lassen Wohnungs- und Kleidungsgebräuche noch recht viel zu wünschen übrig. Und dennoch sehen wir alle diese Fragen so ganz zufällig erledigt. Die Fleischteuerung setzt für weite Volkskreise an Stelle einer rationellen Ernährung eine systematische Unterernährung. Bei den oberen Zehntausend, wo man nicht zu rechnen braucht, schwungt die Mode ihr Szepter und diktiert nicht nur Wohnungs-einrichtungen und Kleidung, sondern auch den täglichen Speisezettel.

\*) Fürth: Geburtenrückgang a. a. O.

Robert Hessen sagt in seinem Buche „Die Philosophie der Kraft“ im 22. Kapitel „Anwendung der Kraftphilosophie auf die Ernährung“: „Die Methoden und Anschauungen, nach denen der heutige Deutsche sich seine Kost zusammenstellt, sind unpraktisch, was aber nur einem inneren Zirkel von Verdauungsärzten bekannt zu sein pflegt. Die große Masse verharrt in einer beklagenswerten Verkennung des Wichtigsten, ihre Ernährungsgrundsätze sind bloße Gewohnheiten.“ „Ökonomie und Zeitersparnis werden trotzdem leider nicht aufhören, die Küche zu beherrschen, die erwünschte Rücksicht auf Jugendkraft und Jugendfrische hintanzuhalten; denn nicht in jeder Familie kann für Kinder und Erwachsene gesondert angerichtet werden. Unnütz aber ist es, daß ein Volk, wie das Deutsche, was Ernährung an sich betrifft, im dicksten Aberglauben weiterlebt.“

Ja aber warum wird es „leider nicht aufhören“ dieses alte System? Ist es denn unbedingt nötig, daß wir einen veralteten überlebten Aberglauben konservieren und weiter schleppen? Allerdings bei dem System unserer heutigen Wirtschaftsführung sind die von Hessen gewünschten Änderungen nicht möglich, jedoch „es ist keineswegs mehr Arbeit, die das Haus braucht, es ist eine bessere Verwaltung, es sind bessere Methoden“ \*).

Wohl wächst die Frau auf „im vollen Bewußtsein und in Bereitwilligkeit Hausdienst und Kinderpflege als ihre einzige positive Arbeit zu übernehmen, wenn auch im allgemeinen nicht daran denkend, die besagten häuslichen Betriebe zu erlernen, ehe sie dieselben übernimmt; wir sehen sie fröhlich diese Betriebe übernehmen, ohne den geringsten Anspruch sie zu beherrschen“ \*).

Alljährlich sterben Tausende und Abertausende von Säuglingen, infolge falscher Ernährung. Darmoperationen und Magenleiden der Erwachsenen gehören — man möchte fast sagen — zum guten Ton. „Wenn es so etwas wie ein allgemeines Wissen, allgemeine Vorschriften, Organisation, Vergleiche auf diesem Gebiet gäbe, wenn die Mütter sich ihrer ungeheuren Verantwortlichkeit als eine Klasse, statt lediglich als Individuen, bewußt wären, so müßte es längst anders sein. Kenntnisse und Erfahrungen lassen sich nur durch ausgebreitetes und dauerndes Studium erwerben, nicht durch endlose Wiederholungen derselben persönlichen Experimente.“ (Ch. Perkins Gilman S. 206.)

Im Verlag Leopold Voß-Hamburg ist im Jahre 1907 „eine Denkschrift zur Förderung der häuslichen Gesundheitspflege“ erschienen, betitelt „Hygienische Übungsinstitute für Laien“. Die Schrift fordert:

Hygienisch-technische Prüfungsstellen:

1. Für Lebensmittel und andere Waren,
2. Für hauswirtschaftliche Geräte,

sodann ein Institut für häusliche Gesundheitspflege. Ein Ausführungsplan und Lehrplan für gedachtes Institut sind ausgearbeitet. Der größte Nachdruck wird darauf gelegt, daß die weibliche Jugend nach absolvierte allgemeiner Schulbildung Gelegenheit finden solle auf dieser die „hygienische und hauswirtschaftliche Berufsbildung der Frau“ aufzubauen, damit „der zurzeit notleidende Beruf der Hauswirtschaft aus der flachen Empirie in den tiefgründigen Boden der Naturwissenschaft eingesenkt werde zu neuem Emporblühen“.

Heute wird ein Produkt von der Hausfrau gekauft, sobald Fabrikant und Händler nur schreiende Reklame dafür machen, sei es nun ein Backpulver,

\*) Charlotte Perkins Gilman: „Unser Heim, sein Einfluß und seine Wirkung.“ Übersetzung von Marie Stritt. S. 245.

eine Stiefelcreme oder ein Waschpulver. Die Hausfrau hat selbst nicht die Möglichkeit, auch nicht die Schulung, für eine systematische Prüfung, sie hat aber auch keine Prüfungsstelle, an der sie die gewünschte Untersuchung könnte ausführen lassen und wo sie einen objektiven Rat erhält.

Der Landwirt läßt seine sämtlichen Dünger ebenso die Futtermittel an den landwirtschaftlichen Versuchsstationen untersuchen, ehe er sie verwendet. Er hat so die Möglichkeit, beim Einkauf eine garantierte Zusammensetzung der gekauften Ware zu fordern.

Der Brauer verlangt vom Landwirt eine Gerste mit bestimmtem Eiweißgehalt. Der Bäcker besteht darauf, eine reine Backhefe von den Hefefabriken zu erhalten. Die Hausfrau nimmt die Milch, wie sie ihr ins Haus gebracht wird, ungeachtet der Millionen Krankheitskeime, die sie enthält. Wenn eine Bäckerhefe mehr als 5 % Kahmhefe enthält, so wird sie zurückgewiesen, ja der Brauer verwendet überhaupt nur Reinzuchthefe zum Anstellen seines Bieres. Die Hausfrau wundert sich wohl, daß die Kinder die Milch nicht vertragen können. Noch haben aber die Hausfrauen nicht die strikte Forderung nach reiner, gesunder Milch aufgestellt. Sie konnten diese Forderung auch noch nicht stellen, weil es ihnen bis heute noch so geht, wie es Landwirten, Brauern, Bäckern, Müllern bis vor wenigen Jahrzehnten gegangen ist. Bevor wir die landwirtschaftlichen Hochschulen mit ihren technischen Nebenbetrieben hatten, war auch die Arbeit auf allen diesen Gebieten auf die „glückliche Hand“ angewiesen. Jetzt weiß man, wie man diese oder jene Arbeit durchzuführen hat, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Mißglückt es dennoch, so kann man systematisch dem Fehler nachforschen, der gemacht wurde. Bei den Hausfrauen ist bis heute noch alles dem fröhlichen Zufall überlassen. Während aber die Institute für Gärungsgewerbe, Zuckerindustrie, Versuchsstation für Getreideverarbeitung, nur für die einzelnen Industrien von Wichtigkeit sind, wie wohl mit Rückwirkung auf das ganze Volk, ist eine Hebung der Hauswirtschaft für die gesamte Menschheit eine Lebensfrage.

Elisabeth Boehm-Lamgarben führte in ihrem Vortrag beim deutschen Frauenkongreß in Berlin (März 1912) bezüglich der fehlenden Berufsbildung der Hausfrau aus: . . . . . „die städtische Hausfrau muß wissen, wie die Nahrungsmittel, die sie verbraucht, erzeugt werden, wodurch ihr guter oder schlechter Geschmack bedingt wird, in welcher Zeit sie den richtigen Nährwert haben usw., und welcher Preis angemessen ist. Nur so wird sie ihre Familie richtig ernähren können!“

„Also wir müssen dahin kommen, den Beruf der Hausfrau als einen sehr ernst zu nehmenden Beruf anzusehen, der eine berufliche Ausbildung unbedingt verlangt! Wir dürfen den Vätern nicht mehr zustimmen, wenn sie sagen: die Tochter lernt am besten bei der Mutter; wir dürfen das nicht als Lob unserer eigenen Tüchtigkeit ansehen, denn die Tatsache, daß unser sehr tüchtiger Ehemann seinen Sohn durchaus nicht nur bei sich lernen läßt, sondern ihm theoretisch und praktisch die verschiedensten Ausbildungsmöglichkeiten gibt, sollte uns die Augen öffnen über den Wert dieses Lobes“ usw. usw. „Fast neun Zehntel alles Manneserwerbes geht durch die Hände der Hausfrauen. Ist es da nicht von höchster Wichtigkeit für das ganze deutsche Volk, ob das wissende oder unwissende Hände sind? Kann es für die gesamte Volkswirtschaft gleichgültig sein, wofür das Volksvermögen ausgegeben wird?“

Dieses Bekenntnis einer deutschen Hausfrau hat inzwischen bei vielen deutschen Hausfrauen Nachklang gefunden. Man erstrebt jetzt energisch

für den Hauswirtschaftsberuf eine geregelte Ausbildung. Das Rad kommt ins Rollen. Anfang Winters hat in Berlin eine Besprechung stattgefunden über die erstrebenswerte Ausgestaltung der hauswirtschaftlichen Fachbildung.

Frau Levy-Rathenau teilt in einem Aufsatz im Berliner Tageblatt 1. Januar 1914 die auf der Besprechung festgesetzten Richtlinien mit:

„Die Ausbildung der Hausbeamtinnen gliedert sich in zwei Gruppen: a) für Hausbeamtinnen in Familien, b) für Hausbeamtinnen in Großbetrieben.

Ausbildungsgang für Hausbeamtinnen in Familien: Aufnahmealter 16 Jahre, absolvierte Mittelschule oder höhere Töchterschule, Ausbildung in Fachschulen ein Jahr, Ablegung einer Prüfung, Abschlußzeugnis.

Ausbildungsgang für Hausbeamtinnen in Großbetrieben: Aufnahmealter 16 Jahre, absolviertes Lyzeum, Ausbildung in Unterstufen von Fachschulen ein Jahr, Übung in der Praxis zwei Jahre; Ausbildung in Oberstufen von Fachschulen ein Jahr; Prüfungsabschlußzeugnis; Volontärtätigkeit in Großbetrieben ein Jahr; Annahme von Berufsstellungen in Abteilungen von Großbetrieben, schließlich je nach Fähigkeit und Persönlichkeit Leiterin.“

Frau Levy-Rathenau sagt zu diesen Richtlinien: „Diese Leitsätze geben eine sehr gute Grundlage für weitere Verhandlungen. Sie zeigen, daß man im Prinzip für die verantwortlichen Stellungen in wirtschaftlichen Großbetrieben, in Krankenhäusern, Kliniken, Sanatorien, Wohngenossenschaften usw. nicht nur die ausgedehnte Fach-, sondern auch die höhere Allgemeinbildung wünscht. Sie verbinden auch in glücklicher Form die unerlässliche praktische Tätigkeit mit der schulmäßigen Ausbildung, durch die zwei, zwischen Unter- und Oberstufen liegenden Jahre. Die Schwierigkeit besteht nur darin, während dieser zwei Jahre Hausfrauen zu finden, die in der jungen Kraft keine billige Aushilfe, sondern ein zu erziehendes junges Menschenkind sehen. Die Frage, ob während dieser zwei Jahre praktischer Betätigung ein Entgeld gezahlt oder die Tätigkeit nur als Volontärzeit aufgefaßt werden soll, ist nicht ganz zur Entscheidung gelangt und daher in den Leitsätzen unerwähnt geblieben.“

Es wird jedenfalls der Versuch gemacht werden, eine Hausfrauenorganisation zu schaffen, die sich der großen von ihr zu leistenden Erziehungsaufgabe bewußt ist und an ihr mitwirken soll.“

Soviel aus dem Aufsatz von Frau Levy-Rathenau. Wenn wir die Hauswirtschaft mit der Landwirtschaft vergleichen, so sehen wir die oben diskutierte Volontärzeit in Landwirtschaftsbetrieben allgemein durchgeführt. Aber — und dieses Aber ist von großer Bedeutung — der Landwirt der Volontäre aufnimmt, fühlt sich durchaus sattelfest in seinem „Beruf“. Sehr viele Hausfrauen fühlen sich unsicher sobald sie vor die verantwortungsvolle Aufgabe gestellt werden, „fremde“ Töchter in die Geheimnisse der Wirtschaftsführung einzubringen. Ja, für die eigene Tochter da langt es wohl — aber für andere?

Sodann aber auch die gedachten Fachschulen — hier wird es auch an Lehrkräften fehlen. Der Landwirtschaftslehrer, der auf dem Lande Wanderkurse abhält, muß einen Studiengang an der Landwirtschaftlichen Hochschule absolviert haben. Eine gleiche Vorbildung müssen wir für die Hauswirtschaftslehrerin verlangen. Für sie gibt es aber bis heute noch keine analoge Ausbildungsmöglichkeit.

Gleich den Landwirtschaftlichen Hochschulen sollten wir Hauswirtschaftliche Hochschulen haben, die nicht nur die Aufgabe zu erfüllen hätten, Hauswirtschaftslehrerinnen auszubilden, sondern die überhaupt erst für die

Hauswirtschaft die wissenschaftlich experimentell gesicherte Basis schaffen würden, die bisher der gesamten Hauswirtschaft mangelt. Die Hauswirtschaft muß einerseits als ein sehr wichtiger Teil der Volkswirtschaft, der Nationalökonomie bewertet werden, sodann aber auch als angewandte Naturwissenschaft.

Auf der 26. Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Breslau September 1913 hielt Geheimrat Prof. Dr. M. Delbrück einen Vortrag über „die landwirtschaftlich-technischen Gewerbe“. Er begann seine Ausführungen folgendermaßen:

„Das Thema ist ein recht wichtiges, man möchte sagen appetitliches, denn es handelt sich um die Frage, was wollen wir essen, was wollen wir trinken? Alle diejenigen, die sich nicht mit Mehlsuppe und Wasser begnügen, müssen erwägen, wie sie die von der Landwirtschaft gelieferten Rohstoffe in angenehme Nahrungs- und Genussmittel umgewandelt sehen möchten, und so sind zunächst der Müller und der Bäcker unentbehrlich.“

Das Kochen und Braten sollten die Hausfrauen verstehen, sonst muß man es sie lehren. Aber auch die Industrie der Fleischwaren verlangt eine fürsorgliche Pflege. Eine Forschungs- und Lehranstalt für Bäckerei und Müllerei gibt es bereits, eine solche für die Verwertung der tierischen Erzeugnisse fehlt, und wenn ich richtig unterrichtet bin, fehlt eine solche Anstalt nicht bloß für Deutschland, sondern in der Welt. Sie zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe. Ihre Arbeiten werden das Wort Fleischnot verschwinden lassen. Auf welche Weise auch aus zurzeit ungünstig beurteilten Fleischteilen ein saftiges Beefsteak mit Sicherheit zu bereiten ist, ist der technisch-wissenschaftlichen Arbeit wohl wert. Der Spott eines Mitgliedes der Akademie der Wissenschaften in Berlin über eine amerikanische Dissertation, die die Technologie der Beefsteakbereitung behandelt habe, war gar nicht angebracht.“

Geheimrat Delbrück hat mit diesen Einleitungsworten seines Vortrages schon kurz einen Arbeitsplan für die hauswirtschaftliche Hochschule skizziert.

Während meiner fünf Assistentenjahre an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, hatte ich Gelegenheit die verschiedenen technischen Nebenbetriebe der Landwirtschaft kennen zu lernen. Und wenn ich im bodenbakteriologischen Laboratorium arbeitete oder in der biologischen Abteilung des Instituts für Gärungsgewerbe oder Sauerteigstudien in der Versuchsbäckerei machte, immer drängten sich mir Vergleiche mit der Hauswirtschaft auf. Besonders aber bei den Kursen, in denen ich Brauer, Bäcker, Müller in die Geheimnisse der Mikrobiologie einführte, bedauerte ich jedesmal, daß wir nicht parallele Einrichtungen für Hausfrauen besitzen. Diesem Gedanken habe ich kurz Ausdruck verliehen als Diskussionsrednerin am ersten Tag des deutschen Frauenkongresses in Berlin 27. Februar 1912.

In Amerika gibt es der Universität angeschlossene Kollegs speziell für Hauswirtschaft, in England rüstet man sich für eine gleiche Einrichtung. „Die Haushaltungskunst und ihre Förderung auf amerikanischen Universitäten“ schildert in der Tageszeitung für Brauerei, 5. und 6. Januar 1911, Professor P. Lindner in einem Aufsatz. Lindner beginnt seine Ausführungen folgenderweise:

„Die Haushaltungskunst hat zuviel gemeinsame Berührungs punkte mit der Braukunst, als daß uns Bestrebungen auf jenem Gebiete nicht lebhaft interessieren sollten. Die Braukunst hat sich zunächst rein empirisch herausgebildet und ist dann mit Hilfe der Wissenschaft zu einer hohen Stufe der Vollkommenheit gediehen. Bei der Hauswirtschaftskunst ist vorläufig noch

jener zweite Schritt nicht getan, sie ist noch nicht wissenschaftlich durchgearbeitet; man beginnt erst sich zu orientieren, von welchen Seiten ihr Hilfe kommen und wie man Lehrkräfte heran bilden kann. „Backen und Brauen gerät nicht immer“ heißt das alte, in bezug auf das Brauen aber beinahe veraltete Sprichwort. Das Backen soll in der Zukunft auch nicht mehr mißraten, und was sonst die Hausfrau im Hauswesen in die Hand nimmt.“

Lindner bringt dann Auszüge aus Prospekten amerikanischer Institute, die Herr Professor Jäger und Frau in ihrem Aufruf zur Gründung einer „Deutschen Hauswirtschafts-Gesellschaft“ zuerst publiziert hatten. Hieraus ersehen wir, daß in New-York an der Columbia-Universität unter Mitwirkung von Dekan und Fakultät und mit Genehmigung des Kurators der Universität und des Kollegs eine Universitätsschule für Haushaltungskunst organisiert ist. Eine musterhaft eingerichtete Wäscherei, ein Untersuchungslaboratorium für hauswirtschaftliche Maschinen, Einrichtungen für experimentelles Kochen, ein Laboratorium für Massenkochen dienen dem praktischen Studium der Hauswirtschaft, Kurse in Privat-Haushalts- und Elementarhygiene, in physiologischer Chemie, Ernährungs- und Haushaltschemie, Biologie, Bakteriologie usw. liefern die wissenschaftliche Basis.

Nun werden mir die deutschen Leser einwenden, daß derartige Einrichtungen in Amerika vielleicht möglich sind, aber bei unseren hiesigen Verhältnissen nicht durchführbar.

Geradeso wie aber das Institut für Gärungsgewerbe mit Versuchs- und Lehrbrauerei, die Versuchsstation für Getreideverarbeitung mit Versuchsmühle und Versuchsbäckerei, das Institut für Zuckerindustrie als technische Abteilungen zur Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin gehören, ebenso könnte ein Hauswirtschaftsinstitut einer landwirtschaftlichen Hochschule angegliedert werden. Groß sind die Aufgaben, die sich hier bieten, weit das Gebiet, das noch zu durchforschen ist. So greift z. B. die Welt der Mikroorganismen täglich, ständig in das Regiment der Hausfrau ein. Die Hausfrau aber hat keine rechte Vorstellung, von wie vielen Feinden und Freunden sie rings umlagert ist. Wir müssen es erst lernen, die Pilze und Bakterien nicht nur zu bekämpfen, wie es heute durch allgemeine Regeln der Hygiene und Sauberkeit schon vielfach geschieht, sondern wir müssen sie auch, soweit sie uns dienen können, praktisch verwenden. Bei den Japanern und Chinesen ist die Kunst der Pilzzüchtung seit Jahrhunderten weit verbreitet. Farbstoffbildende Pilze züchtet man zur Rotfärbung von Saucen u. a. Nahrungsmitteln, Zuckerbildner werden geradezu für die Herstellung von süßen Näschereien verwendet. Hier liegt noch ein ungeheures Gebiet vor uns, das der Bearbeitung harret. Geheimrat Delbrück hat die Bierhefe zum Edelpilz erhoben und sie in die Küche eingeführt. Ungeahnte Möglichkeiten liegen hier noch vor uns, neue billige, kräftige Nährmittel für die Menschheit zu schaffen. Aber auch Obst und Gemüse sind bis heute noch durchaus nicht in dem Sinne Volksnahrung wie sie es bei ihrer Bedeutung für die menschliche Gesundheit sein sollten und könnten. Auch hier kann eine systematische experimentelle Forschung noch viel leisten. Bei richtiger Zubereitung werden wir sicherlich noch manches Gemüse für den Tisch herrichten können, was bisher als wertlos fortgeworfen wurde. Die Landwirtschaft lernt es von Jahr zu Jahr besser, alle ihre Produkte zur Aufzucht von Tieren und Pflanzen rationell zu verwenden. Und wieder muß ich betonen, daß im Vergleich hierzu die Ernährung des Menschen noch durchaus unrationell gehandhabt wird. Mit der Aufzucht z. B. von Tabakpflanzen, Zuckerrüben, Kartoffeln befassen sich Spezialinstitute,

und hier wird von der Aussaat bis zur Ernte jede Phase des Pflanzenlebens studiert. Jeder Landwirt, der die eine oder andere dieser Kulturen betreibt, kann sich mit den Instituten in Verbindung setzen und an den neuesten Forschungen teilnehmen.

Unsere Säuglingspflege entbehrt noch diese gründlich systematische Bearbeitung. Wohl gibt es einzelne Landkreise mit angestellten Säuglingsfürsorgerinnen, doch im ganzen Reich verschwinden diese kleinen Anfänge noch völlig, wie die Statistik über die erschreckend große Säuglingssterblichkeit erweist.

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich vom Jahre 1913 gibt an, daß in Deutschland von 1870729 lebend geborenen Kindern, bevor sie das erste Jahr erreichten, 359522 Kinder starben, d. h. auf 100 Lebendgeborene 19,2 Sterbefälle. Rußland hat allerdings eine Sterblichkeitsziffer für Säuglinge von 27,2%, während Norwegen für Europa die geringste Säuglingssterblichkeit mit 6,7% aufweist.

Es wird also, wie diese Zahlen zeigen, bisher mit dem Menschenmaterial noch recht sorglos umgegangen. Die deutschen Landwirte sind schon lange von der Extensivwirtschaft zu der Intensivwirtschaft übergegangen. Die Regeln der Menschenökonomie aber haben wir noch nicht erforscht. Hierbei aber sind nicht nur die Sozialpolitiker beteiligt, die die Arbeitsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft zu regeln trachten, sondern jeder einzelne Haushalt. Die Sorge hierfür liegt den Hausfrauen ob. Damit sie aber die große verantwortungsvolle Aufgabe der Erhaltung und Höherentwicklung des Menschengeschlechtes auch zu lösen vermögen, müssen wir die gesamte Hauswirtschaft auf wissenschaftlicher Basis aufbauen, und hierzu sollen uns helfen „Hauswirtschaftliche Hochschulen“.

Zur modernen Mädchenbildung gehört heute in den besseren Bürgerkreisen der Besuch eines Gymnasiums, Oberlyzeums oder Lyzeums als eine Selbstverständlichkeit. Familien, die noch vor 10—12 Jahren jede Studentin als ein zweifelhaft zu bewertendes Geschöpf betrachteten, lassen heute ihre Töchter Abiturium machen und dann studieren. Mit Recht wird die Befürchtung ausgesprochen, daß hiermit das geistige Proletariat nur vermehrt wird. Wir wollen sicherlich nicht das Niveau der Mädchenbildung wieder herabsetzen, obgleich es ja noch durchaus fraglich ist, ob das ängstliche Kopieren der bisherigen Knabenschulen gerade für unsere weibliche Jugend das höchste der Ideale ist.

Durch eine hauswirtschaftliche Hochschule würde ein neuer Weg geschaffen, die durch Gymnasien für geistige Arbeit interessierten und vorbereiteten Mädchen dennoch wieder auf den Weg der Praxis zurückzuführen.

Die Aufnahmebedingungen an hauswirtschaftlichen Hochschulen könnten ähnlich geregelt werden wie an den landwirtschaftlichen Hochschulen mit ihren zahlreichen, technischen Abteilungen. Ebenso wie an der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung oder am Institut für Gärungsgewerbe Männer der Praxis ohne jegliche Gymnasial- oder ähnliche Vorbildung Spezialkurse für ihr Fach besuchen können, wäre es wohl auch möglich, derartige Kurse — die Biologie der Küche, der Kinderstube oder der Wäsche — für Frauen der Praxis einzurichten. Während andererseits Frauen mit entsprechender Vorbildung in einem 3—4jährigen Kursus ähnlich den Landwirten eine allseitige Fachausbildung sich erwerben könnten. Hauswirtschaftliche Maschinenkunde, Nationalökonomie, Grundzüge der Chemie, Physik, Botanik und Zoologie, Biologie und Chemie der Küche, der Wäsche, Hygiene der

Kinderstube, der Kleidung wären so einzelne der zu behandelnden Fächer. Die Amerikaner haben uns ja in vorbildlicher Weise gezeigt, wie eine derartige Hochschule zu organisieren ist.

Bisher gab es nur ein weibliches Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, und das ist jetzt gestorben — Frau Wentzel-Heckmann. Vielleicht finden sich reiche Frauen, die entsprechend den Mitgliedern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einen Fond aufbringen zur Gründung eines Forschungsinstitutes für die Hauswirtschaft. Es ist das ureigenste Gebiet der Frau, das bisher der wissenschaftlichen Forschung noch verschlossen blieb.



## DR. RENETTA BRANDT-WYT, BERLIN-WEISSENSEE: DIENSTBOTEN.



S ist nicht so leicht festzustellen, ob die Zahl der vorhandenen Dienstboten dem modernen Bedürfnis nach häuslichen Arbeitskräften entspricht.

Neben der Zahl der Dienenden kommen noch vier andere Momente in Betracht: die Bevölkerungszunahme, die erhöhte Betriebsamkeit, der gesteigerte Volkswohlstand und der technische Fortschritt auf hauswirtschaftlichem Gebiete.

Fast die ganze Welt, mit Ausnahme einiger kleiner Kolonialgebiete und des jetzt so kriegslustigen Mexikos, erfreut sich des Bevölkerungszuwachses. Jedes Jahr nimmt der Bestand an Familienhaushaltungen zu. Auch die außerhäusliche Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts greift immer mehr um sich. Der gesteigerte Wohlstand, der sich u. a. in einem erhöhten Verbrauch von allerhand Lebens- und Genußmitteln zeigt, weist darauf hin, daß der tägliche Konsum in der Familienwirtschaft eine bedeutende Rolle spielt. Jedoch der hauswirtschaftliche Betrieb ist gegen frühere Jahrhunderte vereinfacht, denn nicht mehr die Hauswirtschaft, sondern Fabrik und Werkstatt haben Arbeiten übernommen, die einst der Familie und ihren Angestellten zufielen. Somit ist manche Aufgabe, die früher den in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Dienenden oblag, weggefallen. Der technische Fortschritt hat auch manche Verrichtung, die entweder der Hauswirtschaft geblieben oder durch höhere Kultur und Verfeinerung der Wohnsitzen neu zugefallen ist, erleichtert. Der Dienstbotenberuf ist aber durch die wirtschaftliche Änderung der Familie ein gründlich anderer geworden. Einst schuf der Dienstbotenstand wirtschaftliche Werte, einst war der Hausbiedenstete ein unentbehrliches Glied in der Kette der produktiven Arbeit. Jetzt aber wird von ihm nur noch verwaltende und erhaltende Arbeit verrichtet und werden von ihm Dinge zur letzten Genußfertigkeit gebracht. Der Dienstbotenstand schafft keine neuen Werte, höchstens macht er Glieder der Familie, in der er Aufnahme gefunden hat, zur Erwerbsarbeit frei und verschafft den Familienangehörigen Muße zum Genuß der Kulturerschafungen. Die mannigfaltige Verwendungsmöglichkeit hat in der Familie für die Dienstboten aufgehört. Spinn-, Web- und Nähstube sind fast vollständig verschwunden. Die moderne Haushaltsführung läßt manche spezielle Veranlagung verkümmern. Wer jetzt solche spezielle Veranlagung in sich verspürt, wendet sich dann auch lieber einem speziellen Beruf zu. „Dienen“

ist auch für das weibliche Geschlecht nicht mehr die einzige Erwerbsarbeit. Leider ist aber der Dienstbotenberuf fast durchweg ein ungelernter, und von vielen Personen wird er nur als Durchgangsstation oder als zeitweiser Ersatzberuf gewählt. Bei schlechter Vorbildung, bei wenig Neigung oder Begabung ist das Ergebnis der Berufstätigkeit oft sehr wenig günstig. Weder der Arbeitnehmer noch der Arbeitgeber sind mit dem erzielten Resultat zufrieden. Aus dieser Unzufriedenheit sind zwei Arten von Organisationen geboren: die der Dienstboten und die der Dienstherrschaften, jede will nach ihrer Art versuchen, den Stand und das Ansehen des Standes zu heben. Beide Arten der Organisationen müssen aber noch an Ausdehnung und Bedeutung gewinnen, wollen sie tatsächlich auf die Arbeitsverfassung unserer modernen Hauswirtschaft Einfluß ausüben.

Die alte hauswirtschaftliche Verfassung ist des öfteren Objekt kulturhistorischer Forschung gewesen, der modernen Hauswirtschaft, besonders der Frage der hauswirtschaftlichen bezahlten Hilfskräfte ist erst seit Anfang dieses Jahrhunderts ein wissenschaftliches Interesse entgegengebracht worden. Aber es sind dieselben wirtschaftlichen Umwälzungen, die zuerst die Haustöchter der Familie entzogen, und die jetzt mehr und mehr auch die Dienstboten der häuslichen Gemeinschaft entziehen. Einst das Schütteln des Kopfes für die sich emanzipierende Tochter des Hauses, jetzt die Empörung über die Emanzipation der Dienstboten!

Und doch hat, mit Ausnahme der klassischen oder kolonialen Sklavenwirtschaft, die von der Produktion enthobene Familienwirtschaft immer nur verhältnismäßig wenig Dienende gezählt. In Westeuropa haben seit den in den verschiedenen Ländern vorgenommenen Zählungen nur in Österreich-Ungarn, in der Schweiz, in Belgien, in den Niederlanden und in Norwegen absolut die Zahlen der Dienstboten zugenommen, im Deutschen Reiche, in Italien, in Schweden und in Großbritannien und Irland haben die Zahlen sogar absolut abgenommen. Wenn wir auch bei dem erhöhten Bestand der Familienwirtschaften zugeben müssen, daß der prozentual größte Teil der Wirtschaften in den Kreisen gezählt wird, die wohl Dienstboten stellen, nicht aber Dienstboten halten, so sind doch aber auch die Familienhaushaltungen an Zahl gestiegen, in denen der Tradition wegen, sei es Standes- oder Familientradition, Dienstboten gehalten werden. Das absolute Nachlassen von Angebot, bei dem absoluten Steigen der Nachfrage, kann durch verbesserte hauswirtschaftliche Technik ausgeglichen sein, jedoch ein Dienstbote kann nie durch eine Maschine ersetzt werden: das unbewachte Haus mag durch Patentschloß besser gegen Einbruch gesichert sein, die kranken, hilfsbedürftigen oder kleinen Familienmitglieder beanspruchen solche Wartung, daß die besten Maschinen nicht die persönlichen Dienste ersetzen können. Für alle ist trotz der besten Technik die hauswirtschaftliche Hilfskraft kein überwundener Standpunkt. Nur können die meisten sich solcher bezahlten Kraft nicht bedienen, und diejenigen, die in der Lage sind, neben der guten hauswirtschaftlichen Technik auch bezahlte Hilfskräfte anzustellen, mögen, wollen sie für ihr Geld auch solche Arbeitskraft auf die Dauer kaufen, ihren Arbeitgeberstandpunkt revidieren. Die Zeiten haben sich geändert.

In Norwegen und der Schweiz, wo es zu den Erwerbsquellen des Landes gehört, Fremden die Schönheiten der Heimat zu zeigen, nimmt es kein Wunder, daß für die „Fremdenindustrie“ auch eine erhebliche Dienstbotenzahl nachgewiesen ist. Für die Niederlande, wo erst 16,8 % der weiblichen

Bevölkerung (gegen 30,4 % in Deutschland) erwerbstätig ist, mag die Auswahl der Berufe noch nicht so verlockend sein, daß andere Erwerbszweige vorgezogen werden. Auch kann dort der Umstand, daß Kleidung, Arbeits- und Schlafraum fast immer in guter Qualität gegeben wird, dazu beitragen, den Dienenden die Lust am Berufe zu erhalten. Jedoch besagen absolute Zahlen recht wenig. Es ist weit interessanter, daß fast überall, auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo zu den häuslichen Dienstboten noch eine ganze Reihe anderer Erwerbsarbeiter gezählt werden, und wo daher die Zahlen erst recht nicht mit den anderen Zahlen der internationalen Tabelle verglichen werden können, die prozentuale Beteiligung am Dienstbotenberuf abnimmt.

Von 100 Erwerbstägigen gehören zu der Berufsabteilung der häuslichen Dienstboten seit

	der letzten Berufszählung %	der vorigen Berufszählung %
Deutsches Reich .....	4,5	6,1
Österreich .....	3,5	3,5
Ungarn usw. ....	4,4	4,9
Italien .....	3,0	3,9
Schweiz .....	5,5	6,2
Frankreich .....	4,6	4,8
Niederlande .....	10,3	10,1
Schweden .....	10,8	13,6
Norwegen .....	11,2	10,5
Großbritannien und Irland .....	9,5	—
Vereinigte Staaten v. Amerika....	19,0	19,2

Bei den verschiedenen Erhebungsmethoden eignen sich internationale Zahlen nicht, um unter sich verglichen zu werden, wohl aber zeigt die internationale Übersicht die abnehmende Lust zum Dienstbotenberufe, und zwar ist diese Abneigung eine ebenso internationale, wie der Beruf selbst. Merkwürdig ist es, daß der deutsche Dienstbote überall im Ausland gern genommen wird: die Schwäbin in der Schweiz, die Norddeutsche in England, die deutsche Einwanderin in Amerika; das „Dienen“ an sich wird weniger vom deutschen Mädchen gescheut, als das Dienen im eigenen Vaterland. Dr. Lisa Roß meint denn auch für Deutschland von einer absoluten Dienstbotenot, dagegen für England, dessen Dienstbotenverfassung von ihr speziell untersucht wurde, nur von einer partiellen sprechen zu dürfen. In England herrscht für die oberen Zehntausend, für die finanzierten Haushaltungen weder Mangel an Dienstboten, noch die Notwendigkeit, sich mit ungeschulten Arbeitskräften abzuplagen. Die englische „home-making-family“ verfügt über gutes Dienstpersonal. Das war schon so zu Zeiten der Gabriele von Bülow, die bei einer Versetzung von London nach Berlin ihrem Vater (von Humboldt) mitteilte, daß es wesentlich leichter sei, in England eine große Geselligkeit zu pflegen, als in Deutschland eine einfache Häuslichkeit zu führen. Die stufenweise, praktische Lehre, die jenseits des Kanals Gewohnheit ist, hat bewirkt, daß die Dienstboten, die weiblichen wenigstens, von der kleinstädtischen zur gutbürgerlichen bis zur feudalen Haushaltung auf-

steigen. Auch die Gehaltsskala der Dienstboten ist so geregelt, daß in der untersten Wohlhabenheitsgruppe die Dienende einen bescheidenen, in der nächsten Gruppe einen angemessenen, in der letzten einen enorm hohen Lohn verdient. In der letzten Gruppe spielen die männlichen Dienstboten eine bedeutende Rolle, die Nachfrage nach häuslichen Arbeitskräften ist dort überhaupt reichlich gedeckt. Dagegen ist das Angebot für die unterste Stufe nicht genügend; hier spricht Dr. Roß von dem partiellen Dienstbotenmangel.

Die gesellschaftlichen Verpflichtungen, die für die Dienstbotenhaltung von ausschlaggebender Bedeutung sind, sind in England ganz andere als in Deutschland. In einem Lande, wo der Beamtenstand die führende gesellschaftliche Rolle hat, können natürlich den Dienstboten nicht, wie in einem Lande, wo plutokratische Gesichtspunkte in dieser Hinsicht überwiegen, dieselben Ansprüche gewährt werden. Weder in bezug auf Räumlichkeiten und Kleidung, noch in bezug auf Lohnhöhe und Betrag der Nebeneinnahmen kann die deutsche, gesellschaftlich auf der Höhe stehende Familie es der englischen gleichtun. Immer noch waltet die „tüchtige Hausfrau“, immer noch läßt diese deutsche „Tüchtigkeit“ einer selbständigen Geschäftsführung der Dienstboten wenig Spielraum. Auch ist das deutsche „Stützen- und Mamsellsystem“ ein Vorwegnehmen von guten Stellen für deutsche Dienende. In Deutschland ist die Dienstbotenhaltung Standesrequisit: der höchste Prozentsatz der Dienenden findet sich in den freien Berufen (12,8 auf 100 Erwerbstätige), also in der Berufsabteilung, zu der u. a. die hohen Würdenträger im Staat gezählt werden. Dann erst erfolgt die Berufsabteilung „Handel und Verkehr“; unsere Geldaristokratie, d. h. die Berufsabteilung, der sie angehört, verfügt auf 100 Erwerbstätige nur über 9,2 Dienende!

In Deutschland scheint bis jetzt immer noch erst die Standesfrage und dann die reine Geldbeutelfrage für die Haltung von Dienstboten ausschlaggebend zu sein. Diese gesellschaftliche Struktur wirkt natürlich auf den Stand der Dienstboten ein. Die Ansprüche der deutschen Herrschaft, was das Können und was die äußere Aufmachung der Dienenden anbetrifft, stehen zurück hinter den englischen Ansprüchen. Aber auch die Gehalts Höhe ist hier eine niedrigere als drüber, ebenso der Komfort, der den Dienstboten gewährt wird. Besonders die Gehaltsfrage ist für Deutschland eine Klippe, die nicht leicht umsegelt werden wird. Die Dienstboten haltenden Familien sind hier mehr als anderswo auf billige Arbeitskräfte angewiesen, denn das feste Einkommen der Dienstherrschaft macht es unmöglich, die Wünsche der Dienstboten nach einer steten Gehaltssteigerung zu erfüllen. Aus Erhebungen, wie z. B. der der Arbeiterinnenschutzkommission des Bundes deutscher Frauenvereine, durch Dr. Else Kesten-Conrad bearbeitet, geht hervor, daß z. B. in Breslau, in Danzig, in Frankfurt a. M., in Freiburg i. B. und in Königsberg auf je 100 Mädchen 52,1 bis zu 72,8 % vom Lande herstammten. Das Landkind wird in die Stadt gezogen. Das Landkind unterbietet die städtische Kollegin. Die mehr ländlichen Haushaltungen, in denen die Verwertung der eigenen Produkte noch eine wichtige Rolle spielt, entbehren sehr die notwendigen Hilfskräfte. Wir sprechen hier nicht von der sittlichen Gefährdung des Landmädchen in der Stadt, noch der Dienstboten in der Familie überhaupt. Denn in diesem kurzen Aufsatz sollen nicht alle Fragen berührt werden, sondern wir wollen möglichst im Rahmen einer zahlenmäßigen Erfassung der Dienstboten bleiben. Diese Zahl der Dien-

boten, die wir für Deutschland genau kennen, und deren Bestandteile wir sogar zerlegen können, müssen uns daher noch kurz beschäftigen. Die Reichsstatistik unterscheidet Dienstboten, die im Hause ihrer Herrschaften wohnen, und solche Personen, die mit häuslichen Arbeiten beschäftigt werden, aber nicht in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind. Den in 1905 gezählten  $12\frac{1}{4}$  Millionen Familienhaushalten stehen die in 1907 gezählten 1 736 450 hauswirtschaftlichen Arbeitskräfte (davon 1 264 755 Dienende im Hause ihrer Herrschaft wohnend) zur Verfügung. Die Summe der Dienstboten und Dienenden ist seit 1882 ungefähr dieselbe geblieben, d. h. die absolute Zahl der Kräfte, die der Hauswirtschaft zur Verfügung steht, hat sich trotz des Bevölkerungszuwachses kaum verändert. Es ist die Form des Dienstbotenverhältnisses, die sich ändert: während die außerhäuslichen Hilfskräfte um 15,8% zugenommen haben, ist die Zahl der Dienstboten (der bei der Dienstherrschaft wohnenden Personen) um 4,7% gefallen. Die Abnahme der Beteiligung des männlichen Geschlechts in beiden Gruppen ist beträchtlich. Der Prozentsatz der männlichen Dienstboten (im Jahre 1907 nur noch 1,2% aller im Hause der Herrschaft lebenden Dienstboten) ist so gering, daß in Deutschland von einem durchaus weiblichen Beschäftigungszweig gesprochen werden kann. In England dagegen, wo doch die absolute Zahl aller Dienenden ebenfalls abgenommen hat, ist die Beteiligung der männlichen Dienstboten vom Jahre 1891—1901 um 9,6% gestiegen, dort liegt also die Abneigung zum Dienstbotenberuf nur beim weiblichen Geschlecht. Wer aber die selbstbewußte Erscheinung des englischen Dieners kennt, wird es begreiflich finden, daß der äußere Reiz des Berufes zum „Dienen“ ermuntert. Auch die englische Sitte, in einem Hause ein Ehepaar als Bedienstete anzustellen, mag dazu beitragen, daß Diener und Dienerin dem alten Berufe nicht den Rücken kehren. Es ist eine unerhörte Härte, von den Dienstboten zu verlangen, daß sie für fremde Häuslichkeit ein Herz haben sollen, und ihnen zu derselben Zeit das Recht auf eigene Häuslichkeit nicht gewährt wird.

Diese skizzenhafte Besprechung wollen wir mit einer statistischen Mitteilung schließen, die klar ersehen läßt, wie wenig die Dienstbotenfrage ein Problem ist, das für die Allgemeinheit von unmittelbarer und umfassender Bedeutung ist. In Deutschland wurden am 1. Dezember 1910  $13\frac{1}{4}$  Millionen Familienhaushaltungen gezählt: nur 1,13 Millionen dieser Wirtschaften verfügten über Dienstboten!

Eine allgemeine Dienstbotennot ist nur auf einen kleinen Kreis unseres Volkes beschränkt. Aber dieser Kreis ist der führende. Daher hört man soviel von der Dienstbotennot und den Mängeln der Dienenden.



## DR. ROSA KEMPF, FRANKFURT A. M.: BERUFSBILDUNG FÜR SOZIAL ARBEITENDE FRAUEN.



AS Bedürfnis nach geschulten Arbeitskräften auf sozialem Gebiet und die Neigung der Frauen zum Wirken von Mensch zu Mensch führten dazu, die Ausbildung zahlreicher weiblicher Arbeitskräfte für den mittleren Dienst durch schulische Veranstaltungen zu organisieren. Daher beherrschten die Aufgaben der Volkspflege mit Zurückdrängung des burokratischen Elements von Anfang an diese Bildungs-

gänge. Die soziale Frauenschulung wurde zuerst vom Bund evangelischer Frauenvereine in seinem christlich-sozialen Frauenseminar in Hannover und von der Mädchen- und Frauengruppe für soziale Hilfsarbeit in der sozialen Frauenschule von Dr. Alice Salomon in Berlin in Angriff genommen. Beide Anstalten haben von Anfang an sowohl geistige Schulung wie praktische Ausbildung gegeben, aber mit dem Unterschied, daß in der Anstalt von Dr. Salomon in Berlin an einzelnen Wochentagen theoretische Unterweisung, an anderen Wochentagen praktische Übungen vermittelt werden, während die Frauenschule des Bundes evangel. Frauenvereine in Hannover einer längeren theoretischen Unterweisung eine längere praktische Ausbildung folgen läßt.

Das „Frauenseminar für soziale Berufsarbeit“, das im Winter 1913/14 in Frankfurt a. M. ins Leben trat, verfolgt das Ziel, eine geschlossene praktische Ausbildung zu vereinigen mit guter theoretischer Schulung, welche diesem Bildungsweg entsprechend ausschließlich praktisch orientiert ist. Solcher aus dem Leben geschaffener Unterricht kann nur dort geboten werden, wo zahlreiche öffentliche und private Veranstaltungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und sozialen Fürsorge die Möglichkeit geben, unter den im praktischen Leben stehenden Arbeitskräften genügend viele mit Neigung und Zeit zum Unterricht zu finden. Getragen wird das „Frauenseminar für soziale Berufsarbeit“ von einem Verein, den Herr Bürgermeister Dr. Luppe ins Leben rief und leitet, und an dem sich ein großer Teil der sozial interessierten Kreise Frankfurts beteiligt.

Da gegenwärtig jene sozialen Aufgaben im Vordergrund stehen, welche im engeren Sinne als Volkspflege bezeichnet werden können, stellte das „Frauenseminar für soziale Berufsarbeit“ an die Spitze seines Unterrichts ein Jahr pflegerischer Tätigkeit und hat zu diesem Zwecke mit einer Reihe von Anstalten Frankfurts oder dessen nächster Umgebung Vereinbarungen über die praktische pflegerische Ausbildung seiner Schülerinnen getroffen.

Diese obligatorische pflegerische Ausbildung kann sich ein geschlossenes Jahr hindurch auf Krankenpflege allein oder auf Kinderpflege allein erstrecken, oder sie kann jedem dieser Tätigkeitsgebiete  $\frac{1}{2}$  Jahr widmen; es kann aber auch  $\frac{1}{2}$  Jahr auf Arbeit in einer pädagogisch-pflegerischen Anstalt verwendet werden, z. B. in einem Rettungshaus, einer Erziehungsanstalt für Schwachsinnige usw. Je nach der Interessiertheit der Schülerinnen und ihren Neigungen für künftige Berufstätigkeit ist also schon in diesem Teil der Ausbildung eine gewisse Biegsamkeit vorgesehen. Diese pflegerische Ausbildung soll nicht nur das Pflegen der Kinder oder kranken und siechen Menschen lehren, sondern vor allem auch erzieherisch und selektiv wirken. Die Schülerinnen lernen die Bedürfnisse der am Körper oder Willen schwachen Volksgenossen und ihre eigene Veranlagungsrichtung kennen, so daß sie beurteilen können, ob sie Kraft und Ausdauer, aber auch Geduld und Milde besitzen, um auf dem Gebiete der Volkspflege mit Erfolg tätig zu sein. Die pflegerische Tätigkeit am Anfang der Ausbildung ist also eine Erziehung zu den Berufstugenden und ein Mittel der Auslese der für den sozialen Dienst ungeeigneten Frauen. Denn die Berufstätigkeit auf dem Gebiete der Volkspflege wollen wir nicht gern ganz gleichartig behandelt wissen wie einen kaufmännischen oder industriellen Erwerbsberuf. Wir wollen hier die innere Eignung der Persönlichkeit viel stärker betonen und diese innere Eignung wird nicht hauptsächlich dadurch charakterisiert, daß die Berufstätigen mit geringen Gehältern zufrieden sind. Der

unerschöpfliche Reichtum des „Gebenkönns“ ist viel wichtiger als die Bescheidenheit, die für sich nichts verlangt und sehr wohl mit eigener innerer Armut Hand in Hand gehen kann.

Haben die Schülerinnen diese praktische Lehre, diesen Prüfstein ihrer Fähigkeit zu praktischem Handeln wie auch zu Menschenverkehr, bestanden, so vereinigt sie die theoretische Fachklasse zu einem geschlossenen Jahresunterricht. Derselbe soll ihnen all das geben, was sie in den volkspflegerischen Berufen an positiven Kenntnissen nötig haben, dazu soviel allgemeine soziale Bildung, daß sie in ihrer späteren Berufstätigkeit die großen Richtlinien nicht verlieren, die allem Helfen im kleinen voranleuchten sollen \*).

Die Ausbildung der Schülerinnen zu praktischer Berufsarbeit wird ferner gefördert durch ihre Tätigkeit an offenen Fürsorgeeinrichtungen, z. B. am Armenamt, Jugendamt, Verein Kinderschutz usw., sowie durch einen Wiederholungs- und Vertiefungskursus, der auf Grund der eigenen Erfahrungen in praktischer Arbeit in einige Spezialfragen der Sozialpolitik einführt und die einzelnen Zweige der Jugendpflege nochmals besonders herausgreift.

Der gesamte Aufbau des Unterrichts wendet sich an reife Menschen. Darum ist das Mindestalter für den Eintritt in den theoretischen Unterricht auf 21 Jahre festgesetzt und die Jahre von hier bis 30 erscheinen als die besten zur Wahl dieses Berufsstudiums.

Es sei aber noch eigens betont, daß sowohl diese Berufsvorbereitung wie auch die Berufsausübung körperliche und geistige Frische, gute Intelligenz, Willensenergie und Ausdauer erfordert. Nicht wer in irgendeinem anderen Beruf unbefriedigt ist, möge sich nach diesen Erfahrungen dem sozialen Beruf zuwenden, sondern nur wer sich innerlich dazu berufen fühlt, wer sich geistig so reich und hilfsbereit fühlt, daß er andere geistig an die Hand nehmen und sie führen kann. Es gehört ein gutes Urteilsvermögen dazu, um die Bedeutung der einzelnen Fälle richtig einzuschätzen, die verschiedenen Faktoren der Hilfsbedürftigkeit richtig abzuwägen, so daß die einfachsten und wirksamsten Mittel der Besserung oder Vorbeugung erwählt werden. Immer handelt es sich bei der Arbeit der Volkspflege um Arbeit an Menschen, die sich allein nicht im Leben zurechtfinden können, entweder weil ihre körperliche oder ihre geistige Not sie verhindert, ganz auf eigenen Füßen zu stehen. Dabei bezahlt das hilfsbedürftige Volk jeden Fehler der Arbeitskraft. In anderen, den eigentlichen Erwerbsberufen, scheidet der Untaugliche aus oder sinkt auf eine niedrige Stufe herab, d. h. er selbst bezahlt den Schaden seiner Untüchtigkeit. Im sozialen Dienst ist dieses Ausscheiden nicht so rasch und sicher, weil die Menschen, an welchen gearbeitet wird, nicht so wehrhaft sind wie der Unternehmer oder das Publikum im kaufmännischen oder gewerblichen Leben. Die schwerwiegendsten Folgen der Fehler sozialer Arbeitskräfte sind nicht Geldverluste, sondern Leid und

\*) Der theoretische Unterricht erstreckt sich auf Staats- und Gemeindeverfassung Deutschlands, Armenrecht und Armenwesen, beides erteilt vom II. Bürgermeister Frankfurts, Dr. Luppe, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik Dr. R. Kempf, Bürgerliches Recht Leiterin der Rechtsschutzstelle für Frauen, Dr. Schulz, Organisation und Technik des Fürsorgewesens Direktor der Zentrale für private Fürsorge, Dr. Polligkeit, Hygiene Dr. Hahn-Opificius, Einführung in Psychologie und Pädagogik Dr. G. Wartensleben, Probleme der sozialen Ethik Prof. Staudinger, Psychologie der Nichtnormalen Irrenarzt Dr. Hahn, Einführung in das Volksleben durch Lektüre sozialpolitischer Monographien Prof. Stein, Frauenbewegung — Dr. M. Bernays, Sozialversicherung — Dr. Cahn, Stenographie und Maschinenschreiben.

Not der Hilfsbedürftigen. Weil also die soziale Arbeit ein unmittelbares Tun von Mensch zu Mensch und eine sehr wichtige Erziehungsarbeit am Volke darstellt, müssen die Vorbildungsanstalten durch die Art ihres Lehrplans eine scharfe Auslese unter den Arbeitskräften vornehmen. Dies wird dazu führen, daß die Frauen welche in die vielen neuen Arbeitszweige der sozialen Fürsorge eintreten, zum inneren Ausbau dieser neuen Organisation fähig sind und so die zum Wohl des Volks geschaffenen Institutionen auch mit jenem geistigen Leben erfüllen, auf welchem der Segen aller sozialen Einrichtungen beruht.



## RUNDFRAGE ÜBER SEXUELLE ERZIEHUNG DER JUGEND.

**Victor Margueritte, Paris.**

Warum übergeht man im Jugendunterricht ein gewisses Kapitel?

Warum verstummen die Anatomiehandbücher so vieler Schulen in einem bestimmten Augenblitze? Vom Studium unseres Organismus — dieser grandiosen Schöpfung — wird ein wesentlicher Bestandteil fallen gelassen. Dies ist eine Verstümmelung. Was sich in der Botanik von selbst versteht, wird auf einmal anrüchig in der Physiologie! Wie ist das drollig! Dieser anbetungswürdige Mechanismus, dieses himmlische Gesetz der Natur, dieser *Daseinszweck*, man hüllt sie in völliges Schweigen, in un-durchdringliche Finsternis.

Und doch sind Erde und Himmel voll des unaufhörlichen Schauspiels der Liebe.

Das All entrollt sein erschütterndes Exempel. Alles spricht zu der Einbildungskraft und den Sinnen, die die werdende Mannbarkeit durchwühlt: alles rüttelt an der Seele unserer jungen Mädchen und Knaben — der Mütter und Väter von morgen.

Aber viele Eltern meinen ja, gerade durch Offenheit begingen sie einen Fehler. Und so lassen sie alles auf sich selbst beruhen.

Was ist die Folge? Statt einer „aufgeklärten“ Jugend haben wir eine *verdorbene* Jugend. Mystizismus und Verschrobenheit machen einander die jungen Gehirne streitig, denen alle wahre Lebensbestimmung einfach vorenthalten ist.

Wieviel entgleiste Existzenzen bringt nicht diese von allem Anfang an falsche Weichenstellung mit sich!

Vor allem für die Frauen ist ein solches Erziehungssystem gefährlich, reich an Mißgeschicken und Verzweiflung. Man hat aus ihnen Sentimentale gemacht, Romantische, hübsche Ausnahmewesen ohne Nutzzweck. Sie erwarten alles vom Unbekannten: sie verdursten an einem unbestimmten Liebesbedürfnis, das ihnen unbestimmte Wonnen vorgaukelt, einen Wahn von Träumen. Der Gatte erscheint und das Mißverständnis wird nun erst handgreiflich. Wieviele Scheidungen erzeugte nicht die erste Nacht!

Mit Einfachheit, ohne die alt-übliche Hypokrisie auf ihre natürliche Mission hingeführt (wie sie es so leicht haben könnten), würden Intelligenz, Energie, Weisheit in den jungen Wesen großgezogen werden. Und daß man ja nicht von Reizentkleidung der Frau, von verlorener Unberührtheit usw.

redel. Die wissenschaftliche Erkenntnis bringt eine große, belebende Klarheit mit sich, die Wissenschaft ist keusch.

Wahrlich, wenn man den Vergleich zieht zwischen den Unzuträglichkeiten und den Vorteilen der beiden Erziehungssysteme — dem von gestern und dem von morgen —, sollte man nicht überrascht sein durch die unzweideutige Überlegenheit des letzteren, offenen, reinen — wissenschaftlichen, um es mit einem Worte zu sagen?

\* \* \*

**Marcel Sembat**, Abgeordneter, Paris.

Ihre Enquête bezieht sich auf die heikelste Materie. Keine Frage ist so schwierig zu lösen wie die gestellte.

Meiner Meinung nach ist es Aufgabe der Eltern, die kritische Geistesdisposition der Jugend möglichst hinauszuschieben und alles zu tun, um ihre Verfrühung zu hindern.

Doch, vielleicht klingt dies wie Ironie?

Viele Familien sind gezwungen, ihre Kinder im zartesten Alter zur Schule zu schicken. Die erste Unterweisung aber ist gerade die, der ausgewichen werden soll. Wir erinnern uns der Zeilen, die Paul Bourget in den „Psychologischen Essais“ den „Herden moralischer Infektion“ widmet.

Wenn hingegen der junge Bursche das gedachte Alter erreicht, erkenne ich es als durchaus nützlich an, ihn in absolut ernster Weise, als einem Kapitel Naturgeschichte, in die Funktionen aller Organe des menschlichen Körpers einzuführen.

Die Aufklärung durch die Eltern erscheint mir, wie ich zugeben muß, allerdings schwierig. Aber all das hängt von dem Verhältnis ab, in dem Kinder und Eltern zueinander stehen, von dem Grade ihrer Zuneigung und ihres Vertrauens.

\* \* \*

**Henri Galli**, früh. Präsident des Gemeinderats von Paris.

Ich weiß: in Deutschland, in der Schweiz und in den skandinavischen Ländern gibt es viele Jugendfreunde, die die geschlechtliche Erziehung der männlichen wie auch der weiblichen Jugend befürworten.

Ich glaube nicht, daß in Frankreich diese Erziehung glückliche Resultate zeitigen würde. Sie ließe sich überhaupt so schwer machen, daß ich nicht einen französischen Schulmann kenne (und ich kenne deren ausgezeichnete), der sie ohne das Risiko in Angriff nehmen könnte, die Gefühle der Familien zu verletzen, — selbst derjenigen mit den wenigsten Vorurteilen.

\* \* \*

**Elie Allégret**, Pastor der reformierten Kirche, Paris.

Ist es nützlich, ist es schädlich, die Jugend die Dinge der Fortpflanzung zu lehren? — Es hängt ab von den jungen Personen und von der besonderen Art, mit der man sie unterrichtet.

Prinzipiell bin ich Anhänger eines sexuellen Unterrichts, jedoch im Schoß der Familie, durch die Mutter in einem sehr frühen Alter begonnen und dann stufenweise vervollständigt. — Von der Qualifikation der Mutter wird die Qualität des Unterrichts abhängen.

\* \* \*

Abbé Paul Naudet, Professor am „Collège libre des sciences sociales“, Paris.

Ich möchte die Frage vor allem vom Standpunkte der Mädchenerziehung aus betrachten. Derselbe läßt sich selbstverständlich a fortiori auf die Knabenerziehung übertragen.

Eine von aller Welt geteilte Anschauung ist es, daß das beste Mittel, einer Gefahr zu entgehen, ist: sie zu kennen.

Würde der Verstand des armen Schmetterlings, der um meine Lampe flattert, die Eigenschaften des Feuers erkennen, läge er jetzt nicht mit versengten Flügeln in Todeszuckungen auf meinem Papier. Diese Wahrheit ist so einfach, so elementar, daß niemand sie bestreiten wollte... Warum wird sie Irrtum, wo es sich um Erziehung im allgemeinen und um Erziehung des jungen Mädchens im besonderen handelt? Was bedeutet — mit einem Worte — diese Theorie von der zu schützenden „Unbewußtsein“, die man uns einschärfen will? Sehen wir doch den Sachen ins Gesicht und gestehen wir ohne Zögern, daß hier ein jämmerliches System vorliegt, gegen das wir protestieren wollen!

Der Irrtum kommt offenkundig daher, daß in den Geistern eine betrübliche Konfusion besteht zwischen den Begriffen Unschuld und Unwissenheit, zwei doch ganz unähnlichen Dingen. Ich meinesteils bewundere das junge Mädchen von achtzehn Jahren durchaus nicht, das — wie man mir versichert — all seine „naive Unwissenheit“ bewahrt hat; für mich sieht das nach einer Gefahr aus. Aber vor der jungen Arbeiterin habe ich einen tiefen Respekt, die aus eigener Energie und Wachsamkeit heraus ihre Tugend bewahrt hat. Ja, soll denn die Erziehung nicht fürs Leben vorbereiten? Und birgt das Leben nicht unzählige Versuchungen? Glaubt man, daß diese symbolische Sprache, die mit Geheimnissen eine Sache umgibt, die man nicht nennen will, und deren wahre Natur sich unmöglich erraten läßt, nicht eine um so schlimmere Gefahr darstellt, indem sie den Wunsch und zugleich die Furcht, zu wissen, entwickelt, und die in der Folge Hirn und Gewissen irreführen? Als wenn es nicht hundertmal vorzuziehen wäre, der jungen Seele mutig die Fenster zu öffnen zu jener Luft, die sie ein Recht hat, zu atmen! Die Unwissenheit bedingt nur eine Zufallsunschuld. Unsere Väter aus dem Mittelalter, die sicherlich Christen waren, kannten keine Prüderie. Wenn man die Kirchenväter und -schriftsteller liest, die Werke von Clement von Alexandrien, die „Meditationen“ des heiligen Bernhard, die Schriften der hl. Hildegard oder Odons von Cluny, die Predigten des hl. Vinzenz von Ferrer, die „Meditationen über das Leben Christi“ von St. Bonaventur und vieler anderer — wird man überrascht durch die freie Sprache; auch vor diesen Großen waren eben Unwissenheit und Tugend verschiedene Dinge.

Ich rede das Wort nicht einem Physiologiekurs vor unseren fünfzehnjährigen Kindern: es handelt sich einfach darum, vor der Pflicht nicht zurückzuschrecken (dies geht die Eltern, vor allem die Mutter, an), die Gelegenheiten, die sich von selbst bieten, zu nutzen in Berücksichtigung des Temperaments und der Natur des Kindes.

Ist es anderseits nicht eine schwere Ungerechtigkeit, ein junges Mädchen bis zum Tage seiner Verheiratung zu führen, ohne daß es weiß, was es erwartet, welche Prüfungen, welche Verantwortlichkeiten? — Hätte das Kind, das ihr opfern wollt, sich in voller Kenntnis alles dessen auch einverstanden erklärt? Glaubt man, daß die Erziehung dieses jungen Mädchens weniger

gut gewesen wäre, wenn sie ihrer Mutter die Fragen hätte stellen können, die sie beunruhigten und ihre Einbildungskraft erregten? Das Leben hätte sich für sie in seiner normalen Klarheit abgewickelt; sie wäre den Weg gegangen, den die Vorsehung ihr vorgezeichnet hat. Sie hätte Bücher gelesen, angetan, ihre Entwicklung zu begünstigen: man hätte sie nicht gestopft mit den traurigen Albernheiten oder liebenswürdigen Lügen einer Literatur, die mit der Wirklichkeit nichts zu schaffen hat, wo das Laster auf Erden immer bestraft und die Tugend immer belohnt wird. Man hätte sie jene naturalistisch-modernen Romane lesen lassen, die einen Zustand psychologisch analysieren (ohne Kunst mit Pornographie zu verwechseln): diese Bücher sind weniger selten, als man meint, und können nützen, wenn eine kundige Hand sie wählt und Voraussicht einige Erläuterungen beifügt.

Diese Formung oder, wenn man will, diese Aufklärung des Menschen kann beginnen mit dem zartesten Alter. Ich erinnere mich, daß ich bei einem Besuch einmal mehrere Personen in einem Salon versammelt fand. Die jugendliche Hausfrau, Mutter mehrerer Kinder und in gesegneten Umständen, hatte ein sechsjähriges Söhnchen auf dem Schoße. Der Kleine machte unversehens eine heftige Bewegung. Allsobald glitt er mit erschrecktem An- gesicht von dem Schoße der Mutter und setzte sich in eine Ecke. — Was bist du denn auf einmal so betroffen? fragte neugierig eine der Anwesenden. — Ich habe am Ende meiner kleinen Schwester, die Mutter unter dem Herzen trägt, weh getan! — Es war ein weihevoller Augenblick.

Diesen Jungen wird keines Tages ein Schulkamerad in eine dunkle Ecke ziehen und fragen: Willst du, daß ich dir sage, wie die Kinder auf die Welt kommen? —

\* \* \*

Paul Margueritte, Paris.

Meine Ansicht über die Sexualerziehung der Jugend ist ganz eindeutig: man muß dieselbe mit Takt und Zartsinn, jedoch in klaren Worten, auf die Pflichten der Fortpflanzung und die Verantwortlichkeiten der Vater- und Mutterschaft vorbereiten.

Ein junges Mädchen unaufgeklärt in die Arme ihres gesetzlich autorisierten Vergewaltigers zu werfen, schien mir immer eine Ungeheuerlichkeit. Dafür, daß eine Jungfrau sich hingibt, wird sie doch wenigstens wissen dürfen, was sie verliert und was sie riskiert.

\* \* \*

August Forel, Professor der Psychiatrie an der Universität Zürich.

Ein sechzehnjähriges Mädchen, dem meine Tochter mein Buch über die sexuelle Frage zu lesen gab, bemängelte den Ausdruck, den der Verleger angebracht hatte: „Für unternichtete Erwachsene.“ — „Was?“ rief sie. „Müssen nicht gerade die jungen Menschen das alles erfahren, bevor es zu spät ist?“

In der Vorrede der dritten Auflage desselben Buches zitiere ich den Brief eines andern jungen Mädchens voll gesunden Menschenverstandes und Wahrhaftigkeit, der auf die ganze Frage helles Licht wirft.

Abgesehen davon, daß Falschheit der Eltern sich mit Falschheit der Kinder rächt, vergißt man die enormen Unterschiede in bezug auf die Frühreife der Kinder. Die einen sind schon erotisch mit fünf oder sechs Jahren, die andern kaum mit zwanzig. Der Erotiker aber findet immer Gelegenheit,

sich zu belehren, und sei es nur an der Paarung im Hühnerhof oder der Fliegen. Kalten Naturen gegenüber bieten sexuelle Erklärungen wieder gar keine Gefahr. Wozu dann all diese abgeschmackten Vertuschungen, die, statt zu beruhigen, dem Kinde ungesunde Aufregungen bringen, da das Unbekannte und Verschleierte nur um so tiefer beschäftigt?

Man fürchtet, daß die Kenntnis sexueller Dinge die Kinder zu Onanismus und dergleichen treiben würde. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Klares Wissen beruhigt. Die nackt getragenen Körperteile hören auf, erotische Gefühle einzuflößen, sobald man es gewohnt ist, sie aufgedeckt zu sehen. Das ist eine ganz banale Beobachtung. Die fest angefaßte Fußsohle kitzelt nicht.

Endlich — dies ist das wichtigste — warnt die Erkenntnis sexueller Dinge die jungen Leute rechtzeitig vor den unzähligen Fallen, die ihnen von allen Seiten Erotik stellt und bewahrt sie großenteils davor (Onanie, Geschlechtskrankheiten, Vergewaltigung, sexuelle Entartung usw.).

Man hat mit Recht gesagt, daß die Verheiratung eines geschlechtlich unaufgeklärten Mädchens nichts anderes sei, als wenn man jemanden einen Vertrag unterzeichnen läßt, dessen Inhalt er nicht kennt — also eine *v e r - b r e c h e r i s c h e H a n d l u n g*.

Ich glaubte nicht bloß, meine Kinder über all diese Fragen belehren zu sollen, ich ließ sie sogar mein Buch über die sexuelle Frage im Alter zwischen vierzehn und achtzehn Jahren lesen und ich konnte mir zum Ergebnis in jeder Hinsicht gratulieren.

\* \* \*

### De Witt Schlumberger, Präsidentin der „Französischen Vereinigung für Frauenstimmrecht“.

Seit fünfundzwanzig Jahren, während derer wir sechs Kinder aufzuziehen hatten, haben mein Mann und ich aufs genaueste alle Erziehungsfragen unter allen Gesichtspunkten studiert und sind zu der absoluten Überzeugung gekommen, zuerst den Kindern und dann den Herangewachsenen eine sexuelle Erziehung, ihren verschiedenen Lebensaltern entsprechend, zu geben.

Als meine Kinder groß waren, habe ich keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um Ideen zu verbreiten, die allein, eine Generation mit einem moralischen Ideal und gesunden kräftigen Körpern heranzubilden, mir geeignet scheinen.

Es gibt keine „erlaubten“ Lügen. Bedenkt man denn nicht, daß es dem Kinde gegenüber ein Vertrauensbruch ist, wenn man seine so rührend unschuldigen Fragen falsch beantwortet? Gewiß braucht man nicht *a l l e s z u s a g e n*, aber man ist nicht berechtigt, *f a l s c h a u s z u s a g e n*.

Wir schulden unseren Kindern eine sexuelle Belehrung und eine sexuelle Erziehung. Die eine behandelt die wissenschaftliche und physikalische, die andere die moralische Seite und die soziale Verantwortlichkeit.

Wir wollen für unsere Kinder ein moralisches Ideal, und wir bezeichnen ihnen dieses Ideal nicht, weil das unsrige nicht hoch genug ist.

Ich hörte zwischen einem Kinde von neun Jahren und einem von sieben Jahren folgendes Gespräch: Der Ältere sagte: „Weißt du, der Cousin Lucien wußte nicht, wie seine kleine Schwester zur Welt gekommen war; aber ich sagte ihm natürlich, daß seine Mama sie ausgebrütet hat. — Ja, ich weiß es; das Kleine war in dem Leib der Mama. Ja, und das ist schwer zu tragen

dadrin für die arme Mama; — aber die Mütter sind sehr gut; denn solange das Kind so klein, hätte es zu kalt. Darum behält es die Mama und tut es erst heraus, wenn es genug stark geworden ist.“ Und ohne ein Wort weiter zu sagen, lief er zu seiner Mutter und umarmte sie zärtlich, die gute, kluge Mutter, die ihn schon in einem so zarten Alter einen Teil der Leiden und der Liebe der Mutter hatte begreifen gelehrt.

Vielleicht soll ich an dieser Stelle jungen Frauen zur Erleichterung ihrer Aufgabe die Broschüre des Finnländers Dr. Max Oher Blom empfehlen: „Wie Onkel Doktor mich in geschlechtlicher Hinsicht unterwies?“

Wenn dann später der unausbleibliche Zeitpunkt kommt (mit 12, 13 Jahren), wo der Knabe in sich neue Kräfte sich regen fühlt und — von aller vertrauten Leitung verlassen — sie sich selbst nicht erklärend — nicht wüßte, ob sie vom Guten, ob sie vom Bösen seien, und wie ihnen begegnen, um nicht der Selbstachtung verlustig zu gehen und am moralischen Ideal irre zu werden, dann werden gute, kluge Eltern ihren Sohn sportlich beschäftigen, und die physische Kraftausgabe wird für ihn sowohl ein moralisches und geistiges als auch ein körperliches Gesundungsmittel sein. Der Sport spielt in der Jugenderziehung beider Geschlechter eine große moralische Rolle.

Selbstachtung und Achtung vor den Frauen sind die Prinzipien, die der junge Bursche wie tägliches Brot in sich aufnehmen muß. Beispiel wie Grundsätze sind dazu gleich nötig.

Wir haben also sowohl seelisch als auch körperlich vorzubauen, und wir verfehlten unsere Pflicht als Erzieher, indem wir unsere Kinder mit überflüssigem Lernballast beschweren, das, was not tut, aber verschweigen. Die Aufgabe obliegt den Eltern; ich glaube, vor allem der Mutter, da ihre Zärtlichkeit in der Mehrzahl der Fälle mutiger alle Schwierigkeiten dieser Art überwindet.

Für jene Kinder, die auf die Erziehung in der Schule angewiesen sind und denen die Brutalität des Lebens allzu früh völlig bekannt ist, verbleibt es dem Lehrer und der Lehrerin, das Gefühl für all das zu wecken, was a d e l i g ist in unserem Naturberuf, vor allem die V e r a n t w o r t u n g , die er uns auferlegt.

Es wäre vielleicht eine ganz gute Preisaufgabe, ein kleines Blatt zusammenzustellen, welches dem Lehrer, der nicht aus eigenem fähig wäre, ein hohes, moralisches Ideal mit der Berührung sexueller Fragen zu verbinden, als Leitfaden dienen könnte. Ich sage nicht, daß es mir l e i c h t , wohl aber, daß es mir m ö g l i c h erscheint, solchen Leitfaden den andern Moral-lehrbüchern beizugesellen.

\* \* \*

#### Fernand Mazade.

Zum Schluß möchte ich mir erlauben, hinzuzufügen, daß zwei Kapazitäten auf dem Gebiete des Pariser öffentlichen Unterrichts sich ebenfalls zu der Notwendigkeit sexueller Erziehung bekannt haben. Von Dr. Lucien Mathé, Schulinspektor der Stadt Paris, erschien ein ausgezeichnetes kleines Buch: „Der Unterricht über Sexualhygiene in der Schule.“ Das Buch \*) wurde der Öffentlichkeit durch die Generalinspektorin der Mutterschulen von Paris übergeben, Mme. Pauline Kergomard, die, meines Wissens, die erste Fürsprecherin sexueller Erziehung in Frankreich war, wobei sie immer anerkannte, daß dieselbe der Familie obliege, vor allem der M u t t e r . Aber auch gegen den Unterricht in der Schule findet sie nichts einzuwenden. Sie

\*) Verlegt bei Vigot frères, Paris.

führt vielmehr aus: „Solche Gegenstände verlangen einen Spezialisten zu ihrem Darsteller und einen gesammelten Geist als ein Abschnitt aus der Grammatik oder Arithmetik. Diese Lektionen wären zu geben in dem Trimester, das dem Übergang der Schüler und Schülerinnen in die Fabrik und die Werkstadt vorangeht. In den Mädchen Schulen wäre der Unterricht womöglich durch eine Ärztin zu erteilen oder durch eine Abgesandte des Ministeriums für öffentlichen Unterricht, damit ihr durch diese ihre offizielle Eigenschaft die gehörige Autorität von vornherein gewahrt wäre.“



## CHRONIK

**D**IE Frauenbewegung in Indien ist eigentlich, streng genommen, erst in den letzten zehn Jahren entstanden, und die immer lebhafter werdende Tätigkeit auf diesem Gebiet ist besonders den Indiern zu danken, die Gelegenheit hatten, die okzidentale Kultur kennen zu lernen, und nach ihrer Rückkehr in ihr Heimatland hier Reformen nach europäischem Muster einzuführen suchten. Die an der Spitze der Bewegung stehenden Frauen haben besonders gegen die alten Traditionen des Purdah-Systems zu kämpfen, nachdem die Frauen wie Gefangene im Hause gehalten wurden, sich nie in der Öffentlichkeit zeigen durften.

In Bombay haben die Frauen sich noch am frühesten emanzipiert, dank dem dort lebhaften internationalen Verkehr. So ist daselbst die „Princess Victoria Mary Gymkhana“ gegründet worden, eine Organisation, die aus indischen, mohammedanischen und christlichen Frauen besteht und den Zweck verfolgt, die Frauen aller Rassen und Klassen zu vereinigen, damit sie sich kennen lernen und zur Erreichung des gemeinsamen Ziels arbeiten. Sie soll vor allem dazu beitragen, die zwischen den Ge-

schlechtern und den einzelnen Kasten bestehenden Schranken zu beseitigen.

Im Jahre 1908 gründete Frau Ramabad Ranadi die „Seva Sadan Society“, die Erziehung und Wohl-tätigkeit auf ihr Programm geschrieben. Sie zählt eine Anzahl tüchtiger Frauen zu ihren Mitarbeitern, die für Besserung der Wohnungsverhältnisse, für Hygienearbeiten und gegen Unmoralität kämpfen.

Jetzt bestehen in Indien bereits mehrere solcher Vereine. Ramahad Ranadi, Frau eines Richters in Bombay, konnte vor ihrer Heirat weder lesen noch schreiben. Ihr Mann ließ ihr die beste Erziehung angedeihen, und heute gehört sie zu den gebildetsten Frauen ihres Landes.

Der eifrigen Arbeit der Frauen ist es auch zu verdanken, daß die englische Regierung in Indien augenblicklich an der Durchführung eines Gesetzes arbeitet, das für Sittlichkeitsverbrechen und Mädchenhandel verschärzte Strafen verlangt. Danach soll bei Verführung von Mädchen unter 16 Jahren eine Strafe bis zu 10 Jahren Gefängnis verhängt werden. Mädchen unter 16 Jahren, die in einem ihre Sittlichkeit gefährden Milieu leben, können aus diesem

entfernt und Erziehungsanstalten übergeben werden.

M. Koscinska.

**Die Heiratsgesetzgebung in Amerika:** Der Heiratskodex ist in den 46 amerikanischen Staaten verschieden. Dies gibt ein erstaunliches soziologisches Kaleidoskop. Die allgemeine Regel ist, daß die Männer bis zum 21., die Frauen bis zum 18. Jahre nicht ohne Einwilligung der Eltern heiraten können.

Wie die Eugenics Review berichtet, verwehrt man das Heiratsrecht den Blödsinnigen, den mit Gebrechen Behafteten und den Trunkenbolden.

Indiana fügt diesen Verboten das der Heirat eines Epileptischen oder eines fünf Jahre lang in Spitalspflege Verbliebenen hinzu.

New Jersey fordert ein von zwei beeideten Ärzten ausgestelltes Zeugnis, daß der Heiratskandidat vollkommen geheilt sei (von Epilepsie, Geistesschwäche usw.) und daß für seine Kinder von körperlicher Vererbung nichts zu fürchten sei.

In der Mehrzahl der Staaten sind Ehen zwischen Geschwisterkindern verboten, und in einigen Staaten geht man so weit, die bestehenden für blutschänderisch und ungültig zu erklären.

In Michigan stehen 5 Jahre Gefängnis auf Verheiratung vor völliger Ausheilung gewisser Krankheiten. Die nachmalige Heirat der Eltern legitimiert jetzt in der Regel die außerehelich geborenen Kinder, vorausgesetzt, daß der Vater sie anerkennt.

Die erleichterten Scheidungsmöglichkeiten begünstigen die Eheschließung. Auf 15 Ehen rechnet man eine Scheidung.

In vier Staaten: Maine, Michigan, Wisconsin und Arizona, wird die Heirat rechtlich ungültig, wenn der

eine Gatte zu lebenslangem Kerker verurteilt wurde, und keine Begnadigung kann seine ehelichen Rechte wiederherstellen.

In Kalifornien und Indiana bestehen gesetzliche Vorschriften, daß — unter gewissen Reserven — Geisteskranke und Inwohner von Idiotenanstalten sowie Staatsgefängnissen durch chirurgischen Eingriff der Zeugungsmöglichkeit beraubt werden müssen.

Sowohl das 1909 erlassene kalifornische als auch das von 1907 datierende Gesetz Indianas verlangen, daß auf Befund der Unheilbarkeit eines Geistesschwachen oder Verbrechers durch den Aufsichtsrat und den Ärztekörper einer staatlichen Institution hin an dem Betreffenden die obbezeichnete Operation vorzunehmen sei.

Connecticut folgte dem Beispiel Indianas und erließ die Verordnung, daß die „vasectomy“-oder „oophorectomy“-Operation auf humane Art an allen jenen Personen vorzunehmen sei, die nach dem Urteil der Mehrheit des Staatsbureaus auf ihre Kinder die Anlage zum Verbrecher, zum Wahnsinn, zum Blödsinn usw. vererben würden.

Auch die Staaten Pennsylvanien und Oregon haben Gesetzentwürfe zur erlaubten Sterilisation eingebracht, doch konnten sich ihre Leiter bis nun nicht zur Zeichnung entschließen.

J. Delahaye.

**Eine Junggesellensteuer in den Vereinigten Staaten:** Die Stadt Memphis im amerikanischen Staate Tennessee hat eine eigenartige Junggesellensteuer eingeführt, um damit die Kosten eines Kinderspitals, das 100 Kinder beherbergt, aufzubringen. Auf diese Weise soll ein Teil der Lasten, die dem Gemeinwesen aus

der jungen Generation erwachsen, auf diejenigen übertragen werden, welcher sich aus eigener Initiative des wesentlichsten Teils dieser Last begeben haben.

Die Steuer beträgt je nach dem Vermögen des Junggesellen 30 bis 150 Mk.

Sie wird nicht in uneingeschränkter Weise von jedermann eingehoben, sondern nur von solchen Personen (über 30 Jahren), bei denen man voraussetzen zu können glaubt, daß sie keine Ehe eingehen, um sich die Freudenmöglichkeiten ihres nicht-gebundenen Lebens zu bewahren; und zwar wird dies in der nachstehenden, seltsam anmutenden Weise geregelt :

Wenn immer ein Junggeselle nach 9 Uhr abends sich in öffentlichen Lokalen zeigt, muß er den Inspektionsbeamten seinen Steuerschein vorweisen können. Wer Junggeselle ist und wer nicht, scheint offenbar bei der geringen Ausdehnung der Stadt Memphis den Beamten hinreichend bekannt zu sein, so daß zwecklose und allzu zahlreiche Belästigungen vermieden werden können. Zu eben-solcher Vorweisung des Steuerscheins kann jeder Junggeselle verhalten werden, der eine unverheiratete Dame zu einem Theater oder Vergnügen begleitet (was ja im übrigen in Amerika sehr allgemein üblich ist).

Personen, welche den Schein nicht vorweisen können, haben jedesmal eine Strafgebühr von 16 Mk. zu bezahlen.

A. Whitley.



**Ein Heim für Witwen in Le Havre :**  
Die Kommission des Bureau de bienfaisance in Le Havre hat auf eigene Faust ein Unternehmen ins Werk gerufen, das von verschiedenen Gesichtspunkten aus äußerst interessant ist und nachgeahmt zu werden verdient. Diese Kommission, die lange vergeb-

lich auf einen Zuschuß seitens des Staates oder auf den großherzigen Wohltäter gewartet hatte, der ihr die nötigen Tausende verschaffen würde, die es ihr ermöglichen könnten, den zahllosen obdachlosen Familien ein Unterkommen zu gewähren, hat nun auf eigene Kosten ein Heim für Witwen gegründet, die angewiesen sind, allein für sich und ihre Kinder zu sorgen. Da es ihr an dem nötigen Kapital fehlte, um neue Häuser eigens zu dem von ihr gewünschten Zwecke zu bauen, hat sie von der Stadt ein großes altes Gebäude gemietet, für eine Jahresmiete von de principe 1 Fr.

Das Haus befand sich in dem denkbar schlechtesten Zustande. Es wurde nun neu hergerichtet, mit einer gemeinsamen Waschanstalt versehen, und jedes Stockwerk mit einer Wasserleitung. Jede Wohnung besteht aus drei Räumen. Da der zur Verfügung stehende Raum leider noch sehr begrenzt, die Anzahl der bedürftigen Witwen aber groß ist, wurden also unter den Elenden die Elendsten ausgewählt, besonders Witwen mit der größten Kinderzahl. Sie zahlen monatlich 3 Franks, um so etwas zu den Kosten der Instandhaltung des Hauses beizutragen. Jede der dort aufgenommenen Witwen muß sich kontraktlich verpflichten, die Wohnung sauber und ordentlich zu halten und sie zu verlassen, wenn sich ihre Verhältnisse bessern.

Die erwähnte Kommission hat ein auch in bodenreformerischer Hinsicht bemerkenswertes Beispiel gegeben, indem sie durch ihr Vorgehen gezeigt hat, daß sich aus alten Häusern, sofern sie solid sind, noch etwas machen läßt, wenn man es versteht, sie gehörig instand zu setzen und Sauberkeit darin walten läßt. Auf diese Weise könnte vielleicht noch manches alte Haus gerettet und einem guten Zweck dienstbar gemacht werden, statt daß man es niederreiße, um mit vielen Kosten

Prachtbauten herzustellen und inzwischen, ehe man die nötigen Mittel dazu aufgebracht, Elend — Elend sein läßt.

Das alte Sprichwort: Doppelt gibt, wer bald gibt, wird leider oft noch zu wenig beherzigt.

*M. Koscinska.*



**Die Einheitsanrede „Frau“:** Eine interessante psychologische Einwirkung auf das Volksempfinden versucht eine neue Vereinigung \*). Sie hat folgenden Aufruf herausgegeben: „Sozialgesinnte Frauen und Männer mühen sich, die Not in unserem Vaterlande zu lindern: der unehelichen Kinder und ihrer Mütter, der rechtlosen ehelichen Mutter, des Kinderevels, Mädchenhandels, der Trunksucht, Prostitution und der Geschlechtskrankheit usw. Es gibt nur ein Vorbeugungsmittel, das Aussicht auf Wirkung verspricht auf allen Gebieten: Hebung des Eigenwertempfindens der Frau und Tilgung der Mißachtung des Weibes. Eine Anredeform ist ein Maßstab für das Volksempfinden. Darum ist eine zweisinnige Bezeichnung „Frau—Fräulein“ herabwürdigend für ein gesteigertes Persönlichkeitsbewußtsein dessen, der die Verkleinerungsformel trägt. Somit fordern wir Frauen, mit der veralteten Gewohnheit brechend, die Einheitsanrede „Frau“.

Diese Neuerung wird dann des weiteren begründet und für ihre Durchführbarkeit werden Ratschläge erteilt. Auch die Behörden haben nichts gegen diese Neuerung einzubringen. Es müßte nur bei amtlichen Schriftstücken hinzugefügt werden „ledig“. Die Vereinigung rechnet

\*) Nähere Auskunft erteilt: Frau Bildhauerin Metzdorff-Teschner in München, Hiltensbergerstr. 28<sup>1r</sup>.

auf die Unterstützung der weitesten Kreise und hat deshalb auch ihren Jahresbeitrag auf nur eine Mark festgesetzt. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die doppelte Anredeform der Frau, je nachdem sie rechtsgültig verheiratet oder nicht verheiratet ist, eine starke Stütze derer ist, die das Weib in erster Linie als Geschlechtswesen werten. Auch die Überschätzung der ehelichen Mutter- schaft gegenüber der Mutterschaft überhaupt würde einen erfreulichen Stoß durch diese Einheitsanrede erfahren. Wieviel Hohn und Verzweiflung verschwänden von der Erde wenn der Ausdruck Fräulein Mutter verschwunden wäre. An Gegeneinwänden läßt sich nichts sachlich Stichhaltiges vorbringen, sofern man auf dem Standpunkte steht, daß das zweierlei Maß in der Behandlung der Geschlechter einer überwundenen Kulturstufe der geneonomischen Entwicklung angehört.

*Lutz Hammerschlag,  
Freiburg i. B.*



**Einfluß der Frauen auf die Ausgestaltung der Touristik in Frankreich:** Die Franzosen haben sich lange Zeit hindurch gegenüber der Sitte ausgedehnter Vergnügungsreisen ablehnend verhalten; allenfalls ging man ans Meer oder in einen Badeort, selten nur verbrachte man mehrere Wochen in Wanderung oder Reise durch verschiedene Landstriche. Viele Gegenden Frankreichs selbst, so weit sie nicht so große Anziehungskraft bieten, um auch den Fremden anzulocken, entbehren so des regelmäßigen Touristenverkehrs.

In den letzten Jahren ist dies anders geworden. Man begreift die große Erziehungsmöglichkeit und die großen wirtschaftlichen Schätze, die in dieser Richtung brachliegen, und sucht dem Fremdenverkehr allüberall

der Notwendigkeit des Aufziehens in Frankreich entsprechende Bequemlichkeit und entsprechende Werte zu bieten.

Einen wesentlichen Anteil daran haben gewisse Frauenverbände, die speziell der Verbesserung der Hygiene in Gasthäusern und an anderen Fremdenpunkten ihr Interesse zuwenden. Gewisse Frauenstimmrechtsverbände haben die Initiative für bessere Reinlichkeitsvorkehrungen auf dem flachen Lande ergriffen. In großen Zeitschriften wie in dem von Jeanne Misme geleiteten Frauenblatt „La Française“ ist eine Kampagne für Besserung der Provinzgasthäuser eröffnet worden; auch an der Veranstaltung entsprechender ländlicher Feste, Bewahrung der Landestrachten und Landesgebräuche nimmt man in der genannten Zeitschrift viel Interesse.

In der großen Tagung zur Belebung des Fremdenverkehrs, die der Pariser „Matin“ einberufen hatte, waren es besonders Frauen, die wich-

tige Anträge einbrachten, so Frau Anna de Trigon: „Es möge eine Gesellschaft begründet werden, um an besuchten Fremdenpunkten Herbergshäuser zu bauen, die, was Reinlichkeit und gute Küche anbelangt, weitgehenden Anforderungen entsprechen, im übrigen aber jeden Luxus und jede Hochhaltung der Preise vermeiden sollen.“

Fräulein Fossati sprach sich für die Beseitigung von Reklameschildern, welche die Landschaft verunzieren, aus, Frau Percheron für Belebung ländlicher Spezialindustrien, Frau Misme für Anteilnahme der Frauen an den Vereinigungen für Hebung des Fremdenverkehrs, für Zuziehung der Frauen zu den Gemeinderäten zwecks entsprechender Anwendung ihrer Kompetenz auf Haushaltungs- und Wirtschaftsfragen, für Schaffung eines staatlichen Zentralamtes für Hotelhygiene und eines anderen für entsprechende Heranbildung des Hotelpersonals.

*Georges Costes.*



# RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA · PARIS

---

## WAS KANN FÜR GESUNDHEIT UND KRAFT DER NEUEN GENERATIONEN GETAN WERDEN?



EINE englische Gesellschaft, die „Eugenics Society“, hat in eingehenden Untersuchungen das Problem aufgerollt, welche Faktoren für und wider die Gesundheit der Menschen und Völker wirksam sind, inwiefern die natürliche Auslese, die Anpassung an die Daseinsbedingungen und die harmonische Entwicklung von Körper und Geist durch planvolle staatliche und freiwillige Fürsorge entsprechend beeinflußt werden können. Innerhalb dieser Bewegung sind allerdings bereits wieder verschiedene Richtungen aufgetaucht. Eine scharfsinnige, auf rein wissenschaftliche Gesichtspunkte sich stützende Schule, die unter anderen von Professor Karl Pearson vertreten wird, erblickt in der natürlichen Auslese, im Kampf ums Dasein, im Aussterben der Schwachen und ihrer Nachkommen und im Überleben und Kinderzeugen bloß der Starken den entscheidenden Faktor der Rassenverbesserung, der nach Ansicht dieser Schule nicht durch staatliche Fürsorgemaßregeln für die Kinder der Schwachen aufgehalten, sondern im Gegenteil in jeder Weise begünstigt werden solle.

Diese Schule wendet sich darum mit besonderer Schärfe gegen die in England sehr machtvolle und gut organisierte Bewegung für Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit. Pearson ging so weit, zu sagen, es sei besser, wenn jene schwächlichen Kinder, statt durch weitgehende humanitäre Maßregeln dem Leben erhalten zu bleiben, im ersten Lebensjahre stürben; die genannten humanitären Maßregeln bildeten einen Eingriff in die wohltätige Wirkung der natürlichen Auslese und würden zur Rassenverderbnis führen; die Darwinistische Lehre habe auch für den Menschen genau die gleiche durchschlagende Beweiskraft wie für das Tier: Eine starke Sterblichkeitsziffer im ersten Lebensalter bringe eine Beseitigung all der Schwächeren, die für die Probleme des Lebens nicht die entsprechende Kraft in sich tragen, mit sich, und auch wenn die Fragestellung auf das Kindesalter selbst eingeschränkt bleibe, könne eine starke Sterblichkeit im ersten Lebensjahre mit ihrer Beseitigung der kränklichen Kinder um so günstigere Sterblichkeitsziffern in den späteren Jahren mit sich bringen.

Eine andere Richtung in der englischen Bewegung, zu deren beredtesten Wortführern Dr. Saleeby gehört, wendet dagegen ein, daß der viele Beifall, den Pearson gefunden, wesentlich auch darauf zurückgehe, daß eben all diejenigen, deren Vorurteile und finanzielle Interessen in der Richtung einer Verminderung der auf Kinderfürsorge und Mutterschutz hinausgehenden Staatsausgaben liegen, gerne diese wissenschaftliche Rechtfertigung ihres Klassenegoismus aufs Schild erheben. Dr. Saleeby führt zum Gegenbeweis

an \*), daß all diese Auslesegesichtspunkte den Zeitraum der Kindesentwicklung und des Kindeslebens im Mutterleibe nicht entsprechend berücksichtigen. Das schwächliche Kind, das im ersten Lebensjahr mangels entsprechender humanitärer Fürsorge stirbt, muß durchaus nicht ein durch Vererbung daseinsuntaugliches Geschöpf sein, dessen Tod die Gesellschaft von einem unbrauchbaren Glied entlaste, sondern in sehr vielen Fällen seien es bloß ungünstige, durch entsprechende soziale Gesetzgebung leicht ausschließbare Lebensumstände der Mutter während der Schwangerschaft, welche die Geburt des schwächlichen Kindes herbeiführen, oder auch das Kind mag während dieser Zeit infolge der spezifischen Beschäftigung oder des spezifischen Lasters der Mutter mit Bleiweiß oder Alkohol vergiftet oder mit den Bazillen der Syphilis angesteckt worden sein.

Ein zweiter entscheidender Unterschied zwischen dem wohltätigen Wirken der natürlichen Auslese in der Tierwelt und der verderblichen Wirkung des Parallelprozesses im sozialen Leben ist der, daß in der Tierwelt die Daseinsuntüchtigen von den übermächtigen Feinden getötet werden oder den ungünstigen äußeren Einflüssen glattweg zum Opfer fallen, so daß nur die Starken übrig bleiben. In unserem menschlich sozialen Fall jedoch wird bloß ein Teil derjenigen, die, sei es infolge wirklicher Vererbung, sei es infolge unzureichenden Mutterschutzes schwächlich geboren werden, wirklich getötet; ein anderer beträchtlicher Teil bleibt schwächlich am Leben und zieht durch lange Jahre oder Jahrzehnte ein unglückliches Leben hin. Wenn nun im Sinne der Forderungen der Pearsonischen Schule die sozialpolitischen Maßregeln zugunsten bedürftiger Mütter und Kinder wegfielen, so würden einige Kinder mehr sterben, andererseits jedoch würde die Zahl dieser schwächlichen Menschen bedeutend erhöht werden, es würde also nicht nur kein wohltätiger Einfluß auf die Gesamtgesundheit der Rasse erzielt, sondern eine direkte Schädigung derselben bewirkt werden. Die natürliche Auslese könnte sich auch nur insoweit vollständig betätigen, als sie eben zu einer Anpassung an gewisse Daseinsbedingungen führen würde; in unserem Fall hieße das also Anpassung der neuen Generation an die Daseinsbedingungen der überfüllten Großstadtwohnungen, der Alkoholschenken und der Bleiweißfabriken. Eine solche Anpassung würde jedoch keine goldigen Horizonte für die Zukunft der Menschheit eröffnen; je weniger solche Anpassung erfolgt, je rascher die Empörung der öffentlichen Meinung diese Umweltbedingungen hinwegfegt, desto besser.

Eine Reihe von Forschungen, die wieder speziell in England vorgenommen wurden \*\*), haben sogar bezüglich einer Reihe solcher Gebrechen, die man bisher überwiegend für erblich hielt (so daß die Bewahrung der Rasse durch Ausschluß der mit solchen Gebrechen behafteten Personen von jeder Möglichkeit der Kinderzeugung als wirklich wünschenswert erscheinen möchte) gezeigt, daß sehr viele Fälle von Taubstummheit, Schwachsinn, Epilepsie gar nicht vererbt worden sind, sondern daß es sich in all diesen Fällen nur um eine Infizierung des Embryos im Mutterleib durch Syphilis handelte; also auch hier wieder war es eine ganz andere Maßregel, die sich als erforderlich erwies: die Bewahrung der Mutter vor Ansteckung.

Bei all dem soll jedoch nicht in Abrede gestellt werden, daß es gewiß eine begrenzte Zahl von Fällen gibt, in denen tatsächlich eine wahre Vererbung

\*) In einem Aufsatz: „The Nurture of the Race“ im „New Statesman“ vom 16. Mai 1914.

\*\*) Dr. J. W. Ballantyne, Ante-natal Pathology, Edinburgh.

von Schwachsinn, Verbrechensanlage usw. in Frage kommen mag; für solche Fälle, soweit sie wissenschaftlich klar festgestellt sind, mag die in Amerika mehr und mehr in Anwendung kommende, speziell als Ergänzung lang andauernder Freiheitsstrafen angewendete Maßregel, welche die Zeugungsfähigkeit der Verbrecher beseitigt (resp. die Schwachsinnigen ohne operativen Eingriff durch Isolierung von Zeugung abhält), empfohlen werden. Aber um die Geburt daseinsuntüchtiger Kinder zu verhindern, scheinen im Lichte der neuesten Forschungen diese Maßregeln viel weniger wichtig zu sein als der oben erwähnte Kampf gegen die Rassenvergiftung.

Neuere Forschungen haben auch, zum Beispiel, was die Zahl der Blinden anlangt, festgestellt, daß allerdings ein Drittel bis eine Hälfte der Insassen unserer Blindeninstitute blind geboren sind, daß jedoch die überwiegende Mehrzahl derselben ihre Blindheitsanlage durchaus nicht von der Zeugung her besitzen, sondern im Mutterleibe infolge Ansteckung durch den Gonococcus-bacillus (Geschlechtserkrankung) erblindet sind.

\* \* \*

Was kann nun, was soll zum Schutze der Mutter und des Kindes gegen all diese Schädigungen vorgekehrt werden? Einerseits gewiß spezifischer Mutterschutz, andererseits Kampf gegen die sozialen Krankheiten überhaupt. Was den ersten anlangt, muß natürlich in erster Linie der schwangeren Frau und der jungen Mutter wie ihrem Kinde eine Sicherung der materiellen Existenz gewährleistet werden. Beiden muß die Möglichkeit gegeben werden, sich entsprechend zu ernähren, ohne daß die Mutter anstrengende Arbeit zu tun hätte, die ihre eigene Gesundheit und, wenn während der Schwangerschaft getan, auch die des zu gebärenden Kindes gefährdet. Dieser Zweck kann am besten durch Einführung einer ausgedehnten Mutterschaftsversicherung erreicht werden, und dieses Postulat aller Freunde sozialer Reform in den verschiedenen europäischen Ländern ist ja nun endlich durch das neue englische Sozialversicherungsgesetz in gewissem Grade verwirklicht worden; es gewährt jeder versicherten Arbeiterin oder der versicherten Frau eines Arbeiters im Falle der Entbindung eine Summe von 30 Mark, der Arbeiterin außerdem ihr eigenes Krankengeld von 7,50 Mark pro Woche, also im Falle einer vierwöchigen Arbeitsunfähigkeit für die Zeit vor und nach der Entbindung, 60 Mark: Keine sehr große Ziffer, aber immerhin ein gewisser Schutz gegen die Gefahr der Unterernährung und der körperlichen Arbeit während dieser delikaten Zeit.

Hierher gehören auch alle Maßregeln gegen das Sweating, gegen die Ausbeutung speziell der Heimarbeiterinnen, von denen ja sehr viele — seien es verheiratete Frauen, seien es verlassene Mädchen — Mütter sind; ihre Überarbeit kann so in sehr vielen Fällen die Gesundheit ihrer Kinder gefährden.

Für die Gesundheit der neuen Generation selbst kann und soll in der mannigfältigsten Weise sozial gesorgt werden; speziell in Australien, aber mehr und mehr auch in England ist ein sehr eingehendes Fürsorgesystem für Säuglinge (Gewährleistung der Milch), für das Kind von 4—6 Jahren (sorgfältig ausgestaltete Kinderbewahranstalten), für die Schulkinder (sorgfältigste ärztliche Untersuchung derselben) eingeführt worden. Eben diese ärztliche Fürsorge soll in England durch Errichtung von Säuglingskliniken ausgestaltet werden, und zwar geht man von der Erfahrung aus, daß viele Arbeiterfamilien durchaus keine Geldmittel für Berufung des Arztes zum kranken Kinde aufbringen können. Sie sollen nun in die Lage versetzt werden, ihre

an \*), daß all diese Auslesegesichtspunkte den Zeitraum der Kindesentwicklung und des Kindeslebens im Mutterleibe nicht entsprechend berücksichtigen. Das schwächliche Kind, das im ersten Lebensjahre mangels entsprechender humanitärer Fürsorge stirbt, muß durchaus nicht ein durch Vererbung daseinsuntaugliches Geschöpf sein, dessen Tod die Gesellschaft von einem unbrauchbaren Glied entlaste, sondern in sehr vielen Fällen seien es bloß ungünstige, durch entsprechende soziale Gesetzgebung leicht ausschließbare Lebensumstände der Mutter während der Schwangerschaft, welche die Geburt des schwächlichen Kindes herbeiführen, oder auch das Kind mag während dieser Zeit infolge der spezifischen Beschäftigung oder des spezifischen Lasters der Mutter mit Bleiweiß oder Alkohol vergiftet oder mit den Bazillen der Syphilis angesteckt worden sein.

Ein zweiter entscheidender Unterschied zwischen dem wohltätigen Wirken der natürlichen Auslese in der Tierwelt und der verderblichen Wirkung des Parallelprozesses im sozialen Leben ist der, daß in der Tierwelt die Daseinsuntüchtigen von den übermächtigen Feinden getötet werden oder den ungünstigen äußeren Einflüssen glattweg zum Opfer fallen, so daß nur die Starken übrig bleiben. In unserem menschlich sozialen Fall jedoch wird bloß ein Teil derjenigen, die, sei es infolge wirklicher Vererbung, sei es infolge unzureichenden Mutterschutzes schwächlich geboren werden, wirklich getötet; ein anderer beträchtlicher Teil bleibt schwächlich am Leben und zieht durch lange Jahre oder Jahrzehnte ein unglückliches Leben hin. Wenn nun im Sinne der Forderungen der Pearson'schen Schule die sozialpolitischen Maßregeln zugunsten bedürftiger Mütter und Kinder wegfielen, so würden einige Kinder mehr sterben, andererseits jedoch würde die Zahl dieser schwächlichen Menschen bedeutend erhöht werden, es würde also nicht nur kein wohltätiger Einfluß auf die Gesamtgesundheit der Rasse erzielt, sondern eine direkte Schädigung derselben bewirkt werden. Die natürliche Auslese könnte sich auch nur insoweit vollständig betätigen, als sie eben zu einer Anpassung an gewisse Daseinsbedingungen führen würde; in unserem Fall hieße das also Anpassung der neuen Generation an die Daseinsbedingungen der überfüllten Großstadtwohnungen, der Alkoholschenken und der Bleiweißfabriken. Eine solche Anpassung würde jedoch keine goldigen Horizonte für die Zukunft der Menschheit eröffnen; je weniger solche Anpassung erfolgt, je rascher die Empörung der öffentlichen Meinung diese Umweltbedingungen hinwegfegt, desto besser.

Eine Reihe von Forschungen, die wieder speziell in England vorgenommen wurden \*\*), haben sogar bezüglich einer Reihe solcher Gebrechen, die man bisher überwiegend für erblich hielt (so daß die Bewahrung der Rasse durch Ausschluß der mit solchen Gebrechen behafteten Personen von jeder Möglichkeit der Kinderzeugung als wirklich wünschenswert erscheinen möchte) gezeigt, daß sehr viele Fälle von Taubstummheit, Schwachsinn, Epilepsie gar nicht vererbt worden sind, sondern daß es sich in all diesen Fällen nur um eine Infizierung des Embryos im Mutterleib durch Syphilis handelte; also auch hier wieder war es eine ganz andere Maßregel, die sich als erforderlich erwies: die Bewahrung der Mutter vor Ansteckung.

Bei all dem soll jedoch nicht in Abrede gestellt werden, daß es gewiß eine begrenzte Zahl von Fällen gibt, in denen tatsächlich eine wahre Vererbung

\*) In einem Aufsatz: „The Nurture of the Race“ im „New Statesman“ vom 16. Mai 1914.

\*\*) Dr. J. W. Ballantyne, Ante-natal Pathology, Edinburgh.

von Schwachsinn, Verbrechensanlage usw. in Frage kommen mag; für solche Fälle, soweit sie wissenschaftlich klar festgestellt sind, mag die in Amerika mehr und mehr in Anwendung kommende, speziell als Ergänzung lang andauernder Freiheitsstrafen angewendete Maßregel, welche die Zeugungsfähigkeit der Verbrecher beseitigt (resp. die Schwachsinnigen ohne operativen Eingriff durch Isolierung von Zeugung abhält), empfohlen werden. Aber um die Geburt daseinsuntüchtiger Kinder zu verhindern, scheinen im Lichte der neuesten Forschungen diese Maßregeln viel weniger wichtig zu sein als der oben erwähnte Kampf gegen die Rassenvergiftung.

Neuere Forschungen haben auch, zum Beispiel, was die Zahl der Blinden anlangt, festgestellt, daß allerdings ein Drittel bis eine Hälfte der Insassen unserer Blindeninstitute blind geboren sind, daß jedoch die überwiegende Mehrzahl derselben ihre Blindheitsanlage durchaus nicht von der Zeugung her besitzen, sondern im Mutterleibe infolge Ansteckung durch den Gonococcus-bacillus (Geschlechtserkrankung) erblindet sind.

\* \* \*

Was kann nun, was soll zum Schutze der Mutter und des Kindes gegen all diese Schädigungen vorgekehrt werden? Einerseits gewiß spezifischer Mutterschutz, andererseits Kampf gegen die sozialen Krankheiten überhaupt. Was den ersten anlangt, muß natürlich in erster Linie der schwangeren Frau und der jungen Mutter wie ihrem Kinde eine Sicherung der materiellen Existenz gewährleistet werden. Beiden muß die Möglichkeit gegeben werden, sich entsprechend zu ernähren, ohne daß die Mutter anstrengende Arbeit zu tun hätte, die ihre eigene Gesundheit und, wenn während der Schwangerschaft getan, auch die des zu gebärenden Kindes gefährdet. Dieser Zweck kann am besten durch Einführung einer ausgedehnten Mutterschaftsversicherung erreicht werden, und dieses Postulat aller Freunde sozialer Reform in den verschiedenen europäischen Ländern ist ja nun endlich durch das neue englische Sozialversicherungsgesetz in gewissem Grade verwirklicht worden; es gewährt jeder versicherten Arbeiterin oder der versicherten Frau eines Arbeiters im Falle der Entbindung eine Summe von 30 Mark, der Arbeiterin außerdem ihr eigenes Krankengeld von 7,50 Mark pro Woche, also im Falle einer vierwöchigen Arbeitsunfähigkeit für die Zeit vor und nach der Entbindung, 60 Mark: Keine sehr große Ziffer, aber immerhin ein gewisser Schutz gegen die Gefahr der Unterernährung und der körperlichen Arbeit während dieser delikaten Zeit.

Hierher gehören auch alle Maßregeln gegen das Sweating, gegen die Ausbeutung speziell der Heimarbeiterinnen, von denen ja sehr viele — seien es verheiratete Frauen, seien es verlassene Mädchen — Mütter sind; ihre Überarbeit kann so in sehr vielen Fällen die Gesundheit ihrer Kinder gefährden.

Für die Gesundheit der neuen Generation selbst kann und soll in der mannigfältigsten Weise sozial gesorgt werden; speziell in Australien, aber mehr und mehr auch in England ist ein sehr eingehendes Fürsorgesystem für Säuglinge (Gewährleistung der Milch), für das Kind von 4—6 Jahren (sorgfältig ausgestaltete Kinderbewahranstalten), für die Schulkinder (sorgfältigste ärztliche Untersuchung derselben) eingeführt worden. Eben diese ärztliche Fürsorge soll in England durch Errichtung von Säuglingskliniken ausgestaltet werden, und zwar geht man von der Erfahrung aus, daß viele Arbeiterfamilien durchaus keine Geldmittel für Berufung des Arztes zum kranken Kinde aufbringen können. Sie sollen nun in die Lage versetzt werden, ihre

kleinen Patienten in solche Kliniken zu bringen, wo ihnen in raschster Weise entsprechender Rat und erforderlichenfalls auch Behandlung zuteil wird. Auch in Deutschland und Frankreich liegen ja nach allen diesen Richtungen hoffnungsvolle Anfänge der planmäßigen Fürsorge vor.

Für die der Schule entwachsenen Kinder gelten speziell in Australien weitgehende Vorschriften gegen vorzeitige Verwendung zum Lohnerwerbe, gesundheitsschädigende Beschäftigung usw. In dieser Richtung mündet das Problem in das der allgemeinen Sozialpolitik ein.

Auch der Kampf gegen das Großstadtelend, gegen die Slums mit ihren überfüllten und ungesunden Wohnungen ist im Interesse der Gesunderhaltung der jungen Kinder geboten. Das Nebeneinanderaufwachsen der beiden Geschlechter in engen Räumen birgt allgemein sittliche Gefahren in sich, vor allem aber in Bezug auf die Kinder, und der Kampf gegen die Slums bezweckt darum auch, die Kinder vor vorzeitiger Verderbnis zu bewahren.

Der Kampf gegen die Schenken, der den Vater der Familie zurückgeben soll, liegt im Interesse entsprechender Erziehung des Kindes, die Verkürzung der väterlichen Arbeitszeit desgleichen; ebenso natürlich alle Maßregeln, welche dem Vater einen gesetzlichen Minimallohn gewährleisten, ihm dadurch mehr Geldmittel zu entsprechender Ernährung und Erziehung der Kinder geben und den Aufenthalt der Mutter im Hause, ihr Freisein von Fabrikarbeit, deren Bedeutung für das Kind gar nicht überschätzt werden kann, erleichtern.

Auch der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten durch gesetzliche Einschränkung der Prostitution, der Kampf gegen den Alkoholismus, kurz der Kampf gegen alle sozialen Krankheiten, der an dieser Stelle so oft gefordert wurde \*), sie alle haben ihre entscheidende Bedeutung für die Gesundheitsbewahrung des Kindes und der neuen Generation.

\*       \*       \*

Unabhängig von all dem hat man allerdings vielfach spezifische Maßregeln vorgeschlagen, welche der Schwächung der Kinder durch das Großstadtmilieu, der Entrückung von der Natur, der sitzenden Lebensweise entgegenarbeiten sollen, vor allem Sport und frühzeitige Anhaltung zu militärischen Übungen. Was den ersteren anbetrifft, ist er zweifellos ein wertvoller, ein unentbehrlicher Ersatz für die in Zeiten des ausschließlichen Landlebens naturgegebene Betätigung in freier Luft. In allen angelsächsischen Ländern, vor allem in England, Amerika und Australien, müßte allerdings die Forderung nicht erst aufgestellt werden, sie ist dort in fast übertriebener Weise von vornherein erfüllt. Für die Länder des europäischen Festlandes dagegen bleibt noch manches auszubauen und harmonisch zu entwickeln.

Bewegungen wie die des „Wandervogels“ bilden jedenfalls in dieser Hinsicht eine sehr wertvolle Ergänzung, welche die Pflege des Körpers mit der des Gemüts vereinigt.

Die Frage der militärischen Übungen andererseits ist eine sehr schwierige; vielfältig einander kreuzende Gesichtspunkte spielen in sie herein. An sich mögen solche Übungen gewiß, wenn mit Maß und Umsicht geleitet, den Körper stählen; sie mögen sogar Zukunftsmöglichkeiten einer wahrhaften

---

\* ) Siehe besonders den Aufsatz über diese Frage in der Dezembernummer 1913 der „D. d. Fortschritts“.

Wehrhaftmachung der ganzen Nation und einer Ersetzung der Kasernenjahre eröffnen. In Australien speziell hat bekanntlich die von der Arbeiterpartei geleitete Regierung die allgemeine Pflicht zu solchen militärischen Übungen für alle jungen Leute vom 14. Lebensjahr an eingeführt. In England gibt es eine sehr mächtige Strömung, die gleiche Maßregel fordert. In Frankreich erblickt die sozialistische Partei und ein großer Teil der Radikalen in der Richtung solcher auf viele Jahre sich erstreckender militärischer Schulung die Zukunftsmöglichkeit einer Einschränkung des Kasernendrills. In Deutschland andererseits sind es gerade die Freunde des Friedens und der fortschrittlichen Entwicklung, die gegen alle solchen militärischen Übungen, die eben in Deutschland nicht sowohl als Ersatz denn als Ergänzung des in der Kaserne sich auslebenden Militärdienstes gedacht werden, ihre Stimme erheben; und die ganz besonderen Umstände Deutschlands mögen denn auch in dieser Richtung Bedenken und Gefahren Raum geben, die anderwärts nicht bestehen.

Alle diese Fragen treten jedoch gegenüber den elementaren Notwendigkeiten, die in der ersten Hälfte dieses Aufsatzes geschildert wurden, zurück. Wenn wir der neuen Generation Kraft und Gesundheit geben wollen, müssen wir planmäßigen Mutterschutz, planmäßigen Kinderschutz verwirklichen, müssen wir all jene sozialen Krankheiten bekämpfen, die jedermann, vor allem jedoch den empfindlichsten und kostbarsten Bestandteil der Gesellschaft, die Kinderwelt gefährden.



# KORRESPONDENZEN

---

## POLITISCHE STRÖMUNGEN

K. EGLI, OBERST IM SCHWEIZER GENERALSTAB:  
ÜBER MILIZHEERE.

### I.



IE unklar die Begriffe noch sind über das, was ein Milizheer ist, zeigen uns zwei Gegensätze: Karl Bleibtreu, der in seinen kriegsgeschichtlichen Schriften die Überlegenheit der Miliz über stehende Heer zu beweisen sucht, und der deutsche Oberst von Zimmermann, der an Hand kriegsgeschichtlicher Tatsachen in den vom deutschen Generalstabe herausgegebenen Vierteljahrsheften für Truppenführung und Heereskunde die Behauptung verficht: daß „die Milizen im Anfang überall und namentlich im Angriff versagt haben“. Leider suchen beide Schriftsteller ihre Anschauungen an Beispielen zu beweisen, bei denen wohl unausgebildete Massen, nicht aber nach heutigen Begriffen organisierte Milizheere zu kriegerischer Tätigkeit kamen. Es erscheint deshalb notwendig, in erster Linie darzulegen, welchen Forderungen ein Milizheer entsprechen muß, das als brauchbar angesehen werden kann. Das kann wohl am besten dadurch geschehen, daß die von den oben genannten Schriftstellern gegebenen Beispiele daraufhin untersucht werden, inwieweit es sich dabei überhaupt um organisierte Streitkräfte handelte.

Das anfängliche Versagen der amerikanischen Wehrkraft im Kriege gegen England 1775—1783 wird ebenso wie die späteren Erfolge dem Milizsystem zugeschrieben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Amerikaner zu Beginn des Krieges gar keine Armee besaßen, und daß Washington nach seiner Ernennung zuerst eine solche schaffen mußte. Der Kern dieser Armee bestand nicht aus Ausgehobenen, sondern Angeworbenen, die allerdings anfänglich nur für kurze Zeit verpflichtet waren, so daß sich alle Nachteile des Werbesystems und des Mangels an geeigneten Führern und genügender Ausrüstung fühlbar machten.

Die französischen Freiwilligen von 1791—1794 stammten aus der Nationalgarde, die weder ausgebildet, noch bewaffnet, bekleidet und ausgerüstet war. Das darf man doch wohl ebenfalls nicht als die Kennzeichen einer organisierten Miliz ansehen. Der Konvent beschloß 1791 die Anwerbung von 100 000 Freiwilligen auf die Dauer von drei Jahren, also für länger als heute der Dienst unter der Fahne in den sogenannten stehenden Heeren dauert. Für die Schaffung eines Milizheeres geschah aber nichts, so daß, als 1792 das Vaterland in Gefahr erklärt und die allgemeine Dienstpflicht eingeführt wurde, wohl eine Masse diensttauglicher Männer vorhanden war, aber keine Möglichkeit, daraus ein Heer zu bilden. Das gleiche war der Fall, als 1793 die „levée en masse“ befohlen wurde. Also kann dieses Beispiel ebensowenig für oder gegen das Milizsystem verwendet werden, wie für oder gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Auch die preußische Landwehr von 1813 war keine im Frieden vorbereitete Organisation; v. Zimmermann gibt selbst zu, daß weder die körperliche Leistungsfähigkeit der Mannschaften, noch ihre Ausrüstung und Ausbildung zu Beginn des Krieges genügend waren.

Zu Beginn des nordamerikanischen Sezessionskrieges 1861 bestand in den Vereinigten Staaten eine Milizorganisation, aber nur auf dem Papier. Sie ist denn auch im ganzen Bürgerkrieg vor dem Feinde nie zur Geltung gekommen. Der Krieg wurde geführt vom stehenden Heere und angeworbenen Freiwilligen, die allerdings zum Teil aus milizpflichtigen Mannschaften bestanden.

Auch die 1870/71 von Gambetta aus dem Boden gestampften Heere der französischen Republik waren keine im Frieden vorbereiteten Milizformationen, sondern Massenaufgebote ähnlich wie 1792/93.

Während also die großen Kriege keine Beispiele für das Auftreten eines organisierten Milizheeres bieten, kommen in kleineren Verhältnissen mehrfach lehrreiche Fälle vor, in denen Milizen mit wechselndem Glück auftreten. Es sei hier nur erinnert an die Verteidigung Berns gegen die französische Invasion 1798, an den Sonderbundskrieg 1847, an die Kämpfe der Montenergriner gegen die Türken, ferner gehört auch hierher die Tätigkeit der schweizerischen Armee bei dem Übertritt der französischen Ostarmee 1871 u. a. m. Es wäre von hohem Interesse, wenn einmal auch diese Ereignisse im Hinblick auf die für die Beurteilung der Milizorganisation maßgebenden Gesichtspunkte gründlich untersucht würden.

Auf jeden Fall geht aus den angeführten, wie aus allen andern kriegsgeschichtlichen Beispielen hervor, daß Armeen, mögen sie nach irgendeinem Wehrsystem gebildet sein, versagen müssen, wenn sie nicht schon im Frieden organisiert sind, wenn sie ungenügende Führer haben, wenn ihre Mannschaft nicht ausgebildet und diszipliniert ist, und wenn die Ausrüstung fehlt. Alles das muß bei einem Milizheer ebenso vorhanden sein, wie bei einem stehenden Heer.

Außerdem ist es aber auch notwendig, daß die Kriegsbereitschaft eines Milizheeres so gefördert wird, daß es imstande ist, auch bei plötzlich eintretenden politischen Verwicklungen seine Aufgaben zu erfüllen. Die Mobilmachung und der Aufmarsch an der bedrohten Grenze müssen also vorbereitet sein, daß in wenigen Tagen die ihrer friedlichen Beschäftigung entrissenen Bürger in festgefügten Bataillonen den Kampf aufnehmen können.

„Kriegführen heißt angreifen.“ Dieser Satz gilt auch für die Miliz. Falsch ist die weitverbreitete Anschauung, daß es leichter sei, sich im Kriege zu verteidigen, als anzugreifen. Der Angreifer kann den Kampf beginnen, wann und wo er will; er kann in aller Ruhe die schwache Stelle des Verteidigers erspähen und dort seine Hauptkräfte zum entscheidenden Schlag ansetzen. Der Verteidiger dagegen ist in dauernder Anspannung und Ungewissheit, er muß stets und überall bereit sein, einen Angriff abzuwehren. Das ermüdet nicht nur, sondern übt vor allem auch einen niederdrückenden Einfluß auf Führer und Mannschaft aus. Je ungeübter eine Truppe ist, um so mehr ist sie dem ausgesetzt. Die Kriegsgeschichte lehrt, daß wer im Kampfe sich nur verteidigt, vom Angreifer auch dann immer geschlagen wird, wenn es ihm gelingt, seine Stellungen eine Zeitlang zu halten. Dabei ist die Überlegenheit an Zahl nicht einmal ausschlaggebend, weil eben auch der Schwächere in der Lage ist, bei geschickter Führung im Angriff an der

entscheidenden Stelle seine Hauptkräfte zu vereinigen und so die Überlegenheit zu gewinnen.

Die Größe und Politik des Staates kann den Heerführer dazu zwingen, sich auf die Abwehr in der Kriegsführung zu beschränken, die Gefechtsführung dagegen muß trotzdem offensiv sein, wenn am Ende der Erfolg erreungen werden soll. Diesen grundlegenden Forderungen kann sich auch ein Milizheer nicht entziehen, denn im Kriege kommt es allein auf die tatsächlichen Leistungen an, und nicht darauf, ob die Ausbildung einer Armee im Verhältnis zu der verwendeten Ausbildungszeit hoch steht.

Von den europäischen Staaten hat die Schweiz allein ihre Wehrkraft nach dem reinen Milizsystem organisiert. Es ist deshalb von Interesse zu untersuchen, in welcher Weise dort gesucht wurde, den Forderungen eines Krieges gerecht zu werden.

## II.

Die schweizerische Armee von heute ist das Ergebnis einer mehr als halbtausendjährigen Entwicklung. Die allgemeine Wehrpflicht war stets die Grundlage der schweizerischen Landesverteidigung, die heute ihren Ausdruck findet in dem Satze der Militärorganisation von 1907: „Im Kriege ist auch der nicht dienstpflchtige Schweizer verpflichtet, seine Person zur Verfügung des Landes zu stellen und, soweit es in seinen Kräften steht, zur Verteidigung des Landes beizutragen. Im Kriege und im Falle drohender Kriegsgefahr ist jedermann verpflichtet, zum Zwecke der Ausführung militärischer Anordnungen, bewegliches und unbewegliches Eigentum der Truppenführung oder den Militärbehörden auf Verlangen zu überlassen.“

Die Durchführung dieser Grundsätze setzt voraus, daß das ganze Volk in dem Gedanken erzogen wird, alles zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes einzusetzen. Heer und Volk müssen eins sein, ineinander und miteinander leben und fühlen. Die Familie, die Schule, das gesamte öffentliche Leben müssen zusammen in diesem Sinne arbeiten. Das ist nur möglich in einem Staate, der in der politischen Entwicklung so weit fortgeschritten ist, daß alle Volkskreise den gleichen Staatsgedanken haben und Änderungen in der politischen Organisation des Staatswesens auf gesetzlichem Wege und nicht durch Gewalt zu erreichen sind.

Die Erziehung zum Wehrmann muß schon früh einsetzen. In dieser Beziehung ist eine Erfahrung von großem Interesse, die in der Schweiz unter der früheren Militärorganisation gemacht wurde. Damals konnten die Kantone die Lehrer an den öffentlichen Schulen nach bestandener Rekrutenschule entweder ganz vom Dienste befreien oder sie als einfache Soldaten weiterdienen lassen oder aber sie, wie alle anderen Dienstpflchtigen, je nach ihrer militärischen Befähigung, auch Unteroffizier oder Offizier werden lassen. Dort wo die Lehrer an der vollen Erfüllung der Wehrpflicht verhindert wurden, haben sich viele davon armeefeindlichen Tendenzen zugewendet, während da, wo der Lehrer auch im Heere vorwärts kommen konnte, Schule und Armee gewonnen haben: die Schule durch die militärische, die Armee durch die erzieherische Tätigkeit des Lehrers. Die Militärorganisation von 1907 hat dem Ausnahmezustande der Lehrer ein Ende gemacht. Der Staat übernimmt den größten Teil der durch die Stellvertretung der Lehrer infolge von Militärdienst entstehenden Kosten.

Trotzdem die Wichtigkeit der Jugenderziehung für die Schaffung eines Milizheeres allgemein erkannt ist, so wird in dieser Beziehung auch in

der Schweiz doch noch nicht alles das geleistet, was notwendig ist. In dieser Beziehung gibt die Statistik über die seit einigen Jahren bei der Rekrutenaushebung stattfindende Turnprüfung wertvolle Anhaltspunkte. Trotzdem der Turnunterricht in den Schulen seit 1874 in der ganzen Schweiz obligatorisch erklärt wurde, haben von den Stellungspflichtigen des Jahres 1912 immer noch 20% keinen regelmäßigen Turnunterricht erhalten. Die Unterschiede sind daher von Kanton zu Kanton sehr groß: im Kanton Zürich erhielten 98%, im Kanton Wallis nur 19% (!) dieser jungen Leute regelmäßige Turnunterricht. Immerhin ist hier eine Besserung zu spüren. Die Militärorganisation von 1907 hat den obligatorischen sogenannten militärischen Vorunterricht zwischen der Schule und dem Eintritt in das Heer abgeschafft und überläßt es dem einzelnen, ob und in welcher Weise er sich in dieser Zeit auf den Wehrdienst vorbereiten will. Die Durchführung der Pflicht hat sich bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse im Lande als unmöglich erwiesen. Trotzdem haben in den letzten Jahren gerade infolge der gewährten Freiheit die körperlichen Übungen bei der männlichen Jugend ganz wesentlich zugenommen. Im Jahre 1890 zählte der Vorunterricht nur 1535, 1900: 5461 Teilnehmer; 1913 waren es 26 378 junge Leute, die entweder an Turnübungen oder an militärischen Übungen oder an Schießübungen freiwillig teilnahmen. Seit dem Wegfall der Pflicht hat sich ihre Zahl also mehr als vervierfacht.

Selbst wenn ein wesentlicher Teil der Zunahme der allgemein wachsenden Freude der heutigen Jungmannschaft an körperlichen Übungen überhaupt zugeschrieben wird, so darf doch auch angenommen werden, daß das Gefühl für die Aufgaben im Zunehmen begriffen, die dem Manne für die Verteidigung des Vaterlandes zukommen. Darin liegt eine Beruhigung für die Weiterentwicklung des schweizerischen Milizheeres.

Der Zwang kann in einem Milizheere sich nicht so kräftig fühlbar machen, wie in einer stehenden Armee; das liegt in der Schweiz sowohl in der demokratischen Volkserziehung als in der Kürze der Dienstzeit. Doch geht es selbstverständlich auch hier nicht ohne festes Eingreifen der Behörden gegen Pflichtvernachlässigung ab, zumal die militärischen Obliegenheiten wie bei keinem anderen Wehrsystem in das bürgerliche Leben hinübergreifen. Es sei hier nur an die Schießpflicht und die Pflicht zum Unterhalt von Ausrüstung und Bewaffnung erinnert, die vom Wehrmann zu Hause erfüllt werden müssen.

Die freiwillige Übernahme militärischer Pflichten kommt namentlich für die Offiziere und Unteroffiziere in Betracht. Zwar enthält das Gesetz die Bestimmung, daß jeder Dienstpflchtige zur Bekleidung eines Grades, zur Leistung des hierfür vorgeschriebenen Militärdienstes und zur Übernahme jedes ihm übertragenen Kommandos verhalten werden kann. Trotzdem ist davon sozusagen nie Gebrauch gemacht worden, weil sich fast immer genug Freiwillige finden, welche die mit einem militärischen Grade verbundenen außerordentlichen Aufgaben übernehmen. Und doch sind die daraus entstehenden Opfer nicht gering, zumal die aus einer andern Zeit stammenden Besoldungsansätze den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, der zur weiteren Ausbildung bestimmte Wehrmann also neben den Zeit- auch sehr oft noch wesentliche Geldopfer bringen muß.

In welchem Maße die zur Ausbildung verwendete Zeit zunimmt, zeigen folgende Angaben über die nach dem Gesetze berechneten Mindestleistungen

an Instruktionsdiensttagen bei verschiedenen Graden und bei den Hauptwaffengattungen:

	Infanterie	Kavallerie	Artillerie
Soldat .....	153	178	184
Korporal .....	238	303	294
Wachtmeister (Sergeant) .....	282	314	382
Feldwebel .....	347	404	457
Leutnant und Oberleutnant .....	402	427	480
Hauptmann .....	588	635	705

Allerdings verteilen sich diese Diensttage auf eine ganze Reihe von Jahren, aber es kommt noch dazu die Zeit, die notwendig ist zur Erfüllung der Schießpflicht, die Waffeninspektionen in allen den Jahren, in denen kein Wiederholungskurs bestanden ist, und für den Offizier die Vorbereitung auf den Dienst, den Hauptmann auch noch die Kontrolle, Vorbereitung der Mobilmachung usw. seiner Einheit. Der Schwadronskommandant ist z. B. verpflichtet, persönlich die Pflege und Unterbringung der Pferde und Pferdeausrustung der Mannschaft seiner Einheit auch im bürgerlichen Leben zu überwachen.

Selbstverständlich werden in bezug auf Dienstleistung an die höheren Offiziere noch größere Anforderungen gestellt. Die natürliche Folge des Konkurrenzkampfes im bürgerlichen Leben ist denn auch, daß viele militärisch gut veranlagte Offiziere, die sich sehr wohl zu höheren Kommandostellen eignen würden, auf weitere Beförderung verzichten müssen, weil ihr Beruf ihnen nicht gestattet, die damit verbundenen Pflichten zu erfüllen. Dieses kommt in neuerer Zeit um so mehr zum Ausdruck, als mit der fortschreitenden Entwicklung der Heere immer mehr taktische und technische Kenntnisse vom Offizier verlangt werden. Wenn demgegenüber auch festzustellen ist, daß bis jetzt ernste Nachteile noch nicht zutage getreten sind, und immer noch tüchtige Führer in genügender Zahl vorhanden waren, so darf doch die Rücksicht auf die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens nicht aus den Augen gelassen werden, sollen nicht die Grundlagen des Milizheeres in die Brüche gehen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Kommandanten der Heereinheiten neben der Führung einer Division oder eines Armeekorps nicht auch noch einen bürgerlichen Beruf oder eine Stellung in der Militärverwaltung einnehmen können. Das hat 1912 dazu geführt, daß die dem höheren Truppenführer für ihre administrative Kommandoführung zukommende Entschädigung so erhöht wurde, daß damit die Verpflichtung verbunden werden konnte, neben dem Kommando keinen bürgerlichen Beruf zu treiben. Damit sind auch in der Schweiz die höheren Kommandanten tatsächlich Berufsoffiziere geworden, mögen sie aus dem bürgerlichen Leben oder aus den Berufsoffizieren der Armee hervorgehen. Manche haben darin ein Abweichen von den Grundlagen des schweizerischen Heerwesens sehen wollen, obwohl, wie der sozialistische Nationalrat Dr. Brüstlein nachwies, dieses eine unvermeidliche Entwicklung ist, die in der schweizerischen Staatsverwaltung allgemein stattgefunden hat: früher bestanden fast alle Kantonsregierungen und selbst die Bundesregierung aus Ammännern und Räten, die neben den Regierungsgeschäften irgendeinen Beruf betrieben. Das war in den früheren einfachen Verhältnissen möglich, heute geht das nicht mehr.

Der Hauptgrund, der zu der vermehrten Arbeitslast der höheren Truppen-

kommandanten geführt hat, ist neben den bereits erwähnten höheren Anforderungen an ihre taktischen und technischen Kenntnisse die Erkenntnis, daß dem Truppenkommandanten, der eine Truppe vor dem Feinde führen soll, schon im Frieden ein weitgehender Einfluß auf deren Ausbildung und Verwaltung gewährt werden muß.

Es ist noch nicht lange her, daß in der schweizerischen Armee die gesamte Ausbildung Instruktionsoffizieren übertragen war, und diese in allen Militärschulen und -kursen die leitende Rolle hatten. Das ist mit der besseren Ausbildung der Offiziere anders geworden. Das Gesetz von 1907 läßt den Instruktoren, d. i. den Berufsoffizieren, nur die Leitung der Rekruten- und Kaderausbildung, während die Ausbildung der für den Dienst im Kriege organisierten Truppeneinheiten und -körper, sowie der großen Heereinheiten den Milizoffizieren übertragen ist, die auch die Verantwortung dafür haben. Ähnlich ging es mit der Verwaltung: die Dienstabteilungen des schweizerischen Militärdepartements besorgten diese früher sozusagen ohne Mitwirkung der Truppenführer. Jetzt heißt es im Gesetz von 1907: „Die Militärverwaltung des Bundes ist so zu organisieren, daß den Kommandanten der Heereinheiten, Truppenkörper und Truppeneinheiten der ihrem Kommando zukommende Einfluß auf die Kriegstüchtigkeit und Kriegsbereitschaft ihrer Truppe gewahrt wird.“

In manchen Vorschlägen, betreffend die Einführung des schweizerischen Milizsystems in andern Staaten will man die unzweifelhaft vorhandene Schwierigkeit der Schaffung einer guten Führerschaft durch die Anstellung einer größeren Anzahl von Berufsoffizieren überwinden. Die Erfahrungen in der Schweiz zeigen, daß sich auf diesem Wege nichts Besseres erzielen läßt. Vermehrt man die Zahl der Berufsoffiziere so, daß nur verhältnismäßig wenige Milizoffiziere notwendig sind, so finden die so angestellten Offiziere keine angemessene Beschäftigung, weil die Truppen dazu fehlen. Sie müssen also entweder in der Verwaltung beschäftigt werden, sind also Beamte, oder die Offizierstellen werden zu Sinekuren, die nur wenige Arbeitswochen im Jahre beanspruchen. Außerdem wird das Verhältnis zu dem Milizoffizier insofern schwierig, als die Berufsoffiziere ganz natürlicher Weise den Vorrang erlangen. Ein gutes Offizierkorps muß aber auch in der Miliz nicht nur das Gefühl haben, daß es seiner Aufgabe gewachsen ist, sondern auch wissen, daß seine Leistungen anerkannt werden. Deswegen wurde in der Schweiz die Gleichberechtigung von Berufs- und Milizoffizieren in bezug auf Beförderungen, Kommandoübertragung usw. angenommen. Entscheidend sind allein die im praktischen Dienst bewiesenen Führereigenschaften.

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Schwierigkeit ist die Schaffung eines guten Unteroffizierkorps. Das ist eine Frage, die auch in der Schweiz noch nicht zur vollen Zufriedenheit gelöst werden konnte. Der Unteroffizier stammt aus den gleichen Volksklassen wie der Soldat. Der Dienst bringt es mit sich, daß er in enger Fühlung mit seiner Mannschaft lebt. Vom bürgerlichen Leben her bestehen viele Berührungspunkte. Das alles führt dazu, daß das Ansehen des Unteroffiziers als Vorgesetzten nur dann wirklich auf festen Füßen steht, wenn er die Mannschaft nicht nur an militärtechnischem Können, sondern auch als Mann überragt. Solche Leute sind natürlich verhältnismäßig selten. Die Auswahl der zur Beförderung geeigneten Leute muß sehr früh erfolgen, denn nur dann kann damit gerechnet werden, daß die dafür Bestimmten auch die zur weiteren Ausbildung not-

wendige Zeit erübrigen können. Später nimmt den Mann der bürgerliche Beruf allzusehr in Anspruch. Während man sich bei dem zum Offizier in Aussicht genommenen jungen Mann aus seiner Bildung, seinem Beruf, seinen Familienverhältnissen ein ungefähres Bild von seiner künftigen Entwicklung machen kann, ist das bei den für den Unteroffiziersdienst in Betracht kommenden Mannschaften viel weniger der Fall. Übrigens ist in der Schweiz der Abgang ziemlich groß an Offizieren und Unteroffizieren, bei denen sich die mangelnde Eignung erst nach ihrer Ernennung zeigte. Das Gesetz sieht folgende Gründe vor: strafgerichtliches Urteil, unwürdige Lebensführung, Unterstellung unter einen Vormund, Konkurs oder fruchtlose Pfändung, Unfähigkeit in der militärischen Stellung. Offiziere und Unteroffiziere werden in solchen Fällen von der Erfüllung der Dienstpflicht ausgeschlossen, denn das Volksheer erträgt nur solche Führer, die sowohl im bürgerlichen Leben als auch in militärischer Beziehung ihren Platz ausfüllen.

Es könnte scheinen, als ob sich den Mängeln, die naturgemäß einem Milizunteroffizierkorps anhaften, am besten durch Schaffung eines Berufsunteroffizierkorps abhelfen ließe, das dann zweckmäßig bei der soldatischen Ausbildung Verwendung finden würde. Solche Berufsunteroffiziere besaß die Schweiz bis vor kurzem bei einzelnen Truppengattungen, sie wurden aber abgeschafft, trotzdem sie bei der Rekrutenausbildung gute Dienste leisteten. Der Grund ist leicht einzusehen: der alte, dienstgewandte Unteroffizier war dem jungen Milizoffizier und -unteroffizier in vielen Beziehungen überlegen; diese Überlegenheit förderte aber nicht, sondern sie hinderte in der Selbsttätigkeit und schadete vielfach dem Ansehen.

Im schweizerischen Milizheer müssen alle Waffengattungen ohne Rücksicht auf Bildung, Vermögen, bürgerliche Stellung der Eltern usw. die gleiche Rekrutenschule (Dauer je nach Truppengattung 60—90 Tage) durchmachen: „die Herren sollen bei den Bauern liegen.“ Erst in der Rekrutenschule werden die ausgewählt, die sich voraussichtlich zur Beförderung zum Unteroffizier eignen. Diese haben eine Unteroffiziersschule (Dauer 20—35 Tage) zu bestehen, in der dann die Auswahl derjenigen stattfindet, die sich voraussichtlich zum Offizier eignen. In Vorschlag kommen aber nur die jungen Leute, deren Eignung als ganz sicher erscheint. Alle anderen haben als Korporale eine zweite Rekrutenschule durchzumachen, in der sie bei der Ausbildung der Rekruten Unteroffiziersdienste tun, und so unter Anleitung von Instruktionsoffizieren lehrend selbst die Einzelheiten ihres Dienstes erlernen. Hier findet denn auch die weitere Auswahl der Offiziersaspiranten statt.

Die zum Offizier vorgeschlagenen Unteroffiziere bestehen eine Offiziersschule (Dauer 45—105 Tage), die in der Regel durch eine Pause unterbrochen wird, in der die Offiziersaspiranten nochmals als Unteroffiziere Truppenübungen von etwa 2 Wochen Dauer zu bestehen haben.

Alle neuernannten Leutnants haben als Zugführer eine Rekrutenschule zu bestehen, so daß die meisten jungen Offiziere außer ihrer Rekrutenschule als Rekruten noch zwei weitere Rekrutenschulen bestanden haben, in denen sie das eine Mal als Unteroffiziere, das andere Mal als Offiziere unter Anleitung von Beruffsoffizieren Rekruten ausgebildet haben. Damit wird für die spätere Tätigkeit des Offiziers eine gute, praktische Grundlage gelegt. Auch dieses ist das Ergebnis einer langen Einrichtung. Früher wurde die Mannschaftsausbildung ganz von den Instruktoren, also Berufsleuten, besorgt; es mögen dadurch bessere Ergebnisse erzielt worden sein, aber

diese nützten nichts, weil die Milizkader dadurch ausgeschaltet waren und keine gründliche Ausbildung erhalten konnten, weil sie der Arbeit der Instruktoren untätig zusehen mußten. Jetzt lernen sie erkennen, worauf es bei der militärischen Arbeit ankommt, und sind dann auch imstande, später, wenn keine Instruktoren mehr anwesend sind, selbsttätig sachgemäß auszubilden und zu führen. Demgegenüber kommen Fehlgriffe in der Rekrutenausbildung nicht in Betracht, zumal solche rasch durch das Eingreifen des leitenden Instruktionsoffiziers verbessert werden können. In der Verwendung der Milizkader bei der Truppenausbildung liegt einer der Hauptfortschritte, der in den letzten Jahrzehnten in der schweizerischen Armee erzielt worden ist.

Für die Mannschaftsausbildung ist selbstverständlich die 1907 vom Volke angenommene Verlängerung der Rekrutenschulen von großem Wert. Immerhin muß auch jetzt noch mit der zur Verfügung stehenden Zeit sehr haushälterisch umgegangen werden, wenn es gelingen soll, in so kurzer Zeit kriegstüchtige Soldaten auszubilden. Die vom schweizerischen Militärdepartement als Richtschnur herausgegebenen „Ausbildungsziele“ bezeichnen als vornehmste Aufgaben jeder Ausbildung:

„1. Die Herbeiführung von Sicherheit bei den Wehrmännern aller Grade in dem, was jeder in seiner Stellung wissen und können muß, um im Kriege nicht nur auf Befehl, sondern auch aus eigener Initiative mit Selbstvertrauen und richtig handeln zu können.

2. Die Schaffung einer Autorität der Vorgesetzten, die in allen Lagen standhält.

3. Die Weckung und Pflege der Dienstfreudigkeit und des Vertrauens in die Tüchtigkeit unseres vaterländischen Wehrwesens.“

Mit dem Milizsystem kann ein kriegstüchtiges Heer nur dann geschaffen werden, wenn diese Ziele miteinander angestrebt werden. Sie sind nicht voneinander zu trennen.

Die Autorität beruht beim heutigen Kulturstand nicht mehr auf Gesetz und Vorschrift allein, sondern ebenso sehr auf der Persönlichkeit des Vorgesetzten und auf der Art und Weise, wie dieser seine Autorität zur Geltung bringt.“

Über die Grundsätze der militärischen Ausbildung und Erziehung überhaupt sagt die genannte Dienstvorschrift ferner:

„Die rein formalistische Ausbildung muß auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Wo aber die korrekte Form gefordert werden muß, da darf keine auch noch so kleine Abweichung geduldet werden.“

Voraussetzung für den Erfolg ist verständiges Auftreten der Vorgesetzten als Lehrer und Erzieher. Niederdrückende, absprechende, alles besserwissende Behandlung macht den Offizier oder Unteroffizier, dem sie zuteil wird, zum Vorgesetzten untauglich, denn sie raubt ihm Zuversicht und Dienstfreudigkeit.“

Der Untergebene soll bei allen Übungen und beim ganzen Dienstbetrieb die Überzeugung gewinnen, daß Vorschrift und Befehl des Vorgesetzten nie etwas von ihm verlangen, was er nicht leisten kann, wenn er alle seine Kräfte auf diese Leistung konzentriert. Die Herbeiführung dieser Überzeugung ist das Fundament aller soldatischen Tüchtigkeit.

„Hierzu trägt bei die Art und Weise, wie befohlen wird; nebstdem aber schafft verständige Belehrung die unerlässlich notwendige, aber auch fördernde Basis der Erziehung zur militärischen Disziplin.“

Zweck dieser Belehrung ist nur, dem angehenden Wehrmann klar verständlich zu machen, daß unbedingter Gehorsam gefordert werden muß, damit die Armee ihrer Aufgabe genügen kann. Falsch aber wäre es, zu meinen, durch Belehrung müsse zuerst die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Befehles dargelegt werden, um willigen Gehorsam zu finden. Der Soldat muß so erzogen sein, daß er auch ohne solche Darlegung willig gehorcht.“

Eine der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben unserer Truppenführer und unserer Instruktionsoffiziere ist die Sorge für angemessene, zielbewußte Behandlung der Mannschaft.

Wer seine Truppe erziehen will, muß sie lieben und ehren.

Das Ziel der soldatischen Erziehung ist Entwicklung männlichen Wesens! Der echte Soldatengeist, der Mühsale gleichmütig erträgt, dem gewissenhafte Pflichterfüllung in allen Lagen selbstverständlich ist und dessen Willensenergie durch Hindernisse und Gefahren nur gestählt und gekräftigt wird, ist nichts als die höchste Potenz von Männlichkeit.

Männlichkeit läßt sich nie entwickeln durch Vorgesetzte, welche das Recht der Persönlichkeit des Untergebenen mißachten und welche Ehre und Selbstgefühl als etwas betrachten, um das man sich nicht zu kümmern braucht.

Man vergesse nicht, daß je höher der einzelne in der Kultur und im Intellekt steht, und je mehr er deshalb die Notwendigkeit militärischer Disziplin einsieht, desto höher seine Empfindlichkeit gegen mißbräuchliche Behandlung ist. Der intellektuell hochstehende Wehrpflichtige begreift die Notwendigkeit der Subordination, er ist willig, sich ihr zu fügen und wird daher rasch zum Soldaten.

Wenn er aber Gewaltmißbrauch des Vorgesetzten erleben muß, dann verschwindet die Bereitwilligkeit und mit ihr die soldatische Zuverlässigkeit; er wird, wie der Söldner alter Zeiten, nur durch den Strafkodex in Subordination gehalten, die Dienstfreudigkeit ist verschwunden und an ihre Stelle tritt beim Bürger die Militärfeindlichkeit!“

„Der Vorgesetzte soll wahres Wohlwollen für seine Untergebenen empfinden und bei aller Strenge und Unerbittlichkeit sich nicht scheuen, es zu zeigen.“

„Es ist auf munteres und reges Arbeiten zu halten. Deshalb soll auch für eine Arbeit nicht mehr Zeit eingeräumt werden, als nötig ist. Auch im Instruktionsdienste muß Anspannung aller Kräfte gefordert werden. Es müssen gelegentlich von der Truppe auch höchste Anstrengungen verlangt werden, damit sie sieht, zu welchen Leistungen sie fähig ist, und damit sie Freude an solchen Leistungen bekommt.

Zur rechten Zeit und wo dies angeht, trete dann wieder Abspaltung ein und werde für Abwechslung gesorgt.

So schafft man frohes Wesen in der Truppe, festen Kitt, Vertrauen in die Vorgesetzten, so bekämpft man Nörgelei und Mißmut, so hebt man die Gesinnung und befähigt die Truppe zum höchsten Opfer in der Stunde der Not.

In der Rekrutenschule ist der angehende Wehrmann zum Soldaten heranzubilden.

Das Ziel der verlängerten Rekrutenschule ist eine gründlichere Ausbildung als bisher möglich war. Nur wenn Gründlichkeit das oberste Prinzip ist, kann richtig erzogen werden.

An Stelle der bisher mitunter zutage getretenen Hast und Treiberei hat ruhiger Betrieb zu treten. Die Sorge um das Endresultat soll keiner nervösen Aufregung rufen.

Auf keinen Fall darf die Verlängerung der Rekrutenschule dazu führen, das Pensum zu vermehren.

Die Heranbildung zum Soldaten, die Festigung der Einzelausbildung, kommt in erster Linie, ihr ist der Großteil der mehr gewährten Zeit zu widmen.

Bei der Heranbildung zum Soldaten fällt namentlich der erzieherische Wert des inneren Dienstes in Betracht. Die Genauigkeit in der Erfüllung kleiner Dinge macht sich dann auch bei Erfüllung der Pflichten im Großen und Bedeutungsvollen geltend.

Es muß volle Konzentrierung verlangt werden, und man darf sich nie zufrieden geben, bis das Verlangte so geleistet wird, wie es verlangt wurde.

Das gilt auch für das straffe, formelle Exerzieren, welches in klarer, zielbewußter Erkenntnis seines Zweckes und mit der Absicht betrieben werden muß, schärfste Anspannung und Aufmerksamkeit anzugehören und für den entscheidenden Augenblick sicherzustellen.

Bei der ganzen Ausbildung ist dem Rekruten zum Bewußtsein zu bringen, daß jeder soviel leisten muß, wie er nach seinen Fähigkeiten leisten kann.“

Es ist hier nicht der Ort, näher auf das für die technische Schulung des Milizrekruten vorgeschriebene Ausbildungsverfahren einzutreten, dagegen seien noch folgende Grundsätze erwähnt:

„Mit aller Kraft seien alle bemüht, alles Gemeine und Zweideutige in den jungen Leuten zu bekämpfen und es zurückzudrängen.“

„Gift für die Rekrutenausbildung in der Milizarmee sind Künsteleien und raffinierte Feinheiten. Solche Erfindungen haben nur den einen sichern Erfolg, daß dadurch einfaches klares Denken und kühnes Handeln gefährdet werden. Alles Derartige zu beseitigen, war der Zweck unserer Reglements.“

.....  
„Voll Freude am Soldatenhandwerk und an hoher Leistung, vertrauend auf ihre Vorgesetzten, mit warmem Sinn und warmem Herzen, gekräftigt an Leib und Seele, so sollen unsere Rekruten nach Hause kehren, zur Freude ihrer Angehörigen und ein ehrendes Zeugnis für diejenigen, welche sie erzogen haben.

Dann hat die militärische Erziehung nicht nur ihrer kriegerischen Bestimmung gedient, sie hat eine tiefe Nachwirkung auf das bürgerliche Leben und fördert dort Ordnung, Gesittung, Hingabe an die einfache Pflicht und Opferfreudigkeit!“

Einer der Hauptvorwürfe, die jeder Milizorganisation bisher gemacht wurden, ist der, daß den Truppeneinheiten, die ins Feld rücken sollen, der unerlässliche innere Halt und Zusammenhalt fehle. Auch in der Schweiz hat man erkannt, daß es nicht genügt, 100 000 oder 200 000 brave Soldaten ins Feld zu stellen, sondern daß aus dieser Wehrkraft eine festgefügte Armee geschaffen werden muß, in der jede Einheit ein solides Ganzes bildet. Dementsprechend wurde die Dienstpflicht nach der Rekrutenschule organisiert. Jeder Soldat wird nach bestandener Rekrutenschule einer Kompanie, Schwadron, Batterie usw. fest zugeteilt. Mit dieser Einheit hat der Mann (abgesehen von einzelnen, durch besondere Verhältnisse begründeten und für jeden Fall besonders zu bewilligenden Ausnahmen) sieben, bei der Kavallerie acht Wiederholungskurse (Dauer 11—14 Tage) zu bestehen, die sich jährlich folgen. Die Korporale haben die gleiche Verpflichtung wie die Mannschaft, während die höheren Unteroffiziere zehn, die Offiziere alle Wiederholungskurse ihres Truppenteils bestehen müssen. Da zu den Truppen erster Linie, dem Auszuge, abgesehen vom Rekrutenjahrgange, zwölf Mannschaftsjahrgänge gehören, rücken somit in die Wiederholungskurse die Mehrzahl der zu der für den Krieg organisierten Einheit gehörenden Mannschaften ein, sodaß also der jährliche Wechsel im Mannschaftsbestand verhältnismäßig gering ist: normal  $\frac{1}{7}$ . Die Hauptleute haben zudem eine längere Dienstpflicht im Auszug (bis zum 38., statt nur zum 32. Altersjahr), so daß die meisten ihre Kompanie usw. 6—9 mal führen, bevor sie in die Landwehr überreten oder befördert werden. Das gibt ganz naturgemäß ein festes Band in den Einheiten, weil eben der Hauptmann seine Leute und diese ihre Vorgesetzten kennen lernen. Über die Ausbildungsarbeit in den Wiederholungskursen sagen die schon erwähnten Ausbildungsziele:

„In den Wiederholungskursen werden die Einheiten und die Verbände durch gemeinsame Arbeit zu einem festen Ganzen gefügt. Dort wird das Vertrauen der Führung zur Truppe und der Truppe zur Führung geschaffen und der Korpsgeist gepflanzt. Der Korpsgeist besteht darin, daß der Wehrmann stolz ist, bei dieser Truppe zu sein, daß er das Bewußtsein hat, in dieser Truppe einem festgefügten, Vertrauen verdienenden Organismus anzugehören. Das einzig probate Mittel, um Korpsgeist zu erschaffen, ist, daß die Truppe selbst Freude und Stolz empfindet über ihre Leistungen. Man darf sich daher nicht scheuen, wirkliche Leistungen von ihr zu verlangen.“

In den Wiederholungskursen soll die Feldgewandtheit entwickelt werden. Sie sollen keine abgekürzte Rekrutenschule sein. Die Arbeit im Wiederholungskurs bringt keinen Nutzen, wenn dort alles Mögliche getrieben, die solide Grundlage aber, die Festigung der Disziplin, vernachlässigt wird. Deswegen darf an die Förderung der Feld- und der taktischen Gewandtheit erst dann gegangen werden, wenn die Truppe als soldatisch zuverlässig und durchgeschult sich erwiesen hat.

Die Wiederholungskurse finden im Regiment, in der Brigade, in der Division und im Armeekorps statt. Für die Spezialwaffen treten an Stelle der Regiments- und brigadeweisen Wiederholungskurse unter Umständen Kurse in der Abteilung oder selbst Kurse einzelner Einheiten.

Zweck der Regiments-Wiederholungskurse ist die Ausbildung der einzelnen Bataillone. Den Abschluß bilden Übungen im Regiment (Bataillone gegen einander). Zweck der Brigade-Wiederholungskurse ist Ausbildung der einzelnen Regimenter. Den Abschluß bilden Übungen in der Brigade (Regimenter gegeneinander unter Bezug von Spezialwaffen). In den Regiments- und Brigade-Wiederholungskursen werden Gefechtsschießübungen abgehalten.

Die Wiederholungskurse in der Division haben zum Zweck die Ausbildung der Brigaden; zum Abschluß Übungen in der Division (kombinierte Brigaden gegen einander). Der Wiederholungskurs im Armeekorps ist nach einigen Tagen vorbereitender Übungen für Manöver im Armeekorps (Division gegen Division, eventuell gegen anderes Armeekorps) bestimmt.

Auch in den nunmehrigen kurzen Wiederholungskursen ist auf allmähliche Steigerung der Anforderungen, auf rationellen Training Rücksicht zu nehmen; die jährlichen Wiederholungskurse bieten hierfür mehr Leichtigkeit, da, was in einem Jahr nicht geschah, im folgenden nachgeholt werden kann.

In der Kontinuität der Übungen, welche durch die jährlichen Kurse geschaffen ist, liegt ihr großer Nutzen.

Der Führer weiß aus dem vorigen Kurs, was not tut, um die Kriegstüchtigkeit sicherzustellen.

Aber auch die höhern Führer haben ihre Eindrücke in den Wiederholungskursen sorgfältig zu verwerten, um sich klare Rechenschaft über die Ursachen zu geben für dasjenige, was ihnen unliebsam aufgefallen ist und was sie anders haben wollen.

Darauf gründen sie ihre Meinungsäußerungen und ihre Anträge bei den Mutationen im Offizierkorps und bei der Führer- und Kader-Ausbildung.

Andernteils bilden diese Wahrnehmungen die Grundlage für die Direktiven, welche sie ihren Unterführern für die nächsten Wiederholungskurse erteilen.“

Aus diesen Darlegungen geht wohl zur Genüge hervor, daß es in dem Milizheere mehr noch als im stehenden Heere auf die Persönlichkeit des Vorgesetzten ankommt, um eine tüchtige Truppe zu schaffen. Das Schwerpunkt der ganzen Ausbildung muß darauf gelegt werden, überall Vertrauen zu sich selbst, in Untergabe und in Vorgesetzte und so die wahre Dienstfreudigkeit zu schaffen.

Es bleibt noch übrig darzustellen, in welcher Weise in der schweizerischen Milizarmee Vorsorge für die rasche Kriegsbereitschaft getroffen wurde. Im stehenden Heere ist es möglich, durch erhöhte Bestände bei den an der Grenze garnisonierenden Truppen einen gewissen Schutz gegen Überraschungen in gespannter politischer Lage zu schaffen. In einer Milizarmee geht das nicht, weil gar keine kriegsmäßig organisierten Truppen bei der Fahne sind. Wird also die politische Lage unsicher, so müssen die zum Grenzschutz notwendigen Truppen zuerst aufgeboten, also mobilisiert werden. Es springt in die Augen, daß eine solche Maßregel ohne weiteres eine wesentliche Verschärfung der Lage bedeutet, auch wenn nur verhältnismäßig wenig Truppen einberufen werden. Um dies zu vermeiden, wird die entscheidende politische Behörde fast immer so lange als möglich mit dem Bereithalten der Truppen zuwarten, so daß es leicht zu spät werden kann. Auf alle Fälle muß, wenn einmal der Mobilmachungsbefehl erlassen ist, sehr rasch mobilisiert werden. In der Schweiz besitzt jeder Mann seine persönliche Bewaffnung, Bekleidung und Ausrüstung, der Kavallerist auch

sein Pferd zu Hause; der Wehrmann erscheint also vollständig ausgerüstet auf dem Sammelplatz seiner Einheit. Das ist möglich in einem Lande, wo der Stimmzettel für innere Kämpfe eine schärfere Waffe ist, als das Gewehr. Tatsächlich kommen Mißbräuche der Dienstwaffen im bürgerlichen Leben selten vor.

Da jede Einheit jährlich zu ihrem Wiederholungskurs einrückt und für die besonderen Übungen mit der nötigen Munition, Fuhrwerken, Pferden usw. ausgerüstet werden muß, vollzieht sich jedesmal auch eine Art „Mobilmachung“. Diese „Friedensmobilmachung“, wie sie amtlich genannt wird, vollzieht sich nach den gleichen Grundsätzen wie die Kriegsmobilmachung, so daß in der schweizerischen Armee für diese wichtige Arbeit eine Übung und Dienstgewohnheit vorhanden ist, wie kaum in einer andern Armee. Damit wird Sicherheit und Raschheit der Durchführung erzielt, soweit diese im Frieden überhaupt möglich sind.

In einer Republik ist das Verhältnis der leitenden politischen Behörde zum Höchstkommandierenden der Armee besonders schwierig. Das haben auch in der Schweiz die Erfahrungen während der Grenzbesetzungen 1870/71 gezeigt. Heute ist die Sache so geordnet, daß der General vom Parlament zu wählen ist, sobald eine größere Truppenaufstellung angeordnet ist oder auch nur in Aussicht steht. Eine Entlassung des Generals vor Beendigung der Truppenaufstellung darf nur auf bestimmten Antrag des Bundesrates (= Gesamtministerium) erfolgen. Der General führt den Oberbefehl der Armee selbständig und ohne andere Einmischung der politischen Behörden, als daß ihm vom Bundesrat Weisung über den durch das Truppenaufgebot zu erreichenden Endzweck erteilt wird. Der General verfügt über alle personellen und materiellen Streitmittel des Landes nach seinem Gutfinden; er entscheidet auch, ohne an die Vorschriften des Gesetzes gebunden zu sein, über die Kriegsgliederung des Heeres; er kann Offiziere im Kommando einstellen oder vorübergehend Offizieren Kommandos übertragen. Verlangt der General das Aufgebot weiterer Truppen, so wird dieses vom Bundesrat verfügt und vollzogen.

Dem schweizerischen General sind somit sehr weitgehende Vollmachten übertragen. Es ist das notwendig, denn wenn das Vaterland in Gefahr ist, so müssen alle anderen Rücksichten in den Hintergrund treten. In den Mann, in dessen Hand das Land in einem solchen Augenblicke sein Geschick legt, muß man auch das Vertrauen haben können, daß er seine große Macht nicht mißbraucht.

### III.

Kann das Milizsystem nach schweizerischer Art in einem andern Lande mit Erfolg eingeführt werden? Unter gewissen Voraussetzungen sicher! Der Chef des österreichischen Generalstabs, General Franz Conrad von Hoetzen-dorf, äußerte sich 1910, nachdem er den schweizerischen Manövern beige-wohnt und somit einen Teil der Armee in Tätigkeit gesehen hatte: „Von wärmster Vaterlandsliebe getragener, angeborener soldatischer Sinn jedes einzelnen, große physische und intellektuelle Veranlagung für den militärischen Dienst; als Folge davon reges Interesse an letzterem, willige Disziplin und freudige Ausdauer bei jedweden Leistungen; weise Förderung dieser Anlagen durch staatliche Institutionen, welche den Wehrmann schon von Jugend auf militärisch erziehen; berufsfreudiges, mit größtem Eifer an seiner militärischen Fortbildung arbeitendes Offizierkorps, zielbewußte militärische

Leitung, stetes Verfolgen aller militärischen Neuerungen und Nutzbarmachung derselben für das eigene Heerwesen bei munizipaler Gewährung der finanziellen Mittel. Es ist erklärlich, daß bei solchen Vorbedingungen — aber auch nur bei solchen — mit dem Milizsystem so vorzügliche Erfolge erzielt werden, wie dies in der Schweiz der Fall ist.“

Vor einigen Jahren hatte ich den Besuch eines französischen Generals, mit dem ich während einiger Tage den Manövern folgte. An einem Ruhetage besuchten wir einen Kameraden, der uns für Quartier gesorgt hatte. Wir fanden ihn, einen mit Arbeit stark belasteten Architekten, damit beschäftigt, die Vorarbeiten und Befehle für den Wiederholungskurs vorzubereiten, den er demnächst zu kommandieren hatte. Selbstverständlich drehte sich unser Gespräch um diese Angelegenheiten, die den französischen General naturgemäß sehr interessierten. Als wir unseren Besuch beendigt hatten, sagte er zu mir: „Das könnten wir in Frankreich nicht, denn die Leute, die arbeiten können und imstande wären, so etwas zu organisieren, die wollen Geld verdienen und nicht ihre Arbeitskraft auf diese Weise verbrauchen, und die anderen, die Zeit hätten, weil sie sonst nichts tun, können es nicht, weil sie der Arbeit entwöhnt sind.“

In der Tat liegt die Möglichkeit der Schaffung eines brauchbaren Milizheeres in erster Linie darin, daß die als Führer geeigneten Volksklassen willig und opferfreudig genug sind, die damit verbundenen Lasten auf sich zu nehmen, ihre eigene Person einzusetzen und so denen, die sie führen sollen, als Beispiel zu dienen. Neben dem kommen alle anderen Fragen erst in zweiter Linie. Die einfache Nachahmung fremder Einrichtungen kommt keinem Staate, und so kann es sich sowieso nirgends darum handeln, das schweizerische System einfach zu kopieren. Ein Wehrwesen, das nicht aus dem Innern eines Volkes heraus sich entwickelt hat, wird immer etwas Fremdes sein. Es wird ebensowenig Erfolg haben, wie bei der Ausbildung eines Heeres die fremden Instruktoren, die wohl Formen und Wissen bringen, nicht aber in das Wesen des Wehrmannes eindringen. Was hat 1912 den Türken die jahrzehntelange fleißige Tätigkeit der vorzüglichen deutschen Offiziere genützt, die dort gearbeitet haben? Das wird sich nicht ändern, solange nicht die Türken selbst aus eigener Kraft sich aufraffen und eine Heeresordnung schaffen, die zu ihnen paßt. Auch in der schweizerischen Heeresgeschichte gibt es Höhen und Tiefen. Am weitesten zurück blieb es immer, wenn man fremde Vorbilder nachzuahmen suchte.

Ein Irrtum ist es, wenn man glaubt, daß sich durch das Milizsystem wesentliche Ersparnisse erzielen lassen, denn der teuerste Soldat ist der Milizsoldat. Aus dem Voranschlag für 1913 der Schweiz sind folgende Zahlen zu entnehmen:

#### A. Kosten der Ausrüstung eines Rekruten:

Infanterist .....	Fr. 174,45—175,10	} ohne Leibwäsche und Schuhwerk, die vom Manne selbst und auf eigene Kosten anzuschaffen und zu unter- halten sind, ferner ohne die Waffen.
Kavallerist .....	„ 206,20	
Kanonier .....	„ 192,85	
Fahrer der Artillerie .....	„ 213,40	
Geniesoldat .....	„ 198,35	
Sanitätssoldat .....	„ 162,05	

B. Ein Soldat kostet täglich  
Truppengattung in der Rekrutenschule im Wiederholungskurs

	Fr.	Fr.
Füsiliere .....	3,40	3,80
Mitrailleure .....	8,—	—
Kavallerie .....	9,20	9,—
Feldartillerie .....	8,—	10,50
Fußartillerie .....	7,—	8,—
Genie .....	4,20	5—7,50
Sanität .....	2,75	5,50

Ihrem Zwecke entsprechen kann nur die Armee, die der äußereren Politik des Staates erlaubt, ihre Ziele zu erreichen, die aber auch den inneren Verhältnissen des Landes und dem Wesen des Volkes entspricht und die finanziellen Kräfte nicht über Gebühr in Anspruch nimmt. Aus diesen Gründen gibt es keine Armeeorganisation, die für mehrere Länder gleichmäßig anwendbar ist. Und selbst dann, wenn man erkannt hat, daß ein Systemwechsel wünschbar oder notwendig ist, so darf der Übergang nicht plötzlich und unvermittelt sein, sonst entsteht nicht eine Stärkung, sondern eine Periode der Schwäche, die sich unter Umständen schwer rächt. Ruhige und doch zielbewußte Entwicklung ist vor allem bei der staatlichen Einrichtung notwendig, die wie keine andere imstande sein muß, eine plötzliche Anspannung bis zum äußersten zu ertragen.



### PROFESSOR DR. MAYOLLE, PARIS: ZUR BASELER KONFERENZ.



IE beiden deutsch-französischen Verständigungskonferenzen in Bern und Basel haben gewiß keinerlei Vollmachten zu rechtsverbindlichen Beschlüssen besessen, und doch ginge man weit fehl, wollte man ihre Bedeutung als Symptome verklingender Mißstimmung und als treibende Faktoren psychischer Umwandlung erkennen. Speziell in Frankreich haben weite Kreise der öffentlichen Meinung und des Parlaments auf ein solches Beweisdokument gemindeter Spannung im Verhältnis zu Deutschland sehnlichst gewartet, und zwar, um für die Minderung der im Vorjahr übernommenen drückenden militärischen Lasten jenes Argument zu besitzen, dessen Fehlen jeder parlamentarischen Aktion den Erfolg rauben müßte.

Immer wieder erklärten die Vertreter der dreijährigen Dienstzeit, daß es töricht wäre, das Gesetz auch nur zu mildern, insoweit die diplomatische Lage und besonders das Verhältnis zu Deutschland genau ebenso wäre wie zur Zeit, da man das Gesetz beschlossen.

So gering auch, vom rein realpolitischen Standpunkt aus gesehen, das Ergebnis der Baseler Konferenz sein mag, brachte sie doch jenes Stimmungsmoment, dessen die radikale Partei für Aufrechthaltung ihrer Forderung nach Milderung der Militärlasten bedurfte.

Diese Verknüpfung der Konferenz mit dem französischen Militärprogramm war es auch, welche die Stellungnahme der großen französischen

Presse zur Baseler Konferenz anders gestaltete, als sie wohl, wenn die Konferenz zu anderm Zeitpunkt gehalten worden wäre, hätte sein müssen; und dies mag erwähnt werden, um mißverständliche Schlüsse, die die deutsche Öffentlichkeit eben aus den Äußerungen der führenden Blätter Frankreichs ziehen könnte, zu zerstreuen.

Die Blätter der radikalen Partei (in Deutschland würde man sagen: der fortschrittlichen Volkspartei) — und aus ihren Reihen sind ja die Mitglieder aller Regierungen der letzten Jahre in ihrer Mehrheit hervorgegangen — haben die Konferenz und ihre Ergebnisse warm begrüßt. Die Regierung Doumergue selbst stand ihr freundlich gegenüber.

Andererseits brachten die großen Organe des besitzenden Bürgertums, die der Regierung gegenüber im übrigen einen kritischen, jedoch nicht ausgesprochen oppositionellen Standpunkt einnahmen, wie der *Temps* (in Deutschland würde man dessen Nuance wohl „nationalliberal“ zu nennen haben) eine recht gehässige Beurteilung der Baseler Konferenz: Zweifellos nicht, weil ihnen etwa eine Minderung der politischen Spannung mit Deutschland nicht ebenso willkommen wäre, wie jedermann im Lande — von der äußersten nationalistischen Rechten abgesehen; sondern eben nur deshalb, weil sie von der Baseler Konferenz einen, von ihrem Standpunkt aus gesehen, ungünstigen Einfluß auf die schwedende Entscheidung der Militärfrage befürchteten.

\* \* \*

Betrachten wir nun die Konferenzbeschlüsse selbst und ihren historisch-psychologischen Hintergrund.

Man beschloß Begründung einer regelmäßigen Korrespondenz zum Zwecke unparteiischer Information der öffentlichen Meinung in beiden Ländern gegenüber den Sensationsmeldungen der Hetz Presse und Einrichtung regelmäßiger Verständigungskonferenzen, gleichzeitig in beiden Ländern, und zwar für das nächste Mal, in sehr richtiger Würdigung der speziellen Verhältnisse, in München, dessen sämtliche Parteien (Zentrum, Liberale und Sozialdemokratie) auf der Baseler Konferenz vertreten waren — und andererseits in Lyon mit seiner ausgesprochen radikalen, d. h. in diesem Falle einer Annäherung an Deutschland wohl geneigten Gemeindevertretung und -bevölkerung —, während etwa eine Tagung der Konferenz in Paris mit seiner stark nationalistischen Strömung leicht zu unliebsamen Kundgebungen hätte führen können.

Auf alle ernsteren Differenzpunkte, deren Beseitigung einen Dauerprioden zwischen Frankreich und Deutschland verbürgen könnte, ist man allerdings nicht eingegangen und wohl mit Recht, da die beginnenden Sympathien zwischen beiden Ländern eine solche Belastungsprobe vielleicht noch nicht hätten bestehen können. Das mag dann in einigen Jahren kommen, ähnlich wie die Entente cordiale zwischen Frankreich und England, die einen jahrhundertelangen Gegensatz beseitigte und alle zwischen beiden Ländern schwedenden Fragen in einvernehmlich vertraglicher Weise schlichtete, erst später auf die Verbrüderung der ausgesprochenen Friedensfreunde auf beiden Seiten (auf französischer Seite unter Führung eben jenes Senators d'Estournelles de Constant, der auch diesmal die Leitung der Bewegung übernahm) gefolgt ist. An dieser Stelle jedoch, die an Darlegung von Gedanken, deren Verwirklichung erst in der Zukunft liegt, wohl gewohnt ist,

mögen solche einer künftigen Erledigung harrenden Probleme offen besprochen werden.

\* \* \*

Das schwierigste, dessen Lösung wohl in fernster Zukunft liegt, ist naturgemäß die Frage des künftigen Schicksals von Elsaß-Lothringen. Gewiß ist eine Beseitigung der augenblicklichen Spannung auch möglich, ohne daß von dieser Frage überhaupt gesprochen wird. Starke französische Strömungen gehen sogar dahin, von jeder Einflußnahme auf die Geschicke des Elsaß ganz abzusehen und dieselben als innere Frage des Deutschen Reiches außerhalb des französischen Zukunftsinteresses zu lassen; aber diese Strömungen sind nicht die der Mehrheit des französischen Volkes und werden es wohl auch für längere Zeit nicht sein. Eine über bloße äußere Korrektheit hinausgehende Annäherung zwischen beiden Ländern, eine wirkliche Lösung des Gegensatzes, welche wahre Abrüstung ermöglichen würde, ist doch wohl nur denkbar, wenn eine Lösung der elsässischen Frage gefunden wird, welche von Deutschland, Elsaß und Frankreich als wirklich endgültig empfunden wird.

Nach dieser Richtung sind ja verschiedene Vorschläge aufgetaucht.

Wären Deutsche und Franzosen weiter von ideologischen Strömungen entfernt, als sie es sind; wären es beides ruhig denkende Kaufmannsvölker, so läge die Lösung auf der Hand. Ein Geschäft würde sich ihnen bieten, bei dem beide Teile für ihre wahren realen Interessen gewinnen würden: Deutschlands Bevölkerung nimmt heute noch stark zu, die Frankreichs ist stagnierend. Deutschland hätte darum einen wahren Vorteil an Siedlungscolonien, die die Ansiedlung seiner überschüssigen Bevölkerungsmassen auf eigenem Grund und Boden, unter Bewahrung für wirtschaftliche und militärische Nationalzwecke, ermöglichen würden; während ebensolche Siedlungsgebiete für Frankreich einen wesentlich geringeren Wert besitzen. Man mag von deutscher Seite darauf einwenden, daß Frankreich anlässlich der letzten Marokkokrise sich unbedingt geweigert habe, Südmorokko an Deutschland zu überlassen. Gewiß, weil eine Kompensation dafür nicht angeboten wurde. Im übrigen ist die französische Volksstimmung nun einmal leider so, daß die Gewährung von Vorteilen an Deutschland schwereren Widerständen begegnet als die an jedwede andere Macht.

Ich bin jedoch davon überzeugt, daß Frankreich jederzeit bereit wäre, ganz Marokko, d. i. ein Land gemäßigten Klimas, fruchtbaren Bodens, nahe den großen Linien des Weltverkehrs gelegen, größer als Deutschland, auf dem 10—20 Millionen deutscher Bauern neben den 10 Millionen der eingeborenen Bevölkerung Wohlstand und Zufriedenheit finden könnten, an Deutschland zu überlassen, wenn über das Schicksal des 50 mal kleineren und auch an Bevölkerungszahl um ein Vielfaches zurückbleibenden Elsaß-Lothringen eine befriedigende Verständigung erzielt würde.

Ich denke dabei natürlich nicht an eine einfache Rückgängigmachung des Frankfurter Friedens. Dem würden selbstverständlich schwerwiegende Gefühlsmomente auf deutscher Seite und auch schwere, aus der Eigenart des Elsaß selbst sich ergebende Bedenken gegenüberstehen.

Aber der Mittellinien gäbe es ja viele. Die nächstliegende wäre die Unabhängigkeit von Elsaß-Lothringen, sei es analog wie beim Großherzogtum Luxemburg, bei bloßer Zugehörigkeit zum Deutschen Zollverein, zum Zweck der Aufrechthaltung der ökonomischen Beziehungen;

sei es selbst bei loser staatsrechtlicher Zugehörigkeit zum Deutschen Reich, jedoch in Gewährung von Garantien für vollständige innere Autonomie.

Eine andere Mittellinie läge in der freien Selbstbestimmung der Bewohner in den einzelnen Teilen des Reichslandes, die ja ihrer Geschichte, ihrer Sprache und ihrer Gesinnung nach durchaus nicht identisch sind.

Das Unterelsaß ist ja bekanntlich fast rein deutsch in seiner Sprache und überwiegend deutsch in seiner Gesinnung, während im Oberelsaß, vor allem in den Vogesentälern, die französische Sprache und die nationalistische Partei (Nuance Wetterle) starken Einfluß besitzen. Lothringen hat bekanntlich einen der Sprache nach rein deutschen Gebietsteil an der Grenze von Rheinpreußen, während der Westen auch heute noch in Sprache und Gesinnung rein französisch ist, von der eingewanderten Bevölkerung der Städte und Industrieorte abgesehen.

Würde im Ober- und Unterelsaß und im deutschen sowie im französischen Bezirk von Lothringen je eine Volksabstimmung über die weitere Zugehörigkeit des Landes eingeleitet werden, und überließe man dieser Volksabstimmung die Entscheidung in loyaler Weise, so würde sich — meiner persönlichen Überzeugung nach, die ich in oftmaliger Bereisung von Elsaß und Lothringen gewonnen — eine starke Mehrheit allüberall für die absolute Autonomie aussprechen.

Wäre diese Lösung ausgeschlossen, so würde in Deutschlothringen und im Unterelsaß sich eine Mehrheit für weitere Zugehörigkeit zu Deutschland, im westlichen Teile Lothringens und im Oberelsaß — zumindest der gebirgigen Westhälfte — sich eine Mehrheit für Rückkehr an Frankreich aussprechen. Durch Annexion des Unterelsaß an Baden, Deutschlothringens an Bayern (Rheinpfalz) und Rückgabe der französischsprechenden Grenzstriche an Frankreich würde sich auch diese Lösung praktisch durchführen lassen.

Ihrer sei jedoch nur subsidiär gedacht. Die der natürlichen Entwicklung wie auch der Stimmung der elsässisch-lothringischen Bevölkerung am besten angepaßte Lösung läge wohl in der eingangs erwähnten vollen Unabhängigkeit des Landes.

Deutschland würde, da ja ökonomische Zugehörigkeit des Reichslandes zum Deutschen Zollverein von der elsässischen Bevölkerung gewünscht wird und somit zweifellos gewahrt bliebe, wirtschaftlich nichts verlieren, militärisch und politisch würde damit die Reihe der Pufferstaaten zwischen Deutschland und Frankreich von Belgien bis zur Schweiz eine ununterbrochene Linie bilden; die unmittelbaren Reibungsflächen beider Militärstaaten würden verschwinden; die Möglichkeit einer dauernden Herabsetzung der Rüstungen wäre gegeben. Auch rein praktisch, geographisch, würden sich die Dinge wahrscheinlich recht leicht einleben. Denn auch heute schon sind ja z. B. die sprachlichen Verhältnisse in Elsaß denen in Luxemburg und in den flämischen Teilen Belgiens überaus angenähert: Eine Bevölkerungsmehrheit, die einen deutschen Dialekt spricht, und weite Kreise des Bürgertums, die französisch sprechen, aber dabei gut lokalpatriotisch gesinnt sind.

Was jedoch dem deutschen Reiche an Möglichkeiten der Soldaten-aushebung, an äußerem Umfang und an äußerer Macht verloren ginge, würde ihm im „neuen Deutschland“ jenseits des Meeres verzehnfacht ersetzt werden.

Vielleicht wird man von minder informierter Seite einwenden, daß Deutschland auch heute schon große Kolonien habe, ohne daß sie einen sehr wesentlichen Machtzuwachs brächten. Diese weitverbreitete Ansicht ist direkt irrig. Deutschland besitzt heute, von den wenig fruchtbaren Land-

strichen Südwestafrikas abgesehen, keine einzige Siedlungskolonie gemäßigen Klimas. Der Kongo, Deutschostafrika usw. haben gewiß für reine Ausbeutungszwecke Wert, es liegt jedoch in der Natur der klimatischen Verhältnisse, daß niemals ein irgendwie beträchtlicher Prozentsatz des deutschen Bevölkerungsüberschusses sich darauf ansiedeln könnte. Länder wie Kanada und Australien, die Englands Größe für die Zukunft verbürgen, fehlen Deutschland.

Marokko, das der Verfasser dieser Zeilen wiederholt bereiste, würde allen Gesichtspunkten einer Siedlungskolonie in idealer Weise entsprechen: und wird in dem, ja leider wahrscheinlichen Falle, daß alle obigen Ausführungen wohlgemeintes Aktenmaterial bleiben und niemals verwirklicht werden, in seiner Besiedlung durch französische, spanische und italienische Kolonisten, jedoch unter französischer Herrschaft, allmählich, wie sich dies bereits in diesen letzten zwei Jahren klar aufzeigt, zu einem der blühendsten Ackerbau- und Bergwerksgebiete der Erde werden.

---

Gegenüber diesen beiden Fragen: Elsaß und Siedlungskolonien — die sich, insoweit wir Waffengewalt ausschließen, nur gemeinsam regeln lassen — treten alle anderen Differenzpunkte zwischen Deutschland und Frankreich in den Hintergrund; für die anderen Punkte genügt ein wenig gute Information gegenüber den Entstellungen der chauvinistischen Presse und ein bisschen guter Wille und common sens.

Man hat in Deutschland in den letzten Monaten viel von den Greueln der Fremdenlegion gesprochen. Dem Verfasser dieser Zeilen, der in den hauptsächlichsten Garnisonsorten der Fremdenlegion in Westalgerien und Marokko geweilt hat, ist persönlich bekannt, daß all diese Schrecknisse der Phantasie angehören. Das militärische Leben daselbst ist im wesentlichen das aller anderen französischen Garnisonsorte; die Disziplin ein wenig strenger als in Frankreich selbst, doch immerhin im Durchschnitt minder streng als in der deutschen Armee. Viele verlorene Existenzen, die sonst die Gefängnisse gefüllt oder eine weitere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in Frankreich, Deutschland oder anderswo gebildet hätten, finden in der Fremdenlegion einerseits Beschäftigung für ihren Abenteurertrieb, andererseits Vergessen ihrer Übeltaten in zivilisierten Ländern. In Europa hätte ein großer Teil derselben antisozial gewirkt, in Afrika erfüllen sie eine vom gesamteuropäischen Standpunkt aus nützliche Aufgabe als Gendarmerie gegenüber der eingeborenen Bevölkerung, als Bahnbrecher der europäischen Besiedlung gegenüber den derselben wiederstrebenden und auch für die einheimische, seßhafte Bevölkerung so gefährlichen Raubstämmen des Atlasgebirges. Die Fremdenlegion hat die große Eisenbahn nach den Saharaoasen hin gebaut; viele ihrer Mitglieder sind nach abgelaufener Dienstpflicht Ackerbauer geworden. Die deutschen Winzerdörfer im Westen Algeriens verdanken ehemaligen Fremdenlegionären, d. i. überwiegend ehemaligen Verbrechern, ihre Begründung. Eine solche Umwandlung antisozialer in soziale Bevölkerungselemente kann, glaube ich, von einem unparteiischen Standpunkt aus nicht als tadelnswert bezeichnet werden.

Eine strengere Durchführung der Bestimmung, daß Minderjährige vom Dienst in der Fremdenlegion ausgeschlossen sind (die ja besteht), mag andererseits von der französischen Militärbehörde gefordert werden; im Ausland tätige Werber für die Legion gibt es ohnehin nicht, doch könnten

zur Beruhigung der öffentlichen Meinung Deutschlands amtliche Nachweise darüber geliefert werden.

Vor einigen Wochen ist in Paris ein Buch erschienen von Gaston Moch, jenem Führer der französischen Friedensbewegung, der wohl am allerentschiedensten für eine Annäherung an Deutschland eintritt, dem Mann, der wieder beim Friedenskongreß zu Kaiserslautern sich durchaus solidarisch mit unseren deutschen Freunden erklärte. Das Buch, das die Verhältnisse der Fremdenlegion aus eigener Erfahrung des Verfassers, früheren Offiziers, schildert, geht in günstiger Beurteilung noch hinaus über das eben hier Angegebene.

---

Ein viel ernsterer Beschwerdepunkt von deutscher Seite liegt in der feindseligen Haltung vielgelesener französischer Zeitungen, die in der Bevölkerung eine feindselige Stimmung gegen alles Deutsche erhalten und in den Erregungsmomenten der Marokkokrise bis zu ganz bösartigen Vorschlägen bezüglich der in Frankreich ansässigen Hunderttausende von Deutschen gegangen sind.

Aufgabe der französischen Freunde einer Annäherung an Deutschland ist es, dieser Hetz presse entgegenzutreten. Überaus erleichtert jedoch würde ihr diese Bestrebung werden, wenn es den Freunden dieser Annäherung in Deutschland gelänge, Zwischenfälle in der Behandlung von Franzosen oder Elsässern, wie sie ja in der letzten Zeit oft vorgekommen sind, auszuschließen. Gewiß waren dieselben, objektiv genommen, von ganz untergeordneter Bedeutung, gewiß wäre es Wahnsinn, um solcher Zwischenfälle willen einen Krieg ins Auge zu fassen, und die Vernunft wird wohl auch zweifellos in jedem einzelnen Falle den Sieg über die aufgestachelten Leidenschaften davontragen; aber zu einem Dauerfrieden und zur Ermöglichung einer auf psychische Entspannung folgenden Rüstungsminderung wäre es überaus wertvoll, wenn die Friedensfreunde in jedem der beiden Länder gegenüber ihren eigenen Volksgenossen strikte Disziplin in dieser Richtung durchzusetzen vermöchten. Gewiß wird es nicht tunlich sein, jede einzelne Taktlosigkeit in der Presse zu unterdrücken. Es genügt, wenn auf jede solche Taktlosigkeit entsprechender Protest in der friedensfreundlichen Presse des eigenen Landes erfolgt, und wenn die Regierungen selbst sich bei jeder ihrer Handlungen nicht bloß das vermeintliche Recht oder Unrecht im einzelnen, in der Regel ganz unbedeutenden Zwischenfall, sondern auch die mögliche Rückwirkung auf die Stimmung im Nachbarlande vor Augen hielten. Gerade diese Verminderung einzelner Reibungsmomente ist ja naturgemäß nächstliegende und leichtest zu erfüllende Aufgabe der Annäherungsbewegung und gerade ihr sollen ja die von der Baseler Konferenz in Aussicht genommenen informativen Institutionen dienen. Ein erster Schritt wird damit jedenfalls auf der Linie zu einer weiteren Annäherung von Deutschland und Frankreich getan sein und jedenfalls sind durch die Berner und Baseler Konferenzen Instanzen geschaffen worden, die sich bewußt der Verhetzung entgegenstellen und den treibenden Kräften derselben die Alleinherrschaft des Feldes streitig machen. Wo aber einmal ein werktätiger Wille zur Erreichung eines für alle Beteiligten wohltätigen Ziels gegeben ist, da ist, gerade, wenn die Widerstände überwiegend nur von Imponderabilien gebildet werden wie in der Frage der deutsch-französischen Beziehungen, bereits eine starke Chance endlichen Erfolges gegeben.

Um diese Zentren des Verständigungswillens können sich nach und nach alle die Interessen und Bestrebungen, die bei einer deutsch-französischen Annäherung Befriedigung finden würden, gruppieren. Jedenfalls ist die Ära der völligen Mutlosigkeit vorüber, der Kampf um den deutsch-französischen Dauerfrieden beginnt.



## WELCHE FAKTOREN HABEN DIE MORALISCHE WIDERSTANDSKRAFT DES FINNISCHEN VOLKES AUFGEBAUT?

(Eine Rundfrage.)



INTER den Unabhängigkeitskämpfen der Weltgeschichte nimmt der Kampf Finnlands um die Bewahrung seiner nationalen Individualität eine besondere Stellung ein, weil die gegebenen Machtverhältnisse einen Kampf mit den Waffen in der Hand völlig ausschließen. Trotz alledem ist es Finnland bis heute gelungen, die Eigenart seiner Kultur zu bewahren und auch seine selbständige Verfassung und Verwaltung in den wesentlichsten Linien zu behaupten. Das finnische Volk hat dieses eigenartige Ergebnis durch sein System des passiven moralischen Widerstandes, durch die Weigerung seiner Bürger, sich den mit der Verfassung des Landes nicht im Einklang stehenden Gesetzen zu fügen und durch den Opfermut, mit dem sie alle Strafen und Gewaltmittel ob ihrer Weigerung freudig auf sich nahmen, erreicht. Wir sehen also, daß den beiden Völkern, die Finnland bewohnen, den Schweden und den Finnen, eine ganz besondere moralische Begabung, ein ganz besonderer Opfermut und eine ganz besondere Zähigkeit in der Verteidigung ihrer Rechte eigen sind, und daß diese moralischen Begabungen für die Selbsterhaltung von Volk und Kultur von größtem Wert gewesen sind.

Andererseits ist bekannt, daß Finnland in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von beachtenswerten Einrichtungen verwirklicht hat, zunächst ein Netz von musterhaften Volkshochschulen, welche moderne Hochkultur in die bürgerlichen und proletarischen Massen getragen haben, dann eine weitgehende Antialkoholgesetzgebung, die Finnland zum nüchternsten Lande Europas gemacht und den Alkoholkonsum auf dem flachen Lande zum Verschwinden gebracht hat; endlich in den letzten Jahrzehnten auch das Frauenstimmrecht mit seinen wichtigen Folgeerscheinungen in der sozialen Politik des Landes.

Vom allgemeinen soziologischen Standpunkt aus wäre es interessant festzustellen, inwiefern diesen Einrichtungen ein Verdienst an der Stärkung der moralischen Widerstandskraft des Volkes, an der Stärkung der Volkskraft selbst zukommt, was ja recht nahe läge, da die Volkshochschulen offenbar der geistigen Kraft des Volkes zugute kommen mußten, die Antialkoholgesetzgebung die Rassengesundheit zu fördern geeignet war; auch bezüglich des Frauenstimmrechts möchte die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die Teilnahme der Frauen am politischen Leben Finnlands, ihre Durchdringung mit politischen Ideen gleichfalls die nationale Kraft fördern könne. Da diese Fragen auch eine Anwendung für die gleiche Problemstellung bei

anderen Völkern zulassen, schien es uns interessant, den Lesern der „Dokumente des Fortschritts“ die Ansichten von finnischen Persönlichkeiten verschiedener Klassen und Parteien über die Frage zu unterbreiten, und wir haben darum an dieselben durch Vermittlung unserer Ortsgruppe in Abo \*) eine Rundfrage richten lassen:

1. welchen Umständen das Hauptverdienst an der moralischen Stärke des finnischen Volkes zuzuschreiben und
2. ob etwa Volkshochschulwesen, Antialkoholgesetzgebung und Frauenstimmrecht hieran ein Verdienst haben.

Wir lassen nachstehend die einzelnen Antworten, die uns zugegangen sind, in extenso folgen; der Leser möge gerade aus den Gegensätzen, die sich eben aus der verschieden gerichteten Parteistellung der einzelnen befragten Persönlichkeiten ergeben, ein Bild der Unparteilichkeit unserer Methode und ein getreues Spiegelbild von den geistigen Strömungen in Finnland selbst gewinnen. Vielleicht wird es ihm trotz alledem möglich sein, gerade aus den vielfältigen, einander kreuzenden Stimmungen ein anschauliches Bild der Wahrheit zu entnehmen.

R. Broda.

#### Antwort des Dichters Freiherrn B. Gripenberg.

Welches ist die vornehmste Stütze der Finnländer in ihrem Streben nach Wahrung ihrer Unabhängigkeit gewesen?

Als Antwort dieser Frage erlaube ich mir auszusprechen, daß nach meiner Überzeugung unsere vornehmste Stütze in diesem Kampfe das durch jahrhundertlanges kulturelles Zusammenleben mit Schweden und dessen germanischer Rechtsauffassung begründete Gefühl der Gemeinschaftlichkeit mit dem Abendlande und des Gegensatzes dem Morgenlande gegenüber gewesen ist.

Wo dieses Gefühl am stärksten ist, tritt auch die Widerstandskraft gegen die Unterdrückungs- und Assimilationsmaßregeln von Osten her am kräftigsten hervor, und je mehr dieses Gefühl erschlafft, desto schwächer wird der Widerstand. Denn slawische und germanische Kultur können niemals miteinander verschmelzen, und die germanische Kultur steht in schärferem Gegensatz zur slawischen, als es die speziell finnische tut. Und ich glaube, daß das germanisch-abendländische Element das Rückgrat in dem Streben Finnlands nach Wahrung seiner Unabhängigkeit ausmacht — ein Kampf, worin das schwedische Volkselement im Lande stets an der Spitze gegangen ist, und dem es zuweilen nur mit Schwierigkeiten gelang, das finnische Volkselement nachzuziehen. Von der Bevölkerung Finnlands ist nur ein Achtel schwedischer und sieben Achtel sind finnischer Herkunft. Wenn wir aber diejenigen zählen, die wegen ihrer Teilnahme an der Verteidigung unserer politischen Rechte verhaftet, zur Geldstrafe verurteilt oder ihres Amtes verlustig gegangen sind, wird es sich zeigen, daß 75 % derselben der schwedischen Bevölkerung des Landes angehören — eine stumme und vielsprechende Tatsache.

Ihre übrigen Fragen sehe ich mich außerstande zu beantworten.

Hochachtungsvoll

Bertel Gripenberg.

\* \* \*

\*) Besonderen Dank schulden wir Herrn Dr. von Ursin und Fr. Dagmar Oehrbohm für freundliche Unterstützung bei Veranstaltung der Rundfrage. R. Broda.

**Antwort des Senators R. A. Wrede.**

Hochgeehrter Herr Professor!

Sehr dankbar für die Sympathie, womit Sie, Herr Professor, mein Vaterland umfaßt haben, und wovon auch Ihre Fragen zeugen, kann ich auf dieselben nur folgendes antworten.

Die vornehmste, um nicht zu sagen, die einzige Stütze des finnischen Volkes in dem Kampfe für die Verteidigung seiner Staatsgrundgesetze und der Autonomie, die nach denselben dem Volke zukommt, besteht darin, daß es sich dessen bewußt ist, eine gerechte Sache zu verteidigen.

Die Widerstandsfähigkeit, welche Finnlands Volk in diesem Kampfe gezeigt, deren Stärke ich aber nicht beurteilen will, gründet sich meines Erachtens hauptsächlich auf die freisinnige und zugleich feste Rechts- und gesellschaftliche Ordnung, welche es von der Vereinigung mit Schweden geerbt, und welche die russische Politik bis jetzt nur zum geringen Teil hat zerstören können, und auch auf die tief in den Jahrhunderten eingewurzelte Achtung vor den Gesetzen, welche, ungeachtet der destruktiven Bestrebungen nicht nur von seiten der Russen, sondern leider auch von gewissen Elementen im Lande selbst, doch noch bei der großen Masse des Volkes fortlebt.

Inwiefern die Alkoholverbotsgesetze, die Volkshochschulen und das Stimmrecht der Frauen vielleicht die Widerstandsfähigkeit des Volkes gestärkt haben, kann ich nicht beurteilen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

R. A. Wrede.

Helsingfors, den 26. November 1913.

\* \* \*

**Antwort des Obersten Georg Fraser.**

An die internationale Zeitschrift „Dokumente des Fortschritts“.

Sie haben mich mit der Bitte geehrt, mich über einige Fragen betreffs meines Vaterlandes auszusprechen. Hiermit erlaube ich mir ergebenst, die Antworten zu übermitteln.

I. Welches ist die vornehmste Stütze der Finnländer in ihrem Streben für Wahrung ihrer Unabhängigkeit gewesen?

1. Martin Luther, der uns eine Bibel gegeben, nicht einmal für alle fertig und abgeschlossen, sondern zur Nachfolge nach reiflicher Prüfung und Begründung.

2. Gustav II. Adolph, der uns den Glanz des unvergänglichen Ruhmes verliehen, in der Armee des edelsten Königs und des humansten Feldherrn gekämpft zu haben; der uns das Bewußtsein hinterlassen, einem doppelten Volke angehört zu haben, das während des knappen Maßes eines Menschenalters für Glauben und Gewissensfreiheit mehr getan als irgendeine andere Nation der ganzen Erde.

3. Johann Ludwig Runeberg, der unsere Blicke auf die anmutige Naturschönheit unseres Landes „der tausend Seen“ gerichtet hat und es getan, ohne dabei zu vergessen, den wehmütigen, aber männlich schönen Zauber der gemeinsamen Brüderschaft des Schweden und des Finnen „in Feuer, Blut, in Frost und Hunger“ im Laufe langer, schwerer Jahrhunderte darzustellen.

4. Finnlands Universität, die während der wechselvollen Schicksale stets im Dienste heller Mächte gestanden, und die uns die Überzeugung eingepflanzt hat, daß, solange in diesem Hause das Recht die Richtschnur bleibt und die Wahrheit das Licht, auch das Brudervolk Finnländs — trotz des widrigen Wellenschlags des Zeitstroms — fest und unbeweglich stehen werde.

#### II. Haben die Alkoholverbotsgesetze usw.

Je weniger Versuchungen dem Versuchten, um so besser. Denjenigen, die in den Geboten der Vernunft kein Verbot erblicken, muß ein Verbot vorhanden sein. Wenn aber erst die Sitten und die Denkart allmählich sich in demselben schnellen Takt wie in den letzten Dezennien verändert haben, da können wir auf eine allgemeine Enthaltsamkeit hoffen. Wenn für irgend jemand und irgend je, so wäre ein selbstdiktirtes und selbst durchgesetztes Alkoholverbot für Finnländs Volk in dessen gegenwärtigem sozialen und politischen Kampfe segensreich. Die Reform müßte aber von der Oberklasse ausgehen, nicht nur in Schriften und Predigten, vielmehr durch eine enthaltsame Lebensart und ein ehrliches Beispiel in edlen Bestrebungen.

#### III. Haben die Volkshochschulen usw.

Der Einfluß der Volkshochschulen auf die geistige Hebung der Massen dürfte, glaube ich, auch in dem herzlichen Anschluß, der unseren Gesang- und Musikfesten immer mehr zuteil wird, zu verspüren sein. Und wo der Gesang ein lieber Gefährte geworden, dort kräftigt sich auch die moralische Stärke des Volkes. Denn der Gesang erzeugt die Freude, eine bleibende, nicht zu bereuende Freude.

#### IV. Hat das Frauenstimmrecht usw.

Von vornherein ein Gegner unserer Repräsentation in deren jetzigen Form als Einkammer, habe ich mich jedoch hiermit versöhnen können, da, zugleich mit der Reform, die Frauen Finnländs politisches Stimmrecht erhalten. Dies halte ich für eine der größten und segensreichsten Reformen von seiten unserer vier Stände, die in bedeutendem Grade sowohl die ökonomische wie die politische Widerstandskraft des Volkes gekräftigt hat.

#### V. Welche andere Eigentümlichkeiten usw.

Hierüber will ich mich nicht aussprechen, aus dem Grunde, weil ich in den Verhältnissen der gegenwärtigen Zeit so viele Schattenseiten vorfinde, welche die „Sonne der Einigkeit“, von der wir fordern könnten, daß sie uns scheine, verdunkeln. Diejenigen Faktoren, die uns gerettet haben und sicherlich früher oder später gegen jede Unterdrückung mächtig reagieren werden, sind folgende: der philosophische Grundzug des finnischen (finnischsprechenden) Volkes; die besten schwedischen Traditionen der schwedischen Herrenklasse und die widerstandkräftige Zähigkeit und stille Geduld des ganzen Volkes, während jahrhundertlanger blutiger Kämpfe und unzähliger Entbehrungen geprüft.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Georg Fraser.

\* \* \*

#### Antwort des Freiherrn V. M. von Born.

##### Rundfrage.

I. Welches ist die vornehmste Stütze der Finnländer in ihrem Streben nach Wahrung ihrer Unabhängigkeit gewesen?

II. Haben die Alkoholverbotsgesetze durch ihre Minderung der Trunksucht einen in dieser Richtung wirkenden Einfluß auf die moralische Kraft des Volkes genommen?

III. Haben die Volkshochschulen durch geistige Hebung der Massen gleichen Endeffekt erzielt?

IV. Hat das Frauenstimmrecht durch Weckung des politischen Sinnes in der weiblichen Hälfte der Bevölkerung gleichfalls die Widerstandskraft des Volkes gestärkt?

V. Welch andere Eigentümlichkeiten oder Reformen im Leben Finnlands mögen weiter noch zur Erklärung des eigenartigen schönen Phänomens, das seine Widerstandskraft unter so schwierigen Verhältnissen darbietet, herangezogen werden?

#### Erwiderung.

I. Die Grundgesetze und Runeberg.

II. Nicht merkbar.

III. Kaum.

IV. Ein wenig.

V. Der vererbte schwedische Gemeingeist und die Bildung im Verein mit dem Selbsterhaltungstrieb und einer teilweise hochstehenden Zeitungspresse.

V. M. von Born.

\* \* \*

#### Antwort des Dichters Dr. Arvid Mörne.

An Herrn Professor R. Broda.

Als Antwort auf die von der Zeitschrift „Dokumente des Fortschritts“ durch Sie veranstaltete Rundfrage beehe ich mich folgendes anzuführen:

1. Unsere vornehmste Stütze in unserer Bestrebung nach Wahrung der Unabhängigkeit ist, glaube ich, in dem demokratischen Grundzug der Denkart und des Gemeingeistes zu suchen. Zu Zeiten Bobrikoffs offenbarte sich die Stärke der finnländischen Demokratie am deutlichsten in dem Wehrpflichtstreik, wobei alle Klassen der Gesellschaft Hand in Hand gingen. Auch der politische Generalstreik fand während der ersten entscheidenden Tage einen so allgemeinen Anschluß, daß man im ganzen Lande keine einzige Mitbürgergruppe aufzeigen konnte, die versucht hätte, demselben entgegenzuwirken. Bemerkenswert ist auch die schnelle und glückliche Lösung der Stimmrechtfrage, dank dem Generalstreik. Unter Mitwirkung der angesehensten Politiker innerhalb der Gruppen, die früher den Landtag Finnlands ganz und gar beherrschten, wurde das allgemeine und gleiche Stimmrecht eingeführt und das Parlament der vier Stände in eine Einkammerrepräsentation verwandelt. Eine Umwälzung also, der in anderen Ländern unendliche parlamentarische Streitigkeiten und ein blutiger Klassenkampf vorangingen, nahm in Finnland einen friedlichen Verlauf dank der allgemeinen Einsicht, daß die Möglichkeit des Landes, sich gegen den von außen angreifenden, übermächtigen Gegner zu wehren, mit dem Sieg der Demokratie in dessen innerem gesellschaftlichen Leben verknüpft sei.

2. Die zweite Frage dürfte schwerlich debattiert werden können. Das vom Landtag angenommene Gesetz des allgemeinen Alkoholverbots ist ja nicht vom Monarchen bestätigt worden. Und die wenigen Restriktionen, die von seiten des Staates gegen den Alkoholgebrauch bis jetzt getroffen

worden sind, scheinen keine Ergebnisse hervorgebracht zu haben. Von dem Einfluß, den die Maßregeln einzelner Gemeinden womöglich bewirkt haben, habe ich keine Kenntnis.

3. u. 4. Die dritte und die vierte Frage beantworte ich bejahend.

5. Die letzte Frage gibt mir Anlaß, auf die bedeutende, allgemein-soziale Tätigkeit der finnländischen Frauen hinzuweisen, die in allen Kreisen der Gesellschaft und auf den meisten Gebieten der freien bürgerlichen Arbeit beobachtet werden kann. Die Frau hat in Finnland als Glied der Gesellschaft eine so große Rolle spielen können, dank dem Umstande, daß ihre Durchschnittsbildung seit langem bereits derjenigen des Mannes gleich stand. Das Stimmrecht der Frauen und ihr Recht, in die Volksrepräsentation gewählt zu werden, würde keine so große Bedeutung haben, wofern nicht obenerwähnte Faktoren vorhanden wären, wenn nicht die Gleichheit zwischen Männern und Frauen auf den meisten Gebieten der freien gesellschaftlichen Tätigkeit schon früher durchgeführt worden wäre.

Eine andere Erklärung der relativ großen Widerstandskraft unserer Nation liegt darin, daß die schwedische Küstenbevölkerung Finlands sich einmütig an die Seite der finnischen Majorität gestellt hat, als es die politische Stellung des Landes zu verteidigen galt. Wenn man bedenkt, wie groß die nationalen Gegensätze zwischen Finnen und finnländischen Schweden sind, und wie abweisend die mächtige altfinnische Partei sich einem Anerkennen der natürlichen Rechte der schwedischen Sprache als Nationalsprache an der Seite des Finnischen gegenübergestellt hat, — da könnte man erwarten, daß die schwedische Nationalität sich zurückziehe und in sich selbst verschließe. Dies ist glücklicherweise nicht geschehen. — Schließlich dünkt es mir, als müsse die große Verbreitung der Sozialdemokratie, als geeignet, die Widerstandskraft des Landes zu stärken, mit Freuden begrüßt werden. Die Tatsache, daß Finnland in die Interessen der internationalen Arbeiterbewegung mit hineingezogen worden, hat unseren politischen Kampf auf ein neues Gebiet gestellt und die Aussichten zum Sieg vermehrt.

Arvid Mörne.

\* \* \*

**Antwort der Frau Dr. Hilja Pärssinen, Landtagsabgeordnete, Helsingfors.**

Hat das Frauenstimmrecht durch Weckung des politischen Sinnes in der weiblichen Hälfte der Bevölkerung gleichfalls die Widerstandskraft des Volkes gestärkt?

**Meine Antwort:**

Ohne Zweifel hat das allgemeine Wahlrecht in großem Maße die Widerstandskraft des Volkes gestärkt, besonders dadurch, daß es den Zweck erfüllte; die Frauen aus den tieferen Volksschichten über politische und soziale Fragen aufzuklären. Und diese Aufklärung soll ja als Ziel haben, daß sie besser als früher ihre Pflichten als Arbeiterin, Mutter und Mitbürgerin verstehen sollen.

Hilja Pärssinen.

\* \* \*

**Antwort des Magisters K. Wiik.**

Wie stark die Widerstandskraft des finnischen Volkes überhaupt ist, kann erst dann recht beurteilt werden, wenn dieselbe auf eine harte Probe gestellt worden ist. Das ist aber noch nicht geschehen.

Als die politische Reaktion im Jahre 1899 zum erstenmal heranbrach, stand die große Masse des Volkes noch dem politischen Leben völlig fremd. Der Kampf wurde unter Führung der oberen Klassen geführt, und wo die große Masse zur Hilfe gezogen wurde — Beispiele: die Massenpetitionen von 1899 und 1901, der Wehrpflichtsstreik von 1902 —, da handelte sie meistens nur als Vollstreckerin des Willens der Bourgeoisie. Die sozialen Mißstände hatten eine gärende Unzufriedenheit hervorgerufen, aber dieselbe war noch unorganisiert und wurde, zum Teil nicht ohne Erfolg, von den Machthabenden ausgenutzt.

Unterdessen verfolgte die Sozialdemokratie ihre Mission. Sie organisierte die Unzufriedenheit der arbeitenden Massen zu einem proletarischen Klassenbewußtsein und hatte es schon im Jahre 1905 so weit gebracht, daß sie den Generalstreik — zwar mit Hilfe der Bourgeoisie — glänzend durchführen konnte. Das unmittelbare Resultat des Streiks wurde die relative Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung und die Schaffung einer neuen, demokratischen Volksvertretung.

Die arbeitenden Massen betrachteten ganz natürlich die sozialdemokratische Partei als die Machtpotenz, welche ihnen das Stimmrecht, das Recht zum Mitbestimmen über ihre eigenen Angelegenheiten verschafft hatte, was die bürgerlichen Parteien ihnen möglichst lange verweigert hatten. Sie sahen in der Sozialdemokratie ihren Befreier, den einzigen Verteidiger ihrer Interessen, und sie sandten 80 Sozialdemokraten in den ersten Landtag, der nach der Einführung des allgemeinen Stimmrechts zusammensetzte. In der Weise wurde bei uns die große Masse des Volkes in das politische Leben hineingezogen, und dieser Umstand wurde für die Zukunft von wesentlicher Bedeutung.

Das riesige Heranwachsen der Sozialdemokratie wurde für die bürgerliche Linke in mehreren Hinsichten verhängnisvoll. Die in politischer Hinsicht radikaleren Elemente der Bourgeoisie sahen sich genötigt, sich den reaktionären Elementen anzunähern, und ihre politische Widerstandskraft wurde infolgedessen abgestumpft. Die ganz konservative altfinnische Partei kann heute, in gewissen Grade, als die führende unter den bürgerlichen Parteien bezeichnet werden. Besonders seit den Wahlen vom August 1913 ist die Frage von einem bürgerlichen Block mehrfach erörtert worden; tatsächlich, obwohl nicht formell, hat aber ein solcher Block schon einige Jahre bestanden.

Die Bourgeoisie überhaupt empfindet instinkтив, daß sie zu schwach ist, um gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie und gegen die russische Reaktion erfolgreich zu kämpfen. Daher die Unentschlossenheit, der Wankelmut und die Schwäche, die das Verhalten der Bourgeoisie zur politischen Reaktion während der letzteren Jahre gekennzeichnet haben, wogegen ihr Kampf gegen die Arbeiterbewegung mit verhältnismäßig großer Entschlossenheit fortgesetzt worden ist. Zwar sind einzelne Personen unter den Bürgerlichen imstande, ungeachtet persönlicher Leiden und Aufopferungen, für die nationale Freiheit einzutreten; aber dies ist eine Minderheit.

Diese Umstände haben dazu beigetragen, daß die finnische Sozialdemokratie auch im politischen Kampfe selbständig vorgeht. Ihr Standpunkt zu den reaktionären Bestrebungen der russischen Bureaucratie ist klar, wie derjenige der internationalen Sozialdemokratie überhaupt. Ohne irgend einem Bündnis mit anderen Parteien nachzustreben, versucht sie so große Massen des finnischen Volkes wie möglich politisch und sozial aufzuklären, und die Resultate ihrer Arbeit können, in Anbetracht der kurzen Zeit, die ihr zur Verfügung gestanden, als großartig bezeichnet werden. In einem Lande, wo

vor 15 Jahren keine Sozialdemokratie bestand, gibt es jetzt eine sozialdemokratische Partei mit mehr als 50 000 Mitgliedern; die arbeitende Klasse, die noch vor wenigen Jahren keine Organisation und überhaupt kein soziales oder politisches Bewußtsein besaß, ist jetzt organisiert und aufgeklärt und nimmt mittels ihrer Organisationen tätigen Anteil am öffentlichen Leben, diskutiert die politischen Fragen und gibt ihren Vertretern im Landtage detaillierte Instruktionen, damit nicht diese Vertreter von der Taktik des proletarischen Klassenkampfes abweichen. Vor 20 Jahren gab es keine Arbeiterzeitung in Finnland; jetzt gibt es deren 20 — von den Veröffentlichungen der gewerkschaftlichen Organisationen abgesehen — und ihre Auflage ist etwa 140 000 Exemplare. Anderthalb hunderttausend Menschen, die früher meistens gar keine Zeitungen gelesen haben, geben jetzt mittels der sozialistischen Zeitungen täglich auf die Ereignisse des politischen Lebens acht, bestimmen ihren Standpunkt hinsichtlich dieser Ereignisse und tragen dann mittels des allgemeinen Stimmrechts zur Entscheidung des Schicksals unseres Landes bei.

„Die Zukunft Finnlands hängt vom Volke ab“ — so lautete die Rubrik eines Flugblattes, das vor etwa 10 Jahren von der bürgerlichen Opposition verbreitet wurde. Diese Wahrheit, die schon damals einigen Leuten aufdämmerte, ist jetzt offenbarer als je. Sie kann aber jetzt präzisiert werden: die Zukunft Finnlands hängt vor allem vom organisierten, klassenbewußten Proletariat selbst versteht es; seine Gegner, die einen so gut wie die anderen, verstehen es auch.

Karl H. Wiik.

\* \* \*

Sehr geehrter Herr Professor!

Auf Ihre Frage erlaube ich mir ergebenst zu erwidern:

Es ist gar kein Wunder, daß der Widerstand gegen die russischen Unterdrückungsmaßregeln so groß ist. Gerade das Gegenteil wäre sehr wunderlich.

Die Finnländer sind 650 Jahre politisch und kulturell sehr eng mit den Schweden verbunden gewesen, einer Nation, wo die politische Freiheit schon in den ältesten Zeiten tiefere Wurzeln geschlagen als bei jedem anderen höherstehenden Volke Europas. — Man erinnere sich nur der mehr als männlichen Worte, die der Lagman Torgny im Namen der Bauern Schwedens an den König um 1000 n. Chr. äußerte, Worte, die kein anderer Mann Europas zu der Zeit gewagt hätte, an seinen König zu richten. Diese mehr als 600 jährige Erziehung zu politischer Männlichkeit ist in Finnland nicht ohne Wirkung geblieben. Freilich wurde die finnische Nation von Schweden unterworfen, aber eine Unterwerfung Finnlands vom Osten her vor 750 Jahren hätte sicher dem finnischen Charakter ein ganz anderes Gepräge gegeben.

Die Folge dieser geschichtlichen Tatsachen war die politische Notwendigkeit, der finnischen Nation im Anfang des 19. Jahrhunderts eine eigene Konstitution zu geben. Dies hat natürlich das politische Selbständigkeitsgefühl der Finnländer ungemein verstärkt. Man hat russischerseits diese Verleihung einer Konstitution als einen Fehler Alexanders I. aufgefaßt, und einige Finnländer betrachten sie sogar als eine reine Wohltat des russischen Kaisers: aber es genügt, an Hegels Wort zu erinnern: „Alles, was geschieht, ist vernünftig“ und in den gegebenen Verhältnissen begründet. Außerdem leben wir nicht mehr im Jahre 146 v. Chr., wo Griechenland von Rom vernichtet wurde, oder im Jahr 1620, wo Böhmen von Österreich unterjocht wurde, sondern im

20. Jahrhundert, wo das nationale Selbstbewußtsein ungemein stark entwickelt ist. Heutzutage kann man zeitweilig freifühlende Kulturnationen knebeln, aber man kann sie nicht mehr dauernd unterjochen. Wenn schon Napoleon I. feierlich erklärte, er, der größte Gewaltmensch, daß, wenn Kultur und Gewalt miteinander kämpfen, schließlich die Gewalt unterliegen müsse, so gilt dies heute, nach 100 Jahren, unbedingter als je.

Was jedoch die Widerstandsfähigkeit Finnlands am meisten erhöht und für alle Zeiten sicherstellt, ist die enorme Ausbreitung der sozialistischen Ideen. „Ohne die Sozialisten können die Verfassungstreuen nicht die Verfassung Finnlands schützen“, gibt ein hervorragender „konstitueller“ Verteidiger Finnlands von der bürgerlichen Seite zu. Denn der Sozialismus bäumt sich gegen jede Unterdrückung, und wo etwa 50% der ganzen Bevölkerung sozialistisch gesinnt ist, da helfen nicht einmal Kanonen und Mitrailleusen, auch kein Intrigenspiel, z. B. die Sozialisten beiläufig zu ködern u. a. m. Denn es ist immer doch schließlich das hohe Selbständigkeitsgefühl, die Stärke und Wärme desselben, die ein Volk aufrechthalten in seinem Kampfe um innere Selbständigkeit und Freiheit. Dies lebendige Selbständigkeitsgefühl, das durch politische Erziehung erworben und besonders im 19. Jahrhundert durch rege Betätigung erstarkt und befestigt wurde, wird nie sterben, sondern im Verein mit der „finnischen Ausdauer“, die nationale innere Selbständigkeit zu den Zeiten hinüberziehen, wo jede große Nation eben aus eigenem Selbstbewahrungstrieb dem englischen Muster folgen und den mit ihr verbundenen kleinen Nationen eine ausgedehnte innere Freiheit gewähren muß — und unter diese großen Nationen gehören vor allem Österreich und Rußland, wenn sie wirklich weiterleben wollen.

Ihr sehr ergebener  
Sozialista Scholasticus.

\* \* \*

#### Antwort des Schriftstellers Arvid Järnefelt.

Sehr geehrter Herr Professor R. Broda!

Ihre Frage, welches die beste Stütze der Finnländer in ihrem Streben für Wahrung ihrer Selbständigkeit sei, erlaube ich mir auf folgende Weise zu beantworten:

Ich glaube nicht, daß der juristische oder vielmehr staatliche Gesichtspunkt, daß das Gesetz über die Militärdienstpflicht von dem Landtage anerkannt sein müsse, bevor man demselben gehorche, eine derartige Erscheinung wie die Weigerung eines ganzen Volkes, im Heere zu dienen, hinreichend begründen könne. Der Grund ist meines Erachtens ein neues religiöses Erkennen, welches, außerdem, daß es schon an sich dem Kriege feind ist, dem Individuum auch in staatlicher Hinsicht eine neue, leicht in Worte zu kleidende ethische Richtschnur seiner Tätigkeit gibt. Dieses ethische Gesetz oder diese ethische Regel lautet: Tue niemand Gewalt an, aber unterwirf dich auch nie einem unrechten Befehle. Diese Regel ist, wie es scheint, eine zweifache, aber die beiden Teile müssen als eine untrennbare Einheit gedacht werden. Deshalb können auch Exzesse nach zwei verschiedenen Richtungen gemacht werden: 1. man läßt den ersten Teil der Regel unbeachtet (die Ermordung Bobrikoffs), 2. man beachtet nicht den zweiten Teil der Regel (die Fügsamkeit der Suometarianer). Diese aus zwei Sätzen bestehende Regel muß ein unbedingtes Ganzes bilden, um eine sittliche Kraft im Menschen sein zu können. Aber man kann mit einem einzigen Ausdruck auf Ihre Frage

nicht antworten, ohne daß es einen gerade auf den Glauben führte, denn der Ausdruck wäre: die Gottesfurcht in ihrem neuesten Sinne.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Arvid Järnefelt.

\* \* \*

#### Enquête-Antwort.

Jede geschichtliche Problemenreihe will von einer gewissen Distanz betrachtet sein, um in ihren wahren Ursacheverkettungen und Entwicklungsmöglichkeiten erfaßt zu werden. Und auch das große Phänomen der finnländischen Selbstbewährung löst sich, wenn man mitten im Kampf steht, in tausend Einzelheiten auf, die sich ineinander verschlingen und den Blick trüben. Allzu leicht meint dann der Schwede, daß nur sein Bevölkerungsbestandteil nationale Kraft verkörpere, der Sozialdemokrat, daß nur die Arbeiterklasse und seine Partei wirkliche Widerstandskraft besäßen ... die äußerlich sichtbaren Massenereignisse des Tages ziehen auch mehr den Blick auf sich als die großen, langsam wirkenden, die Massenpsyche wandelnden sozialen Faktoren.

Ich möchte mich meinerseits von dieser Fehlerquelle freizuhalten suchen und ohne Einseitigkeit alle die verschiedenen Momente, welche die moralische Kraft der beiden Völker, die Finnland bewohnen, so wundervoll gestärkt haben, entsprechend würdigen.

In erster Linie sind naturgemäß Rassemomente zu nennen. Finnland besitzt eine schwedische Oberklasse mit stolzen Herrentraditionen, adlig und stolz in jenem guten Sinn des Wortes, welcher die Verteidigung der eigenen Rechte — auch um den Preis schwerster Opfer — und freien Höhenblick über die Niederungen des Tages hinweg bedingt.

Finnland besitzt aber auch — und das darf keineswegs vergessen werden — eine kluge, zähe, treu-ehrliche Bauernmasse finnischen Stammes, und ihre ruhige, von Gottesfurcht getragene Ausdauer hat gewiß ebenso vielen Anteil an der Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit als die äußerlich blendenderen Taten des schwedischen Adels. Aus dieser finnischen Bauernmasse ist dann in den letzten Jahrzehnten eine demokratisch gesinnte Arbeiterschaft und ein arbeitsames, jeder modernen Bestrebung freimütig zugeneigtes Bürgertum erwachsen und in ihm die wahre Stütze der aufgeklärten Kulturbewegung des Landes.

Eine der erfreulichsten und in ihrer Art gleichfalls beispielgebenden Erscheinungen der allerletzten Jahre ist es dann gewesen, wie dieses fortschrittliche jungfinnische Bürgertum sich mit den fortschrittlichen Kreisen der wohlhabenden schwedischen Bürgerschaft und den Nachkommen des ehemaligen schwedischen Adels zusammentaten zu gemeinsamem Handeln, zu Nutz und Frommen der Landessache.

Die im Fragebogen erwähnten sozialen und kulturellen Reformen sind einerseits Folgen, andererseits wohl, in reger Wechselbeziehung, treibendes Moment dieser Kulturbewegung gewesen. Schon seit mehreren Jahrzehnten hat Finnland den Branntweinkonsum auf dem flachen Lande beseitigt, in den Städten wesentlich gemindert. Der Alkoholkonsum ist auf ein Sechstel des früheren Umfangs zurückgegangen.

Gewiß sind die noch weitergehenden Forderungen der radikalen Alkoholfeinde noch nicht erfüllt, hat das vom Landtag zweimal beschlossene ab-

solute Alkoholverbotsgesetz noch die Bestätigung des Monarchen nicht gefunden. Aber die erwähnten Teilgesetze, die eben überwiegend durch das Medium der Gemeinden und Gemeindevertretungen in Wirksamkeit traten, konnten doch das Wesentliche des erhofften Endeffektes erzielen, und zweifellos hat die so errungene Nüchternheit des Volkes viel Kräfte frei gemacht für höhere geistige Bestrebungen, für politisches Interesse und für den Wunsch nach Wahrung persönlicher und nationaler Würde.

Das finnländische Volkshochschulwesen ist dem schwedischen und norwegischen wesensverwandt, nur jüngeren Datums. Und wie wir in Skandinavien selbst feststellen können, daß die Volkshochschulen der geistigen Elite des Landes eine rezeptiv hochstehende Masse zur Seite gegeben und in dieser Wechselbeziehung das Werden einer geistigen Hochkultur erleichtert haben, so haben die Volkshochschulen Finnlands in die breitesten Volksschichten jene Grundkenntnisse politischer und geistiger Bildung getragen, die für das Erwachsenen fortschrittlicher politischer Gedanken und für die Stärkung und Reinigung des Nationalgefühls von größter Bedeutung sein mußten.

Indem endlich das Frauenstimmrecht politisches Interesse in die weiblichen Massen hineintrag, erleichterte es die aktive Teilnahme auch der Frauen an den großen nationalen Bewegungen, die die Wahrung der Individualität des Landes zum Ziele haben. Es handelt sich ja gerade bei den spezifischen Methoden des finnischen Widerstandes überwiegend um die Bereitwilligkeit einzelner Bürger, eher Entbehruung und Leid auf sich zu nehmen, als einen gesetzwidrigen Befehl auszuführen. Rein persönliche Momente sind es, welche da für den psychischen Mechanismus der Entschließung in Frage kommen, und Fraueneinflüsse können entscheidend sein. Um so wichtiger ist es darum, daß auch die Frauen Finnlands allen diesen Bestrebungen nicht fremd, sondern als Mitkämpferinnen gegenüber stehen.

Die endgültigen Schicksale Finnlands werden von seiner physischen, geistigen und vor allem seiner sittlichen Volkskraft abhängen. Je mehr dieselbe sich festigt und gesundet, desto hoffnungsvoller mag Finlands Volk in die Zukunft blicken.

R. Broda.



## WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT

DR. ERWIN ACKERKNECHT, DIREKTOR DER STADTBIBLIOTHEK, STETTIN: PSYCHODIAGNOSTISCHE ÄMTER. EINE ANREGUNG.



ÜRZLICH ging die Nachricht durch die Presse, der bekannte Tübinger Psychiater, Prof. Dr. R. Gaupp, habe in seinem Gutachten über den von ihm beobachteten Massenmörder Wagner gesagt: „Würden mir Wagners Schriften vor einem Jahre vorgelegt worden sein, so hätte ich der Behörde umgehend mitgeteilt, daß hier zweifellos

schwere Gewalttaten zu befürchten seien. Dann wäre auch Wagner zweifellos, und zwar mit vollem Recht, in einer Irrenanstalt interniert worden.“

Aus der Form, wie hier Prof. Gaupps Meinung zusammengefaßt ist, geht nicht klar hervor, ob die Schriften, von denen er spricht, überhaupt vor dem Mord irgendeiner Behörde zu Gesicht gekommen waren, oder ob sie erst nachher aus Wagners Privatbesitz zum Vorschein kamen. Ich setze einmal den ersten Fall: Wagners vorgesetzte oder sonst eine Behörde kam in den letzten Jahren in den Besitz von Schriftstücken (Eingaben, Berichten u. dgl.), die — sagen wir einmal ganz allgemein — etwas Befremdliches an sich hatten. Der Psychiater sagt nun hinterher mit Recht: „Wenn Ihr die doch mir vorgelegt hättest; ich hätte Euch gleich sagen können, daß hier Gefahr im Verzug ist!“ Aber die Behörde wird mit demselben Recht dagegen fragen: „Wie sollen wir dazu kommen, jedes befremdliche Schriftstück in die psychiatrische Universitätsklinik zur Begutachtung zu schicken? Wenn alle Behörden das tun wollten, würde das für die Herren Psychiater eine ungeheure Belastung bedeuten, die sich — da der Fall Wagner gottlob als eine monströse Ausnahme angesehen werden darf — doch nicht lohnen würde.“

Der eben erwähnte Fall scheint mir aber nur ein etwas sensationelles Beispiel für einen viel allgemeineren und tieferen Mangel unserer amtlichen Menschenkontrolle zu sein. Wenn eine Behörde eine Stelle zu besetzen hat, so verlangt sie in der Regel von dem Bewerber Zeugnisse über seine beruflichen Kenntnisse und Leistungen und über seinen Gesundheitszustand. Nehmen wir gerade einmal den Fall, es handle sich um die Anstellung eines Lehrers. Was erfährt die Behörde aus den Zeugnissen über die Befähigung des Bewerbers zur Bekleidung dieser besonderen Stelle? Sie erfährt erstens, daß der Bewerber sich durch Stichproben auf sein Wissen und seine Urteilsfähigkeit (Examina) im Besitz des erwünschten Maßes von beruflichen Kenntnissen befindet oder wenigstens zur Zeit jener Prüfung befunden habe. Sie erfährt, falls der Bewerber bereits praktisch tätig war, weiter, daß seine Vorgesetzten mit seinen Lehrerfolgen in dem und dem Grade zufrieden waren und daß sie ihn als Menschen, als Charakter lobenswert — etwa pünktlich, verträglich, strebsam — befunden haben. Endlich erfährt sie, daß es mit seiner Gesundheit, also den körperlichen Bedingungen seiner beruflichen Leistungsfähigkeit, so oder so stehe.

Welche von all diesen Auskünften ist nun wohl die wichtigste, entscheidendste für eine Behörde, die sich nicht mit einer schematischen, d. h. kurzsichtigen, leichtfertigen Erledigung des Einzelfalles begnügen will?

Die Auskunft über Wissen und Urteilsfähigkeit sicher nicht; abgesehen davon, daß unsere Examina immer noch überwiegend Wissensprüfungen und viel zu wenig Prüfungen der Urteilsfähigkeit und Urteilreife sind — sie sind Stichproben mit all den Fehlerquellen, die einer solchen Form der Probe grundsätzlich eigen sind. Jeder erfahrene Chef einer Behörde weiß, wie verhältnismäßig begrenzt der Wert von Examenszeugnissen ist, wie eigentlich die Tatsache, daß jemand ein Examen gemacht hat, manchmal der einzige sichere Anhaltspunkt zur Beurteilung des Bewerbers (seiner Zähigkeit, seiner Willenskraft) ist, während der Inhalt des Zeugnisses höchstens einstweilige Leitpunkte bietet. Etwas besser steht es schon mit dem Qualifikationswert des Zeugnisses über bereits vorliegende Leistungen in praktischer Berufstätigkeit. Aber, selbst wenn wir von den gewiß nicht seltenen Fällen absehen,

in denen der Beurteilende aus persönlichen Gründen seinem Zeugnis eine tendenziöse Fassung gibt — es bleibt auch beim besten Willen des Beurteilers so, daß er uns nur für ein Resultat bürgt, ohne daß wir wissen können, ob dieses Resultat als Ergebnis einer Addition oder Subtraktion, einer Multiplikation oder Division anzusehen ist, ohne daß uns seine einzelnen Faktoren kenntlich werden und wir uns dadurch in die Lage versetzt sehen, mit einiger Wahrscheinlichkeit auf die Tauglichkeit des betreffenden Bewerbers unter anderen, neuen Verhältnissen zu schließen. Wie sollen wir ahnen, ob Faktoren, die dort hemmend wirkten, hier wegfallen würden oder könnten, ob der Bewerber dort einen großen Lehrerfolg erzielte, weil er unter Verhältnissen arbeitete, die gerade seinem Charakter und Temperament besonders entgegenkamen, während er hier, da es ihm im Grund an Zähigkeit und Hingebungsfähigkeit fehlt, an allerhand Hemmungen (es brauchen dies noch gar nicht sogenannte „schwierige Verhältnisse“ zu sein) bald erlahmte? Ja, wird mir hier entgegengehalten werden, deshalb wird jeder vernünftige Chef sich eben auch noch nach Möglichkeit Auskünfte über Charakter und Temperament des Bewerbers verschaffen, und dann gibt ihm außerdem noch das Gesundheitszeugnis gewisse Anhaltspunkte.

Bleiben wir zunächst einmal beim letzteren. Bekanntlich werden die in Bewerbungsfällen üblichen amtsärztlichen Zeugnisse von einem Arzt, der den Bewerber gar nicht kennt, auf Grund einer einmaligen Untersuchung ausgestellt. Sie können also im wesentlichen nur feststellen, ob Lunge und Herz des Bewerbers gesund sind und ob seine Sinnesorgane normal funktionieren. Über seine nervöse Konstitution sagen sie nichts. Als wesentlich zur Beurteilung der individuellen beruflichen Leistungsfähigkeit (vom Wert des ärztlichen Zeugnisses für die voraussichtliche Dauer der beruflichen Leistungsfähigkeit sehe ich natürlich hier ab) kommen also eigentlich nur die Auskünfte über etwaige Mängel des Gesichts oder Gehörs in Betracht. Schon die Bemerkung, daß jemand eine kranke Lunge oder ein krankes Herz habe, ist für unsere Beurteilung von zweifelhaftem Wert, solange wir nicht wissen, ob wir es mit einem willensstarken Menschen zu tun haben oder mit einem Weichling, ob mit einem leidenschaftlichen oder mit einem vorsichtigen, kühlen. Also wir sehen jetzt schon: die Anhaltspunkte, auf Grund deren wir alle andern Angaben erst richtig werten können, sind die Feststellungen über Charakter und Temperament des Bewerbers.

In welcher Form werden solche Feststellungen heute in der Regel gegeben? Es wird versichert, daß der Bewerber fleißig, zuverlässig, pünktlich, strebsam, solid sei oder daß er es an irgendeiner dieser Tugenden mangeln lasse, vielleicht auch, daß er eine ernste oder leichtsinnige, geistig lebendige oder schwerfällige Natur sei. Und alle diese Beobachtungen sind vom Gesichtspunkt des Vorgesetzten aus gemacht oder mindestens sind sie wesentlich beeinflußt durch die Beobachtungen, die der Vorgesetzte im Verkehr mit dem Bewerber gemacht hat. Wie wenigen Menschen aber ist es gegeben, ihren Vorgesetzten gegenüber unbefangen zu sein! Und wie wenigen Vorgesetzten ist es gegeben, hinter dem Eindruck, den ihnen der Bewerber machen will (streberische und schmeichelnerische Naturen) oder aus Befangenheit machen muß (schüchterne oder querköpfige Naturen), das wahre Bild seines Wesens zu sehen!

So wäre denn das Ideal, dem wir bei unserer Menschekontrolle zustreben müssen, eine Auskunftsmöglichkeit über Charakter und Temperament eines Menschen, die sich auf Indizien gründet, deren Beeinflussung durch den Willen

des zu Prüfenden im wesentlichen unmöglich ist. Solche Indizien gibt uns vor allem die Handschrift.

Die Kunst, aus der Handschrift eines Menschen Schlüsse auf seinen Charakter und sein Temperament zu ziehen, die Graphologie, hat bis heute vor allem in wissenschaftlichen Kreisen wenig Ansehen. Man gibt wohl allgemein zu, daß „etwas dran ist“, wenn man gewisse Charakterzüge eines Menschen in seiner Handschrift wiederzufinden glaubt; man gibt auch weiterhin ziemlich allgemein zu, daß es Leute gibt, die einen guten Instinkt für das Erraten solcher Zusammenhänge haben. Aber, daß die Handschriftendeutung den Rang einer Wissenschaft erlangen könne, wird wohl, mindestens von den meisten Fachpsychologen, immer noch bezweifelt. Nun ist entsehieden zuzugeben, daß die Graphologie — trotz der Bestrebungen Preyers und anderer — bis in die ersten Jahre unseres Jahrhunderts hinein einer geschlossenen, wissenschaftlichen, allgemein-psychologischen Grundlage entbehrt und ihre praktische Ausübung im wesentlichen ein virtuoses Erraten von Einzelzügen war. Auch wurde, vielleicht eben aus dem Bestreben heraus, möglichst exakt zu erscheinen, die Doppeldeutigkeit aller Handschriftypome nicht genügend gewürdigt und also der Anspruch auf „heuristische Bedeutung der Graphologie“ unnötig überspannt. Der Münchener Philosoph Dr. Ludwig Klages hat jedoch diesem Zustand grundsätzlich ein Ende gemacht, indem er in seinen drei grundlegenden Werken, dem „Lehrbuch der Graphologie“, den „Prinzipien der Charakterologie“ und besonders in der soeben erschienenen Schrift „Ausdrucksbewegung und Gestaltungskraft“ der Handschriftendeutung eine feste wissenschaftliche Grundlage gegeben hat. Wie er die Handschrift als dem allgemeinen „Ausdrucksgesetz“ unterworfen nachweist, möge der Leser, der diesen Dingen weiter nachgehen will, in den drei genannten Werken selbst nachlesen. Hier interessieren uns nur die praktischen Folgerungen aus diesem neuen Tatbestand. Wir sind nun wirklich in der Lage, genau so wie wir Psychiater ausbilden, Personen, die dazu die nötige Begabung und Bildung besitzen, zu Charakterologen — auf wesentlich graphologischer Grundlage — auszubilden. Ich sage auf „wesentlich“ graphologischer Grundlage, da ein Charakterologe im Sinne von Dr. Klages selbstverständlich zu seinen Seelenerkundungen alles, was ihm sonst an Ausdrucksbewegungen des zu Beurteilenden (Mienenspiel, Sprechweise, Handbewegungen, Gang, Haltung) sowie überhaupt an Äußerungen seiner Persönlichkeit (Inhalt seiner Schriften und Gespräche) zugänglich ist, zur Ergänzung herbeiziehen wird. Eine solche Ausbildung in Charakterkunde und Ausdruckslehre gibt Dr. Klages selbst bereits mit bestem Erfolg in seinem „psychodiagnostischen Seminar“ in München.

Denken wir uns nun, der Staat und die Städte würden „psychodiagnostische Ämter“ schaffen, und mit den so ausgebildeten wissenschaftlichen Charakterologen besetzen, so wäre dem von mir betonten Mangel unserer behördlichen Menschenkontrolle grundsätzlich abgeholfen. Nicht, als ob nun auf einmal ein Allheilmittel gegen Mißgriffe in der Verwendung der Menschen gegeben sei. Selbstverständlich wird auch die wissenschaftlich und technisch allerfeinst ausgebildete Psychodiagnose niemals Charakter und Temperament eines Menschen auf eine mathematische Formel bringen können. Aber sie wird besonders auf Grund der in der Handschrift am unbefangensten registrierten Ausdrucksbewegungen, aus der Erfahrung der Totalität der zu beurteilenden Persönlichkeit heraus, Beurteilungshilfen geben können, die

unendlich viel sicherer und zentraler sind als alle Gesichtspunkte, die in den Ausweispapieren eines normalen Staatsbürgers bis jetzt maßgeblich zu sein pflegen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Bedeutung eines solchen psychodiagnostischen Amtes sich nicht bloß in den beispielsweise von uns betrachteten Fällen von Bewerbung und Anstellung zeigen würde, sondern viel mehr noch, wo eine Behörde über Beschwerden und Streitigkeiten zu entscheiden hat, in einschneidendster Weise bei allen Gerichtsverfahren.

Es ist doch gewiß, um nur ein Beispiel herauszugreifen, sowohl bei Besetzung einer bestimmten Stelle, als auch bei Erledigung einer Beschwerde, bei der Frage nach Schuld und Unschuld von größtem Wert für den oder für die entscheidenden Männer, zu wissen, ob sie einen unbelehrbaren, aber gutartigen Querkopf oder einen bösartigen, intriganten Streitsucher, ob sie einen augenblicklich erschöpften, sagen wir einen katzenjämmerlichen Choleriker oder einen stumpfen Schwächling vor sich haben. Und könnte nicht überaus wertvoll für die Schulbehörden eine stete psychodiagnostische Kontrolle von Lehrern und Schülern werden?

Es wäre schön, wenn eine der großen, modern gerichteten Städte, etwa Düsseldorf, Charlottenburg oder Essen, einen ersten Versuch wagte. Wenn die Sache richtig angefangen würde, wäre es bald erwiesen, daß die Schaffung psychodiagnostischer Ämter in der angedeuteten Form einen großen Fortschritt in der Ausnutzung der Organisationsmöglichkeiten unserer Gesellschaft bringen würde.

### DR. RUDOLF BUNZEL, MÜNCHEN: KUNSTBÖRSEN FÜR BERLIN, MÜNCHEN, LONDON, PARIS, WIEN UND ROM.



IE Mittel werden aufgebracht durch kunstdotierte Lotterien oder durch Baulose. Beabsichtigt wird günstiger Absatz der Erzeugnisse durch Ausschaltung des Zwischenhandelnutzens in eigener ganzjährig offener Eintrittsfreier Kunsthalle, die Auktionen und Schaustellungen mit Schichtwechsel dient; jeden Künstler moralisch und wirtschaftlich frei und zum eigenen Kaufmann zu machen, ihn mit der Öffentlichkeit durch Schichtausstellung auf seinem lebenslang festen Platze zu verbinden, Leitern privater und öffentlicher Galerien, Sammlern und Händlern, dem Exporteur insbesonders die Übersicht über die jeweilige Produktion und die Erwerbung ohne unzählige Atelierbesuche zu erleichtern.

Den Absatz steigern Freieintritt, geheimes Bieten auf Blanquetten (Schlußzetteln), so daß das höchste Angebot entscheidet, wobei sich jeder Künstler durch provisionsfreies Mitbieten (sein Limit) gegen Verschleuderung und Baisseringe schützt; Abhaltung auch mündlicher Auktionen und Wandauktionen in der Provinz; die Forderung an Staat, Land und Stadt, fortan nur Werke lebender Künstler börslich zu kaufen; Dauerinserate und Verzeichnisse mit Illustrationen und eines Fachschriftstellers Geleitwort. Angesammelt werden die Stiftungsfonds aus verfügbaren Verkaufsprozenten 1. zur Förderung därbender, tüchtiger Künstler, durch Abkauf und Be-

stellung von Werken, welche wieder verkauft werden, damit der Fond erstarke; 2. für Krankengelder.

Hingewirkt wird auf Volkskunst und Kunst für den Mittelstand, damit sie das absterbende Mäzenatentum ersetzen; auf Verbesserung der Farben- und Bindemittel und Förderung einschlägiger Versuchsanstalten; auf vorteilhafte Beschaffung der Kunstbetriebsmittel durch Rabatt oder Einkauf und Abgabe oder durch Submission und direkte tägliche verzollte Zusendung auf Grund chiffrierten abgekürzten Telegrammes (jeder Künstler hätte eine Zahl, die Namen und Adresse bedeute, jede Farbe ihren Buchstaben). Die Firma effektuierte so direkt an jedes Börsenmitglied. 20—50 % ließen sich ersparen!); auf von Organisationen wegen grundsätzlichen Schutz ehrlicher, börslich ausgestellter Kunst gegen jede boshaft schädigende Herabwürdigung. In Anschlägen wird das Volk aufgeklärt, Kunstwerke als Weihnachts-, Hochzeits-, Braut-, Namenstags- und Geburtstagsgeschenke zu erwerben, insbesonders den Kunstbedarf bei erster Wohnungseinrichtung börslich zu decken. Einheitlich gewahrt werden — ohne besondere Gesetze — Verlagsrechte an börslich ausgestellten Werken mittels Normal-Vertragsformulars, das dem Künstler nach einer steigenden Skala dem Absatze angepaßten, in Prozenten wachsenden Anteil sichert, ferner der Wertzuwachsanteil durch Normalschlüsselzettel, der  $33\frac{1}{3}\%$  dem Künstler von dem Nutzen durch 50 Jahre sichert, der das Doppelte des Kaufpreises übersteigt, wobei es keinen Unterschied macht, ob das Werk direkt oder durch Strohmänner gekauft oder weiterverkauft, getauscht oder durch bestellte Exekution übertragen wurde. Börslich verkaufte Werke werden rückseitlich entsprechend abgestempelt. Die Börse stellt unentgeltlich fixen zureichenden Belegplatz (ausgelost) und einen Verschlag aus gelochtem Blech für Reservewerke bei. Platzweiterungen mit freigewordenen Plätzen werden vorgesehen. Über die Zulassung zur Börse entscheidet kraft behördlich genehmigten Statuts der Vorstand; bei Ablehnung über Berufung die Vollversammlung, doch müssen neun Zehntel der Stimmen und die Börsenaufsicht die Ablehnung bestätigen. Die Verwaltung kann jener einer Raiffeisenkasse nachgebildet werden. Die Regie wird, soweit Verkaufsprovisionen nicht ausreichen, durch Umlage gedeckt. Betätigte Verkäufe werden durch generalbevollmächtigte Spediteur sofort gegen Nachnahme und Gutschreibung auf das Börsenkonto effektuiert.

Den Wert der Gründung bescheinigt folgende Gegenüberstellung:

#### I. K o r p o r a t i o n e n .

a) Sie heben in 30 Jahren zu je 30 Mk. Beitrag 900 Mk. ein.

b) Gewähren keine Begünstigungen wirtschaftlicher Art.

#### II. K u n s t - B ö r s e .

a) Sie erhebt keinen Jahresbeitrag. Jeder Künstler erwirbt seinen Dauerplatz durch Widmungen von wertvollen Werken, deren Verkauf ihm vielleicht schwer würde. In 30 Jahren sparen in sechs Weltstädten je 1000 Künstler 5 400 000 Mk.

b) Materialbezugsersparungen, Verlags- und Rechtsschutz im allgemeinen.

Wertzuwachs; Anteil an Gesamtverkaufsprovision. (Unterstützungsgelder.)

c) Lassen in 30 Jahren 15 bis 60 Werke zu.

d) Verkaufen etwa 10 %, also 1 bis 6 Werke bei 900 Mk. Regie in zeitlich beschränkter Schau und bei gefehltem Angebotsystem. Sie sind unkaufmännisch geleitet.

e) Genies unterdrücken sie.

c) Zugelassen wird aus der Lebensproduktion des Künstlers Auslese.

d) Verkauft wird mehr auf ganzjährig offener, von Hunderttausenden besuchter Börse und infolge geheimen Schlußzettels. Der Export steigt sich um Millionen.

e) Jedes Genie soll seinen Platz finden.

Die Künstler sollten sich sofort in ihrem wohlverstandenen Interesse für Kunstabörsen entschließen! Wenn in 30 Jahren in sechs Weltstädten nur je 1000 Künstler — von Ersparungen, Kreditverlusten, Abzügen bei Händlern abgesehen — 2 Millionen Mk. in Volkskunst, Export, in Wertzuwachs und durch Verlagsrechte mehr erzielten, so steigerten sich die Einnahmen einer Künstlergeneration um 360 Millionen Mark! Die Kunstabörse bringt — was den Künstlern bisher fehlte — die Kooperation und das Syndikat und dazu die fast automatisierte billige Vertriebsform mittels des Schlußzettels.

Die Kunstabörse, klug ins Werk gesetzt, hilft das wirtschaftliche Künstlerproblem lösen! Dem Staat, der Gesellschaft, liegt es ob, moralisch und finanziell beizuhelfen.



## ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

### CHRONIK

**D**ER „Warrant-hotelier“: Das französische Parlament hat eine Einrichtung geschaffen, welche dem ökonomischen Leben Frankreichs bis jetzt fremd geblieben ist, nämlich eine eigenartige Möglichkeit der Kreditgewinnung durch den Gasthausbesitzer: den sogenannten Warranthotelier.

Man ging von der Erkenntnis der Tatsache aus, daß die französischen Gasthäuser vielfach jener modernen Einrichtungen entbehren, welche den Fremdenstrom an sich zu ziehen vermöchten. In den großen Badeorten feinster Komfort, aber in den meisten

Kleinstädten, wären sie auch vermöge ihres historischen Interesses berechtigt, Zentren des internationalen Touristenverkehrs zu bilden, nur bescheidene Gasthäuser, die etwa mit den Hotels der benachbarten Schweiz keinesfalls verglichen werden können. In den letzten Jahren hat sich nun im französischen Volke der Wandertrieb zu entwickeln begonnen, es ergießt sich jetzt ein immer größerer Fremdenstrom nach diesen Provinzorten. Viele Gastwirte wären gewillt, ihre Einrichtungen entsprechend zu organisieren, doch fehlen ihnen oft die Mittel, und da sie häufig nicht selbst

Besitzer ihrer Häuser sind, bleibt ihnen der Realkredit verschlossen.

Der „Warrant“ soll nun eine Methode der Kreditgewinnung darstellen, für welche das Mobiliar des Hotels als Sicherheit gilt, natürlich ohne daß es, was ja den Betrieb des Gasthofes stören würde, zwecks Verpfändung nach einem öffentlichen Magazin geschafft werden darf. Es soll vielmehr weiter dem Gebrauch der Gäste dienen, nur daß der Gasthofsbesitzer nicht berechtigt wäre, es aus dem Gebäude zu entfernen. Er muß auch den Beweis geben können, daß er dem Eigentümer des Hauses gegenüber den laufenden Zins sowie den Zins für die nächsten sechs Monate bereits beglichen habe.

Für diese Möbel wird beim Handelsgericht ein eigenes Register geführt, und entsprechende Scheine, welche die Beschreibung jedes dieser Möbel tragen, können aus demselben ausgetrennt und dem betreffenden Kreditgeber als Beweis für sein Pfandrecht gegeben werden. Er mag ihn dann gleich einem Wechsel weitergeben und so die entsprechende Summe von dritten Kapitalisten beschaffen, bleibt jedoch gleich dem Aussteller eines Wechsels für die Rückzahlung der Summe mitverantwortlich.

Die Kreditinstitute werden berechtigt, diese Scheine zu diskontieren, und zwar werden sie von einer ihrer Unterschriften, die sonst für die Ausstellung gefordert werden, befreit.

Wird der Warrant nicht eingelöst, so hat der Gläubiger ein privilegiertes Pfandrecht auf das betreffende Objekt, das dem aller anderen Gläubiger vorangeht.

Der Unterschied des Warranthotelier gegenüber dem üblichen „Warrant Commercial“ liegt darin, daß die Objekte im Wirtschaftsbetriebe des Hoteliers verbleiben können und nicht

als Pfänder in öffentliche Magazine überführt zu werden brauchen.

Naturgemäß werden die Rechte des Hauseigentümers durch die Verpfändung des Mobiliars, das ja ihm Sicherheit für Eingehen des Zinses bilden soll, geschmälert. Die Verpfändung darf daher erst nach Ablauf des Mietsvertrages vorgenommen werden, und ihre Möglichkeit fällt fort, sofern der Mietsvertrag ein diesbezügliches Verbot ausspricht.

*Charles Leblond.*



**Ehrendarlehen:** Eine empfindliche Lücke im Kreditsystem liegt in allen Kulturstaaten darin, daß gewisse ehrenwerte Personenkategorien jener Eigentumsrechte an bestimmten Objekten, die als Pfand für Realkredit zu dienen pflegen, entbehren und auch in ihrem eventuellen Geschäftsbetriebe keine an äußerer Zeichen hinreichend klar bestimmbar Basis einer kaufmännischen Kreditgewährung besitzen.

Um diese Lücke zu füllen, hat man in verschiedenen Kulturstaaten die Institution der Ehrendarlehen geschaffen und in einem Werke von Dr. Maurice Dufourmantelle, Professor am Collège libre des sciences sociales, zu Paris werden alle in dieser Richtung vorhandenen Entwicklungsansätze übersichtlich dargestellt, die Wichtigkeit des bereits Geleisteten und die Möglichkeit einer weiteren Ausgestaltung der Institution geht daraus klar hervor.

Dr. Dufourmantelle legt zunächst dar, wieviel Lebenskrisen auch außerhalb der von der Sozialversicherung berührten Sphäre im Leben der arbeitenden Bevölkerung erstehen mögen. Wenn keine entsprechende Hilfe eingreift, mag die augenblickliche Schwierigkeit zum Zusammenbruch der Existenz führen. Die öffentliche und private Wohltätigkeit

hat allerdings seit altersher vielfach eingegriffen, aber da die der Wohltätigkeit gewidmete Summe stets a fond perdu gegeben wird, ist damit ein größerer Geldaufwand für jeden Einzelfall und damit notwendigerweise eine Begrenzung aller Unterstützungsfälle notwendig gemacht. Vielen Personen wäre genau ebenso mit einem Ehrendarlehen geholfen, ihr Gefühl persönlicher Würde sogar besser gewahrt, und die Frage ersteht nur, ob sich bei solchen, jedweder Pfandbasis ermangelnden Darlehen auf einen irgendwie beträchtlichen Prozentsatz von Rückzahlungen hoffen läßt. Unterscheiden sich also diese Ehrendarlehen im finanziellen Endeffekt wesentlich von wahren Geschenken?

Die Frage kann an Hand der tatsächlichen Erfahrung in einwandfreier Weise durchaus affirmativ beantwortet werden.

In Frankreich gibt z. B. das „Syndicat des employés du commerce et de l'industrie“ seit längerer Zeit solche Darlehen an seine Mitglieder, ohne irgendwelche Bürgschaft zu fordern. Eine genaue Statistik zeigt auf, daß 92,6 % der bisher geliehenen Summen richtig zurückgezahlt und nur 7,4 % verloren wurden. Bei der „Union des travailleurs du livre“ belief sich der Verlust auf 15 %, in der Société philanthropique du prêt gratuit jedoch bloß auf 2,5 %, bei der wechselseitigen Unterstützungsgesellschaft der Schneiderinnen auf 2,87 %, die Genossenschaft der Gemischtwarenhändler, die ihren Mitgliedern Darlehen zwischen 500 und 1500 Franks zu geben pflegt, hat bis jetzt überhaupt keinen Fall der Nichtrückzahlung aufzuweisen.

Die Erfahrung bestätigt also die psychologische Überlegung der in Frage stehenden Institute, daß sorgfältig ausgewählte Mitglieder sorgfältig ausgewählter Personenketten im Falle eines Darlehens all

ihren Stolz dareinsetzen, der in sie gesetzten Erwartung zu entsprechen, die Rückzahlung tatsächlich als eine Ehrensache betrachten.

In Deutschland hat die Darlehenskasse für bedürftige Israeliten ähnliche Erfahrungen gemacht. Nur 1 % der geliehenen Summen ging verloren, anderseits belieben sich die Verluste der Hilfskasse der Berliner Kaufleute und Industriellen auf 60 %, die höchste in der Studie von Dufourmantelle erwähnte Ziffer, die sich eben hierdurch als eine Ausnahme kennzeichnet.

In Italien hat die Bank für Volkskredit in Bologna vom 1. Juni 1886 bis 30. Juni 1911 Ehrendarlehen von insgesamt 329 000 Lire gegeben und nur 10 087 Lire, also 1,73 %, gingen verloren. Eine Ausgestaltung der Institution würde jedenfalls zu einer wertvollen Zwischenform zwischen dem wahren Kreditwesen und der reinen Wohltätigkeit darstellen, eine Zwischenform, die wichtige Zwecke der letzteren ablösen könnte und dabei doch in ihrer kaufmännischen Führung an wahre Transaktionen kaufmännischer Kreditgewährung angrenzen und keineswegs die endgültige Aufwendung großer Summen beanspruchen würde.

◆

**Der Bund jüdischer Farmer:** Ende 1913 hielt der seit 4 Jahren bestehende Bund jüdischer Farmer in den Vereinigten Staaten seine Jahresversammlung ab, an der über 200 Delegierte teilnahmen. Zweck dieses Bundes ist die wirtschaftliche und soziale Lage der jüdischen Farmer zu verbessern. Daß der Jude ein guter Farmer zu sein vermag, beweisen nicht nur die zionistischen Siedlungen in Palästina, sondern auch die große Zahl jüdischer Farmer in Nordamerika. Der noch junge Bund hat bereits 51 Ortsgruppen in 14

Staaten der Union mit über 500 Mitgliedern. Bei der Versammlung wurde hauptsächlich über Fragen aus der Praxis des Farmbetriebs beraten. Die Mitglieder haben die meisten Neuerungen der modernen landwirtschaftlichen Technik auf ihren Farmen eingeführt. Auch besteht eine Feuerversicherungs- und Kreditgenossenschaft dieses Bundes. Ebenfalls vor 4 Jahren wurde die erste jüdische landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft mit einem Kapital von 45 825 Franks gegründet. Bisher wurden Darlehen in der Höhe von 368 120 Franks gewährt, der Reinverdienst des letzten Jahres belief sich auf 6585 Franks, daher 13 % Rendite. Außerdem besteht seit 1910 in New York ein jüdisches landwirtschaftliches Beratungs- und Verkaufsbureau, das mit einem Kapital von 1500 Franks begann und jetzt schon 675 000 Franks umgesetzt hat. Es liefert den Farmern die neuesten Maschinen und macht sie mit den neuesten Methoden des Farmbetriebes bekannt. Daß diese Rückkehr der Juden aufs Land keine vorübergehende Erscheinung ist, beweist die stets wachsende Zahl der männlichen und weiblichen jüdischen Stipendiaten an den landwirtschaftlichen Hochschulen der Union. An der bekanntesten derartigen Anstalt, der Cornell Universität in Ithaka im Staate New York, sind es zurzeit deren 150.

A. Knapp,  
Zürich.



**Der Kampf der Kleinbauern in Frankreich:** Frankreich ist bekanntlich seit der Landverteilung, wie sie in der Revolution des Jahres 1789 vorgenommen wurde, ein Kleinbauernland; ein sehr großer Teil seiner Bevölkerung besteht aus selbstständigen Besitzern, sparsamen und tüchtigen Leuten, welche, von Luxus

und Elend gleichweit entfernt, tüchtige Rasseneigenschaften und einen gesunden konservativen Sinn auf ihre Kinder vererben.

In diesen letzten Jahrzehnten beginnt sich dies jedoch, speziell in Nordfrankreich, zu ändern. Die kleinen Besitzungen von 10—20 ha gehen der Zahl nach zurück; die Besitzer haben Mühe, im Konkurrenzkampfe mit den größeren Grundherren zu bestehen. Ihre Kinder verkaufen vielfach das Erbe, werden landwirtschaftliche Arbeiter oder gehen in die Städte. Noch stärker ist diese Tendenz ausgeprägt bei den Besitzern der ganz kleinen Grundstücke von 2—3 ha, die früher recht zahlreich waren und jetzt zu verschwinden beginnen.

Die Regierung sucht allerdings dieser ungesunden Entwicklung entgegenzuarbeiten; einige Gesetze wurden geschaffen, welche den Kleinbesitzern zu Hilfe kommen sollten, ihnen leichteren Kredit geben, ihren Zusammenschluß zu Genossenschaften zu erleichtern bestimmt waren.

Auch durch Verbreitung entsprechender technischer Kenntnisse sucht man den Betrieb der kleineren Landwirte auf eine höhere Stufe zu heben und ihnen so den Konkurrenzkampf zu erleichtern. Abendkurse sollen in den Dörfern stattfinden im Anschluß an den eigentlichen Schulunterricht und um den Schullehrern die entsprechenden Kenntnisse zu geben, welche sie zur Abhaltung der Kurse befähigen, soll in den Lehrerbildungsanstalten spezielles Gewicht auf Studium der landwirtschaftlichen Fragen gelegt werden.

Auch Haushaltungskurse für junge Mädchen sollen von den Lehrerinnen in den Abendstunden abgehalten werden in Ergänzung der Wanderkurse für Haushaltungskunde, die bereits schöne Erfolge bei den jungen Bauernmädchen erzielt haben.

All diese Einrichtungen, insofern

sie überhaupt bereits zu arbeiten begonnen haben, bestehen erst seit zu kurzer Zeit, um ein Urteil über ihre Einwirkung auf die Konkurrenzfähigkeit des Kleinbauernstandes zuzulassen; jedenfalls kann aber gesagt werden, daß man sich der Konzentrationstendenz in landwirtschaftlichen Betrieben nicht blind anheim gibt, sondern den Fortbestand und den zahlenmäßigen Umfang des Kleinbauernstandes, die für die Gesundheit des Volksorganismus so überaus wichtig sind, mit allen Mitteln, welche sachkundige Kenntnis des Problems an die Hand gibt, zu verteidigen bestrebt ist.

*P. A. Dufrenne, Schulinspektor.*



**Amter für Preisstatistik:** Die Vereinigten Staaten von Amerika widmen seit dem Vorjahr 200 000 Mk. pro Jahr für den Betrieb eines Amtes,

welches die Preisbewegung der Lebensmittel und sonstigen Waren in den verschiedenen Ländern der Erde beobachten und daraus entsprechende Schlüsse für die Bekämpfung der Lebensmittelsteuerung ableiten soll.

Nunmehr hat auch die französische Regierung im Einvernehmen mit dem französischen Parlament einen jährlichen Kredit von 50 000 Mk. für diese statischen Feststellungen ausgeworfen, und zwar sollen dieselben von Beamten, welche dem Status des statistischen Amtes eingegliedert werden, vorgenommen werden. Eine genauere Erkenntnis, eine genauere Beobachtung der Tatsachen, unbeirrt von den Vorurteilen und Klasseninteressen, welche die entsprechenden Angaben der Tagespresse irreführen mögen, wird gewiß eine wertvolle Grundlage für alle gesetzgeberischen Maßnahmen, welche eine Verteuerung notwendiger Lebensmittel hintanzuhalten bestimmt sind, bieten.

*A. Dubois.*



## ALLGEMEINE SOZIALPOLITIK CHRONIK

**E**IN Besuch bei den Findelkindern in Paris: Die Institution der „Enfants assistés“ in Paris ist wohl die größte und bedeutendste ihrer Art. Von jeher hat man dem Problem der Kinderfürsorge in Frankreich, besonders in Paris, das größte Interesse gewidmet und augenblicklich geschieht dies in ganz besonders hohem Maße. In erster Linie nimmt man sich der armen Wesen an, die aus

diesem oder jenem Grunde von ihren Eltern verlassen oder nicht anerkannt, der staatlichen Fürsorge überlassen werden. Und es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß gerade auf diesem Gebiet der Staat ungeheuer viel tut und keine Kosten scheut, um die seiner Fürsorge anvertrauten Kinder zu brauchbaren Wesen der menschlichen Gesellschaft zu erziehen.

Das heute für die Aufnahme der

„Assistés“, wie man hier kurz sagt, bestimmte Gebäude ist das alte Oratoire, jenes Ordenskloster, das so viele berühmte Männer in seinen Mauern beherbergt hat und das seit 1814 seinem jetzigen Zwecke dient. Das Ganze umfaßt ein weites Terrain mit Anlagen, viel freiem Platz und sehr gesunder Luft. Das Hauptgebäude umgeben eine Anzahl kleiner Häuschen, ein jedes zur Aufnahme der an ansteckenden Krankheiten Leidenden bestimmt. Die das obere Stockwerk des Hauptgebäudes einnehmende frühere Kapelle ist zur „Crèche“ (Krippe) umgewandelt worden für die Säuglinge. Es ist dies ein weiter heller Saal, gut gelüftet; die die Wände zierenden alten Gemälde zeugen noch von seiner ursprünglichen Bestimmung. Jetzt befinden sich an den beiden Längsseiten des Raumes eine Anzahl der französischen Kinderbetten, halb Wiege, halb Bett; fast jedes beherbergt einen kleinen Erdenbürger.

Die hier Aufnahme findenden Kinder, deren Anzahl jährlich gegen 3500 beträgt, können in zwei Kategorien eingeteilt werden: Kinder, die endgültig von ihren Eltern verlassen worden sind und Kinder „au Dépôt“, das sind solche, deren Vater oder Mutter im Krankenhaus oder im Gefängnis sind oder deren Eltern sich zurzeit in Not befinden. In all diesen Fällen bleiben die Kinder unter der Obhut des Staates, bis ihren Angehörigen die Möglichkeit gegeben ist, wieder selbst für sie zu sorgen.

Die vollkommen von den Eltern aufgegebenen Kinder können wiederum noch in zwei Klassen gegliedert werden: solche, die ihren Familiennamen mitbringen, und jene andern, die nicht einmal dieses Gut besitzen. Namenlos treten sie ein — es handelt sich hierbei um die Kleinsten — und erhalten auf administrativem Wege einen ins Gerichtsregister eingetragenen Vor- und Zuname. Diese

Kinder bekommen bei ihrer Aufnahme eine weiße Perlenhalskette mit einer Medaille, auf welcher die Nummer eingeschraubt ist. Das Halsband der übrigen Kinder besteht für Mädchen aus rötlichen, für Knaben aus blauen Perlen. Diese Kette darf unter keinen Umständen — Krankheitsfälle ausgenommen — vor dem 6. Lebensjahr geöffnet werden.

Die Verwaltung ist verpflichtet, Kinder unter 7 Monaten auch ohne Nachforschungen anzustellen, aufzunehmen. Darüber hinaus werden Erkundigungen eingezogen.

Eine besondere Pflegerin ist angestellt, welche jeder Mutter, die ihr Kind der staatlichen Fürsorge überlassen will, zu raten sucht, ihr Kind zu behalten, sie darauf aufmerksam macht, daß sie in diesem Falle materielle Hilfe erhalten werde. In manchen Fällen hilft das Zureden, und die Mutter nimmt ihr Kind wieder mit.

Sind die Kinder einmal dieser Anstalt übergeben worden, dann sind alle Beziehungen zwischen ihnen und den Eltern abgebrochen. Letztere erfahren nicht den Aufenthaltsort der Kinder, und erhalten nur alle 3 Monate eine kurze Mitteilung, ob diese gestorben oder am Leben sind.

Die Kinder werden auf dem Lande, und zwar möglichst weit von Paris entfernt, untergebracht. Es werden nur Familien ausgesucht, die sich des besten Leumunds erfreuen und in einem gewissen Wohlstand leben. Daß man die Kinder dem Einfluß der Städte zu entziehen sucht, sie inmitten einer ländlichen Bevölkerung aufwachsen läßt, hat seine guten Gründe: man sucht auf diese Weise dem Mangel an ländlichen Arbeitern abzuheften.

Die Pflegeeltern erhalten für Säuglinge 30 Franken monatlich im ersten Jahre, später 20 Franken Kostgeld und das Minimum beträgt 15 Franken. Kleidung wird von der Verwaltung

geliefert, die auch noch verschiedene Prämien bewilligt für besonders gute Pflege und Behandlung. Die Zöglinge bleiben bei ihren Adoptiveltern bis zum 13. Lebensjahr; dann werden sie in die Lehre gegeben oder aber bei reicherer Bauern untergebracht, falls ihre Pflegeeltern nicht in der Lage sind, bezahlte Arbeitskräfte zu halten. Besonders begabte Kinder erhalten auf Staatskosten eine höhere Ausbildung, und viele von ihnen kleiden hohe Staatsposten.

Die Personen, bei denen die Pfleglinge, die schon ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, untergebracht sind, sind verpflichtet, ein Drittel ihres Verdienstes für sie auf der Sparkasse anzulegen, und es ist nichts Außergewöhnliches, daß die jungen Leute mit 21 Jahren — bis zu diesem Alter stehen sie unter der Obhut der Verwaltung — oft eine Summe von 1000 Franken besitzen, besonders, wenn sie für gute Führung und Arbeitsamkeit noch Extraprämien von der Verwaltung erhalten haben, die damit nicht geizt.

Jeder Pflegling, der sein Certificat d'Etudes erhält — ein Examen, das hier auch in den Volksschulen üblich ist —, erhält 10, die Pflegeeltern in diesem Falle 30 und der Lehrer 50 Franken.

Die Ammen werden mit größter Sorgfalt ausgesucht, erst vom Arzte ihres Wohnorts untersucht, dann sofort nach ihrer Ankunft in Paris vom Anstalsarzt. Sie übernachten in der Anstalt und verlassen diese bereits am nächsten Morgen mit dem ihnen anvertrauten Säugling. Da es sich meist um des Reisens ungewohnte Frauen handelt, teilt man sie in Gruppen ein und unter dem Schutz einer Aufsichtsdame fahren sie in ihre Heimat zurück. (Alle Kosten — Wagen zweiter Klasse — trägt natürlich die Verwaltung.) Hier werden sie sofort wieder ärztlich untersucht, ebenso die Kinder, die auch in der

Folge in ständiger ärztlicher Beobachtung stehen und in regelmäßigen Zwischenräumen von einem eigens hierfür bestimmten Arzt untersucht werden.

Von Zeit zu Zeit schickt die Pariser Verwaltung einen Inspizienten, den „Père aux Parisiens“, in die Dörfer hin, in denen die Kinder untergebracht sind, damit er sich an Ort und Stelle von dem Befinden dieser überzeuge.

In der Pariser Zentrale werden besondere Kurse abgehalten zur Ausbildung der in der Anstalt erforderlichen Pflegerinnen (infirmières).

Es kann mit gutem Gewissen behauptet werden, daß der Staat alles Nötige und überhaupt nur Mögliche tut, um den ihres Heims beraubten Kindern das Familienleben zuersetzen.

*M. Koscinska.*



**Eine Schule für soziale Hilfstätigkeit in Paris:** Eine praktische Schule für soziale Hilfstätigkeit wird im November in Paris eröffnet. Sie soll all den Menschen guten Willens, die heute ihren Wohltätigkeitssinn in ungeordneter Weise betätigen, klare Richtungslinien an die Hand geben, sie über die sozialen Probleme und Notwendigkeiten informieren.

Im Programm der Schule werden einige Beispiele für die Notwendigkeit solcher Orientierung gegeben.

Nach den neuesten Forschungen hat die Mutter in den letzten zwei Monaten vor der Entbindung aus ihrem eigenen Körper das ganze Muskelgewebe des Neuzgebärenden zu erzeugen. Sie bedarf einer besonders intensiven Ernährung. Die entsprechenden Vorsorgen fehlen jedoch noch überwiegend, trotzdem gerade diese Fürsorge für Mutter und Kind viele Wohltäter anzu ziehen vermöchte.

In Frankreich ist kürzlich ein Gesetz geschaffen worden, das die Fürsorge für moralisch verwahrloste Kinder in bestimmten Beziehungen organisiert und die Privatinitiative heranzuziehen bestrebt ist. Auch hier ist ein schönes Betätigungsgebiet für Menschen guten Willens, aber das Gesetz ist noch nicht hinreichend bekannt. Die entsprechenden Kenntnisse müssen eben erst verbreitet werden.

Die Schule will einerseits Vorträge von Soziologen und Männern sozialer Aktion veranstalten, andererseits auch praktische Besuche an den Stätten, wo soziale Hilfstatigkeit nottut.

**Blinde als Telephonbeamte:** Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika hat vor einiger Zeit in Chicago probeweise eine Blinde als Beamtein der Fernsprechzentrale für den Vermittlungsdienst angestellt. Da der Versuch befriedigend ausfiel, wurde beschlossen, 10 weitere Blinde als Beamtinnen zu verwenden. Es eröffnet sich damit den Erblindeten eine neue bedeutsame Betätigungs möglichkeit, die ihr hartes Los beträchtlich zu erleichtern geeignet ist und in allen Kulturstaaten eingeführt werden sollte.

J. M.

## SOZIALHYGIENE CHRONIK

**G**EGEN eine Athletenschule: Gerade jetzt soll in Frankreich eine hohe Schule des Athletismus gegründet werden, und das: um das Publikum durch den Anblick der Leistungen der Zöglinge dieser Schule auch zu körperlicher Ausbildung zu begeistern.

Viele Stimmen erheben sich frei lich, besonders aus der Ärzte welt, gegen die Errichtung einer solchen Brutstätte ungesunder Existenz en (denn als solche sind die Athleten im allgemeinen zu betrachten \*)), und sogar ein wirklicher Champion, der berühmte französische Dauerläufer und Fußballmatador Pierre Failliot, spricht sich folgendermaßen ungünstig über dieses Projekt aus:

\* ) Siehe ausführliche Behandlung dieses Themas in der Septembernummer 1912 der Dokumente des Fortschritts.

„Ich habe zweierlei Bedenken gegen die Gründung eines solchen Institutes: 1. wird den Athleten schon heute recht geringe Achtung gezollt. Die Unglücklichen, die man in diese Art von Kloster sperren wird, werden kaum dazu angetan sein, das geistige Niveau der Anhänger dieses Sportes zu heben und noch mehr als jetzt wird es heißen: „Ein Athlet? Ach so, ein Cretin!“

Mein zweites Bedenken ist die Art der Zusammensetzung des Schüler materials. Die jungen Leute, die dareinwilligen werden, sich massen weise ausschließlich zum Zweck ihrer körperlichen Ausbildung einer stren gen Schuldisziplin unterwerfen zu lassen, werden gerade nicht den bevorzugten Klassen angehören. Man wird ihnen Wohnung, Nahrung, Kleidung und sogar Taschengeld geben

müssen, d. h. man wird ihnen „einen guten Platz“ anbieten. Eine seltsame Klasse von Privilegierten wird daraus hervorgehen.

Weiter läßt sich der große Fußgänger vernehmen: „Das Hinarbeiten auf Athletentum ist bei der Erziehung von Normalmenschen ein furchtbarer Irrtum, denn statt daß die Sportübung für sie da ist, müssen sie für die Sportübung sein; die Übungen finden auf höchst beschränktem Gebiet statt und überspannen die Nerven durch das Einerlei auf das schädlichste, wenn sie nicht überhaupt zur völligen Abstumpfung des Geistes führen. Athleten massenweise heranziehen, heißt, diese ganze Schar junger Leute lebendig begraben. Sie werden zu jeder anderen Arbeit untauglich gemacht und werden mit ihrer Fertigkeit nicht das Brot zur Sättigung ihrer ins Übermaß entwickelten Körperlichkeit finden. Die Reklame wird vielleicht einige junge Leute verlocken, Champions werden zu wollen; aber es wird pure Ruhmsucht sein. Ich kann nur das eine sagen und wiederholen: Nicht einige Phänomene gilt es heranzuzüchten, sondern die Menschen müßten überzeugt werden, daß ein jeder aus Gesundheitsrücksichten Sport treiben soll. Der Weg hierzu wäre höchst einfach: die Sportübung rehabilitieren und beweisen, daß sie sich vollkommen mit Studium und Arbeit verträgt.“

Ich schließe mich diesen Ausführungen Failliots vollkommen an.

*Fernand Mazade,  
Paris.*



**Zur Heimarbeiterfrage in Deutschland:** Der Deutsche Reichstag hat bekanntlich im Dezember 1911 ein Gesetz angenommen, das zwar die Einführung von Lohnämtern, welche die Befugnis zur gesetzlichen Festlegung von Minimallöhnen haben

sollten, ablehnte, wohl aber Hausarbeitsausschüsse mit Bevollmächtigung zur Beihilfe bei Abschluß von Tarifverträgen vorsieht. Ohne daß dieser offizielle Apparat in Anspruch genommen worden wäre, ist nun kürzlich in Paderborn ein solcher Tarifvertrag oder, wie es genannt wurde, ein „freiwilliges Lohnamt“ für Arbeiterinnen der Putzmacher, Konfektions- und Weißwarengewerbe zustande gekommen.

Zwischen dreizehn der bedeutendsten Unternehmer der Branche und den Arbeiterinnen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, dem zufolge ein Mindestlohn von 1,25 Mk. pro Tag bezahlt werden soll. Um auch die außerhalb stehenden Firmen zur Anerkennung dieses Minimumlohnes zu zwingen, haben die Persönlichkeiten, welche die Arbeiterinnen bei Abschluß des Tarifvertrags unterstützten, einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, nur bei solchen Firmen einzukaufen, welche das Existenzminimum bewilligt haben. Ihre Namen und Adressen wurden in einer „weißen Liste“ angeführt.

Die betroffenen Firmen haben allerdings lebhaft gegen diesen Eingriff in die Freiheit ihrer Lohnpolitik protestiert, aber zum Teil haben sie sich doch dem gewichtigen Einfluß der öffentlichen Meinung fügen müssen.



**Feuerbestattung:** Die Errichtung von Krematorien schreitet in Deutschland rüstig weiter fort. Zu den im Anfang 1914 bestehenden 40 Einäscherungsstätten kommen in Bälde 16 neue hinzu, und zahlreiche örtliche Vereine erstreben den Bau eines Krematoriums mit Urnenhallen und -hainen für ihren Ort. Während sich die katholische Kirche noch mit Händen und Füßen gegen die Feuerbestattung — wie ja überhaupt gegen jeden Kulturfortschritt — sträubt, sprechen

sich einige evangelische Pastoren direkt für diese aus.

*Georg Hoffmann,  
Dresden.*

**Das Suppenschiff Osiris:** Die Gemeindevorstellung von Bordeaux hat kürzlich den Betrieb eines Wirtschaftsschiffes im Bett der Gironde gegenüber den Quais der großen

Hafenstadt eingerichtet. Es trägt den Namen „Suppenschiff Osiris“, nach dem Philanthropen, der eine große Geldsumme dafür gestiftet hat. Der Bau allein kostete 380 000 Fr. Jeden Abend wird an bedürftige Personen eine große Anzahl von Suppenrationen an Bord des Schiffes, das 50 m lang und 12 m breit ist, ausgegeben. Ein Steg verbindet es mit dem Ufer. *Louis Vial.*

## GENOSSENSCHAFTSWESEN CHRONIK

**L**A Peau de l'Ours: Ein interessantes Beispiel der „Selbsthilfe“ ist die Künstlervereinigung „La Peau de l'Ours“ in Paris. Vor ungefähr zwölf Jahren begründete ein kleiner Kreis von jungen Künstlern diesen Verein zwecks Wahrung gemeinsamer Interessen. Sie verteilten ihre Werke untereinander und stellten sie in ihren Salons auf zum Ankauf, eine Gelegenheit abwartend, die ihnen ermöglichen würde, die Objekte gemeinsam zum öffentlichen Verkauf zu bringen. Diese hat sich jetzt gefunden, im März findet im Hotel Drouot der Verkauf statt.

Viele dieser Künstler sind inzwischen zu Ruhm gelangt, ihre Werke sind im Werte gestiegen, und damit sie nicht benachteiligt werden, erhalten sie 20 % des aus dem öffentlichen Verkauf erzielten Gewinnes.

Dieses kleine Künstler„syndikat“ ist noch der Einführung der in Vorschlag gebrachten Gesetze über das Eigentumsrecht des Künstlers zugekommen, und es bleibt nur zu wünschen, daß die Interessen dieser Klasse von Arbeitenden auch möglichst bald gesetzlich gesichert werden.

*M. Koscinska.*